

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis pränumerando:
Stückpreis 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen
jede ober deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Berichts-
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.

Erscheint täglich außer Montage.

Berliner Volksblatt.

Korrespondent: Amt I, Nr. 1508.
Telegraphisch: Adressat:
„Socialdemokrat Berlin“

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 1. März 1900.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Arbeitslöhne und Unternehmerprofite im Schiffsbau.

Der Herausgeber der „Berl. Wissensch. Kor.“ hat sich seit einiger Zeit auf Interviews von Flotten-Autoritäten verlegt, um so auch seinerseits sein Scherlein zur patriotischen Agitation für die Flottenvorlage beizutragen. Er reist bei Reedern, Direktoren von Schiffsgesellschaften, Werftbesitzern u. umher, holt sie über ihre Meinungen betreffs der beabsichtigten Flottenvermehrung aus und registriert dann sorgfältig die ihm gemachten Äußerungen als Neußerungen sachmännischer Autoritäten. Natürlich haben die Mitteilungen, die der Mann auf diese Weise erhält, genau denselben Wert, wie die Entwürfe von Professoren der Philosophie, Aesthetik, Malerei, Altertumskunde, Zoologie u. mit denen neuerdings für die Flotte gewonnen wird; denn wie die Reeder und Schiffswerftbesitzer sich in der gütigst gewährten Unterredung äußern werden, weiß jeder Mensch vorher. Das hindert jedoch nicht, daß jedesmal, wenn wieder eine derartige sogenannte sachmännische Neußerung vorliegt, die Unternehmerpresse sie unter Klamegetrommel nachdruckt, womöglich noch mit einigen kesselfinnigen Betrachtungen verzieren.

Kürzlich hat nun der Flotten-Interpellator den Kommerzienrat G o w a l d t, Direktor und Mitinhaber der „Howaldts-Werke“, der bekannten Rießer Schiffswerft, ausgeholt. In dieser Unterredung äußerte sich Herr Howaldt u. a. folgendermaßen:

Was die Ausdehnungsfähigkeit der deutschen Werften betrifft, so ist dieselbe nach Kommerzienrat Howaldt nur durch eines bis zu einem gewissen Grade beschränkt, die Arbeiterfrage. Da aber allem Anschein nach in der Industrie für die nächste Zeit ein gewisser Stillstand eintreten wird, so wird hier vorwiegend eine erhebliche Anzahl von geübten Arbeitern frei werden, die für den Schiffbau zur Verfügung stehen, so daß damit die einzige Grenze, die bisher der Weiterentwicklung der Werften gezogen war, fortfällt. Was die wirtschaftliche Lage der Werftarbeiter betrifft, so schildert Kommerzienrat Howaldt dieselbe als sehr günstig. Wenn irgend ein Arbeiter keine Veranlassung habe, sich zu beklagen, dann sei es der Arbeiter auf den deutschen Werften. Dieselben verdienen im Durchschnitt so viel, daß sie, wenn sie älter werden und sparsam veranlagt sind, fast alle ihr eigenes Häuschen haben und vermögend sind. Als vor einiger Zeit die Fiskusler der Howaldts-Werke mit der Forderung einer Lohnverhöhung an die Direktion herantraten, wurde ihnen aus den Verdienstlisten nachgewiesen, daß sie im Durchschnitt ein jährliches Einkommen von 1432 M. hätten, wobei der Verdienst aller in der Fiskuslerabteilung beschäftigten Arbeiter mit veranschlagt war, auch der der Handlanger und Bediener. Es wurde ihnen nachgewiesen, daß die geübteren, wirklich tüchtigen Handwerker von ihnen 1500 bis 1700 M. im Jahre verdienen, allerdings bei einem Arbeitslag von 10 1/2 Stunden. Die 1/4 Stunden geben die durchschnittlich gearbeitete Ueberzeit an, da der normale Arbeitslag nur 10 Stunden beträgt. Die Werke bezahlen eine Dividende von durchschnittlich höchstens 7 bis 8 Proz.; das ist nicht viel, wenn man bedenkt, daß bei derartigen technischen Anlagen das investierte Kapital durch unermesslich technische Fortschritte, welche die Anlagen entwerfen, zum Teil verloren gehen kann. Da den Arbeitern nachgewiesen wurde, daß gerade beim Schiffbau der Arbeitslohn eine so hervorragende Stellung einnimmt, so daß etwa 5 Proz. des Arbeitslohns 3 Proz. des Aktienkapitals gleichkommen, so traten sie von ihrer Forderung zurück. Noch günstiger als die Fiskusler stehen andre Gewerke, die einen nicht unerheblich höheren Lohn beziehen, und da man rechnen kann, daß ungefähr zwei Drittel der Summe, die der Bau eines Kriegsschiffes kostet, Arbeitslohn sind, so kann man den Widerspruch nicht verstehen, der gerade von socialdemokratischer Seite gegen die Vorlage gemacht wird; bei der außerordentlichen Entwicklung unserer Industrie würde ein Krieg, in den Deutschland verwickelt wird, sich in allererster Linie dadurch äußern, daß er die deutsche Industrie lahmlegt und Hunderttausende von Arbeitern dadurch brotlos macht. Man nimmt an, daß das Schiff, wie es auf der Werft gebaut wird, zu einem Drittel des Werts Arbeitslohn repräsentiert, und ein weiteres Drittel des Gesamtwerts des Schiffes ist Arbeitslohn für die beim Bau des Schiffes zur Verwendung kommenden Halb- und Ganzfabrikate. Bisher hat Deutschland allerdings von den für den Bau der Schiffe nötigen Halbfabrikaten viel aus England bezogen. Die Erklärung dafür ist, daß diese Materialien bisher aus England billiger und besser zu beziehen waren, denn die englischen Werke sind für die Bedürfnisse des Schiffbaues viel besser eingerichtet als Deutschland, dessen Schiffbau-Industrie ja noch jung ist. Doch ist mit Bestimmtheit zu erwarten, daß unsere Werke sich in kurzer Zeit so weit entwickelt haben, daß wir uns auch nach dieser Richtung hin von dem englischen Markt unabhängig machen können.

Die Ausgaben, die Herr Howaldt hier über den Anteil des Arbeitslohns an den Kosten eines Kriegsschiffes macht, bieten ebenso wenig etwas Neues wie die folgerungen gegen die „socialdemokratische Seite“, die er daran knüpft. Ähnliche Behauptungen werden schon seit längerer Zeit in den Flotten-Flugblättern aufgestellt, und wir haben den Schwundel bereits zahlmäßig nachgewiesen; Herr Howaldt spricht sogar nur von zwei Drittel, die Flugblätter von drei Vierteln.

Als zwei Drittel der Kosten eines Kriegsschiffes bestehen nach Howaldt in Arbeitslöhnen, dann müssen unbedingt in dem übrigen Drittel nicht nur die Dividenden für das Aktienkapital, die Abschreibungen, die Kosten der Reparaturen, Steuern, Verluste, Instandhaltung des Betriebs, des Verschleißes der technischen Anlagen u. m. stehen, sondern auch die Ausgaben für die technischen und kaufmännischen Leiter, sowie für deren nicht zu den Arbeitern gehörendes Personal, Ingenieure, Buchhalter, Rechnungsbeamte u. m.; und zwar selbst-

verständlich nicht nur diese Ausgaben der Werft selbst, sondern auch teilweise der Betriebe, von denen die Werft ihre Schiffsmaterialien bezieht. Kauft die Werft von einem Stahlwerk Panzerplatten oder einer Maschinenbau-Anstalt Maschinenteile, so bezahlt sie natürlich in deren Preisen nicht nur das Rohmaterial und den Arbeitslohn, sondern auch den auf diese Fabrikate entfallenden Anteil an den Profiten, Verschleiß und Erneuerung der Anlagen, Gehältern und dergl. mehr. Dabei handelt es sich häufig auch hier nicht um einen einzigen Betrieb, sondern um eine Reihe verschiedener aufeinander folgender Fabriken: die Maschinenfabrik bezieht ihr Material vielleicht wieder von einem Stahlwerk, dieses das Roheisen von einem Hüttenwerk u. m. Alle diese Produktionskosten und Profite sind natürlich in den Preisen der Materialien, welche die Werft bezieht, mit enthalten und müssen mit Ausnahme des eigentlichen Arbeitslohns in dem einen Drittel stecken, das laut Herrn Howaldts Behauptung nach Abzug der zwei Drittel für Arbeitslöhne von den Kosten eines Kriegsschiffes übrig bleibt.

Wer das glaubt, muß polkenwidrig leichtgläubig angelegt sein. Als direkt unmöglich aber stellt sich die Angabe heraus, die Arbeitslöhne betrügen zwei Drittel der Gesamtkosten, sobald man sich nur ungefähr die Ausgaben vergegenwärtigt, die noch außer den Arbeitslöhnen eine Schiffswerft zu leisten hat. Zunächst haben die „Howaldts-Werke“ in den letzten Jahren 7 und 8 Proz. Dividende gezahlt; andre Werften, wie z. B. der „Vulkan“, 12 und 14 Proz. Nehmen wir als Durchschnitt 10 Proz. und nehmen wir ferner an, daß wie Herr Howaldt behauptet, tatsächlich etwa 5 Proz. des jährlichen Arbeitslohns 3 Proz. des Aktienkapitals gleichkommen, dann muß, da Herr Howaldt den von der Werft bezahlten Arbeitslohn mit ein Drittel der Kosten eines Schiffes veranschlagt, der jährliche Produktionsertrag sich zum Aktienkapital wie 2/3 x 3, also wie 5 zu 9 stellen, d. h. eine Werft von 5 Millionen Mark Aktienkapital baut jährlich für 9 Millionen Mark Schiffe. Demnach entsprechen 10 Prozent Dividende auf das Aktienkapital 5/9 Proz. des Produktionsertrages; fügen wir der Einfachheit wegen 5/9 Proz. nun aber hat außer der Dividende die Werft noch eine Menge anderer Kosten und Ausgaben zu bestreiten: Abschreibungen auf dem Reserve- und Reparaturenkonto, Versicherungen, Lantienem u. m. und zwar handelt es sich hier nicht bloß um Abschreibungen, die nach der Jahresbilanz vom Bruttogewinn vorgenommen werden, sondern auch um die aus den laufenden Einnahmen bestreitenen Reparaturen, Erneuerungen vorhandener Anlagen, technischen Verbesserungen u. m.; ferner um Beleuchtung, Heizung der Büroräume und allerlei sonstige kleine Betriebskosten. Im allgemeinen sind diese weit höher, wie der Betrag der Dividende; um beiseite zu sein, wollen wir jedoch auch diese nur mit 6/10 Proz. veranschlagen, ein Prozent, den Herr Howaldt selbst wahrscheinlich viel zu niedrig finden wird. Auch damit sind die Ausgaben nicht erschöpft. Jedes Werk hat Verluste, die aus den Einnahmen erlegt werden müssen, dazu kommen die Beträge des Steuerkontos, dann die Ausgabe für Reklame, wozu ich auch die Ausgaben für Stapellauf, sogenannte patriotische Veranlassungen, Beteiligung an Wohlthätigkeits-Anstalten, Ausgaben für öffentliche Zwecke u. m. rechne. Setzen wir auch hier recht bescheiden und bringen alle diese Ausgaben nur mit 4 Proz. in Anschlag. Nun kommt noch eine Hauptausgabe: Besoldung der Direktoren, der Ingenieure, Buchhalter u. m. Wie es damit auf den „Howaldts-Werken“ aussieht, wissen wir nicht. Der Stettiner „Vulkan“ beschäftigte Anfang vorigen Jahres 6810 Arbeiter verschiedener Art, ferner 3 Direktoren, 281 Ingenieure, Techniker u. m., 114 kaufmännische Angestellte, Buchhalter, Rechnungsbeamte; das Verhältnis war also 1 zu 17. Welche Gehaltssumme diese Angestellten bezogen, ist uns nicht bekannt; die Direktoren dürften das Vierzig- und Fünfzigfache des Lohnes eines einfachen Arbeiters an Gehalt beziehen, die Ingenieure je nachdem das Vier-, Fünf- und Sechsfache und mehr, Kalkulatoren das Dreifache. Nehmen wir als Durchschnitt das Fünffache, dann ergibt sich das Verhältnis von 5 zu 17. Und da der Anteil der Arbeiter nach Herrn Howaldts Aussage 33 1/3 Proz. beträgt, wird sich jener der Angestellten auf etwa 10 Proz. belaufen. Wir erhalten also 5 1/3 + 6 1/2 + 4 + 10 Proz. = 25 1/2 Proz.; subtrahiert von 33 1/3 Proz. bleibt 7 1/3 Proz. In diesen 7 1/3 Proz. muß demnach die ganze Summe der Schiffbaumaterialien stecken, abzüglich deren Arbeitslohn; oder mit anderen Worten: bei sämtlichen Materialien, welche die Werft zum Schiffsbau braucht, verhält sich der Arbeitslohn zu den übrigen Produktionskosten mit Einschluß der Profite wie 100/3 zu 22/3, d. h. ungefähr wie 9 zu 2. Man denke, vom Preis einer Panzerplatte sollen z. B. ungefähr 82 Proz. auf den reinen Arbeitslohn entfallen und nur 18 Proz. auf alle übrigen Produktionskosten, Rohmaterial und Profite. Wers glaubt, verdient wirklich die Gebühr: Kopfschütteln schwaach. Die oberflächlichste Betrachtung lehrt es anders.

Judem, was soll das Manipulieren mit den zwei Dritteln? Wie Herr Howaldt selbst gesteht, hat bisher Deutschland die für den Schiffsbau nötigen Halbfabrikate zum großen Teil aus England bezogen. Für diesen Teil geht doch unbedingt den deutschen Arbeitern der Lohn verloren. Aber selbst wenn man aus den ganzen Behauptungen des Herrn Howaldt nur die eine herausnimmt, daß im Schiffsbau direkt der Arbeitslohn ein Drittel der Kosten eines Kriegsschiffes beträgt, erweist

sich das nach obiger Berechnung als Uebertreibung. Wahrscheinlich hat Herr Howaldt die „Arbeitskosten“ mit dem „Arbeitslohn“ verwechselt und rechnet zu letzterem auch die Gehälter der Direktoren, des kaufmännischen Personals usw. Dann wird die Angabe stimmen. In diesem Fall kämen aber immer nur etwa 23 bis 25 Proz. auf die im Schiffsbau beschäftigten Arbeiter. Das ist sicherlich noch immer eine ganz respektable Summe, doch daraus die Verpflichtung für die Socialdemokratie ableiten zu wollen, für die Flottenvorlage stimmen zu müssen, ist geradezu lächerlich. Was würde Herr Howaldt und Mitinteressenten sagen, wenn jemand an die Vesiker der Schiffswerften, Stahl- und Eisenwerke die Forderung stellte, sie sollten die Mittel für die Flottenvermehrung aufbringen mit der Begründung, daß ja ein Teil von ihnen später an den Schiffsbauten wieder etwas verdienen? Herr Howaldt würde hell aufschauen. Nun nicht minder lächerlich ist die Forderung, die Arbeiter sollten die Mittel hergeben, damit ein kleiner Bruchteil von ihnen einen gewissen Prozentsatz in Form von Lohn wiedererhalte.

Ueber die Behauptungen des Herrn Howaldt hinsichtlich der Höhe der Arbeitslöhne wird uns aus Kiel berichtet:

Zu Beginn des vergangenen Jahres hatten die Fiskusler der Howaldts-Werke eine Lohnaufbesserung beantragt. Und hierauf bestanden die Arbeiter nun folgendes Schreiben:

Ihre Eingabe vom 10. d. M. (Februar 1899) erhielt ich und habe ich die Verhältnisse gründlich untersucht. Es stellte sich heraus, daß ein durchschnittlicher Lohn von 34 1/2 Pf. pro Stunde gezahlt wird, nicht unter 33 und nicht über 37 Pf. Es stellt sich ferner heraus, daß die Durchschnitts-Arbeitszeit 3200 Stunden im Jahre betragen hat, bei einem Durchschnitts-Verdienst von 1253,89 M. = 38 1/2 Pf. pro Stunde. (Dem Interviewer „berednete“ Howaldt einen Durchschnittslohn von 1452 M.)

Von einer nicht auskömmlichen Löhnung kann also keine Rede sein. Ebenso widerprechen die Thatfachen den Angaben, daß die Accordsätze zu gering bemessen sind, da Ueberflüsse bis zu 25 Proz. und durchschnittlich 10 Proz. über Tagelohn erzielt sind. Wenn also darauf liegt, für seine Familie einen besseren Verdienst zu machen, der hat hier die Gelegenheit dazu und wird nichts weiter verlangen von ihm, als daß er stetig fortarbeitet und sich jeden Vorteil zu Nutzen kommen läßt. Eine Verbesserung der Accordsätze hat auch nicht stattgefunden, anders als wenn durch Erleichterung der Arbeit mittels verbesserter Maschinen ein Äquivalent geboten ist; dann hat das Werk die Kosten der Maschinenier getragen.

Für mich ist das durchgreifendste Argument, weshalb eine Verbesserung der Verhältnisse nicht angebracht ist, daß in den letzten Jahren die sämtlichen Arbeiter mehr Lohn bekommen haben, als die Waren, die sie herstellten, wert waren, weil sie sich nicht mit Nutzen verkaufen ließen. Der Nachweis für die Richtigkeit dieser Behauptung liefern die Bücher. Wenn jetzt in den nächsten Jahren ein Ueberfluß erzielt werden sollte, so wird zunächst eine Stärkung des Werks für kommende schlechteren Zeiten erforderlich sein, und erst wenn dauernd bessere Zeiten kommen sollten, wird es möglich sein, wieder eine Erhöhung der Löhne eintreten zu lassen.

Hi dieses, vom Kommerzienrat Howaldt unterzeichnete Schreiben schon ein wahrer Hohn für die Arbeiter gewesen, weil die Werke alljährlich Hunderttausende reiner Einnahmen erzielt haben, so setzt doch der Korrespondenzartikel allein die Krone auf. Aus 1253 M. Jahresverdienst werden urplötzlich 1452 M. und dann soll dabei noch der Lohn aus der Handlanger und gar der Bediener eingerechnet sein, also selbst auf diese der Jahresdurchschnitt entfallen. Man muß schon sehr hoffig sein, wenn man annehmen will, daß diese Behauptungen nur Unwahrscheinlichkeiten seien.

Hausbesitzer, v e r m ö g e n d e Leute sollen im Durchschnitt fast alle Arbeiter, wenn sie älter werden und sparsam sind, sein? Stammen werden die Werftarbeiter, wenn sie erfahren, wie gut es ihnen eigentlich geht. Aus dem Munde des Dietrichsdorfer Kommerzienrats erfahren sie es. Und der ist Adammann, kennt aus eigener Erfahrung die Verhältnisse in der Schiffbau-Industrie.

Und noch günstiger als die Fiskusler stehen mit einem nicht unerheblich höheren Lohn andre Gewerke! Wenn es nur wahr wäre! Die im Winter 1897/98 dem Reichstag vorgelegte Denkschrift über die Lage des in den Marine-Etablissements beschäftigten Personals hatten als höchsten Durchschnitts-Jahreslohn eines Arbeiters 1386 M., resp. 1278 M., und für einen der sogenannten ungelerten Arbeiter gar nur einen Jahresdurchschnitt von 870 M. angegeben. Und diese Beträge waren erzielt unter E i n z e l n u n g des durch zahlreiche Ueberstunden verdienten Lohnes.

lassen diese marine-amtlichen Angaben schon die absolute Unwahrscheinlichkeit der Behauptungen des in Frage stehenden Artikels erkennen, so lassen sich auch auf direktem Wege die Durchschnittslöhne der Werftarbeiter feststellen.

Auf Grund der Angaben der Eisen- und Stahl-Verufsgenossenschaft für Schleswig-Holstein betragen für 1898 die Löhne in den drei großen Werften des Bezirks: 848,90 M. resp. 1041,47 M. resp. 1108.— M.

Selbst unter Berücksichtigung, daß die im Verufsgenossenschafts-Bericht angegebenen Löhne den wirklich gezahlten nicht ganz entsprechen, weil Lohnbeträge von über 4 M. pro Tag nur zu einem Drittel angerechnet werden, ergeben sich also nur Löhne, die der Schilderung der Werftarbeiter-Verhältnisse auch nicht im entferntesten entsprechen.

Besser als alle schönfärbischen Berichte dokumentieren können und immer wieder die bald hier bald dort auf dieser oder jener Werft ausbrechenden Differenzen und Streiks die abänderungsbedürftige Lage der Werftarbeiter. Auch nicht im geringsten hat der fortgesetzten Preissteigerung der Lebensmittel, der Wohnungsämien, mit einem Worte der gesamten Lebenshaltung des Arbeiters eine eventuelle minimale Lohnaufbesserung der Werftarbeiter Schritt gehalten. Wären die Dinge so, wie der Unternehmer Howaldt sie schildert, dann würde es wohl völlig ausgeschlossen gewesen sein, daß in vollster

Uebereinstimmung Gewerkschaftler und Gewerksvereine im Dezember 99 in 4 von tausenden von Werftarbeitern besuchten Versammlungen in Stettin und Breslau Stellung gegen das Ueberstundenwesen nahmen und Forderung auf Lohnerhöhung einreichten.

Die ein brutaler Hohn unter es uns an, die Werftarbeiter bei ihrem minimalen Lohn, bei schwerer gefahrvoller Arbeit auf hohen Gehältern neben- und übereinander, als Hausbesitzer und vermögendere Leute hingestellt zu sehen.

Eine Unverschämtheit sondergleichen ist es, so wie gesehen, die Lage der Werftarbeiter zu schildern, eine Unverschämtheit, nur begangen, dem Volke Sand in die Augen zu streuen, daß es nicht deutlich die reichen Profile der Werften erkenne. Und zu diesem lächerlichen Thun geben Kommerzienrat Homwaldt und die „Berliner Wissenschaftliche Korrespondenz“ sich brüderlich die Hände.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. Februar.

Der Reichstag

nahm am Mittwoch zuerst die dritte Beratung des Antrags auf Aufhebung des Diktaturparagraphe für Elsaß-Lothringen vor. Der Abg. Wetterlé sagte noch einmal die Gründe für den Antrag zusammen und wies dem Reichstag, daß vorigen Mittwoch behauptet hatte, es hätte vor der letzten Reichstagswahl sich nicht für die Aufhebung des Diktaturparagraphe ausgesprochen, aus seinen eigenen Flugblättern nach, daß es vor dem Reichstag die blanke Unwahrheit gesagt hat. Der Abg. Prinz von Hohenlohe hatte indes vorgelesen, durch Abwesenheit zu glänzen, viellecht das Beste, wenn auch nicht das würdigste Verfahren, einer unangenehmen Situation aus dem Wege zu gehen. Der Antrag wurde in dritter Lesung angenommen. Es folgte gleich darauf ein zweiter Initiativantrag der Elsaß-Lothringischen Abgeordneten, ein Umlauf der Tagesordnung, das nach den Erinnerungen des Abg. Winterer, der den Antrag begründete, seit 25 Jahren nicht da war. Der Antrag, der auf Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für die Landesvertretung der Reichslande abzielt, fand gleichfalls Annahme. Von unserer Seite trat Vebel für denselben ein.

Nach Erledigung der elsässischen Initiativanträge wurde die am Dienstag vertagte Beratung über Petitionen fortgesetzt. Vebel nahm die Diskussion über die Besteuerung der Konsumvereine wieder auf. Ihm kam es darauf an, die Besteuerung der Konsumvereine im Königreich Sachsen als eine Massen-Ausnahmegefügung gegen die Arbeiter zu brandmarken. Sei es schon einzigtartig, die Konsumvereine als „kapitalistische Vereinigungen“ aufzufassen, so spreche die Anwendung der sächsischen Besteuerung geradezu aller Gerechtigkeit hohn, indem von den kapitalistischen Vereinigungen fast ausschließlich nur Konsumvereine der Arbeiter mit der Steuer belegt werden. Vebel betonte im weiteren die Unvernünftigkeit der gegenwärtig so sehr beliebten Mittelstandspolitik. Bei dieser Agitation zum Schutze des Mittelstands im Handelsgewerbe sei ein ausschlaggebendes Moment bisher gänzlich unberücksichtigt geblieben, nämlich die Konkurrenz, die sich die Kleintausende gegenseitig machen. Redner wies auf die Ergebnisse der Gewerbestatistik hin und stellte fest, daß 1882-1895 die Zunahme der Selbstständigen im Handelsgewerbe 40,3 Proz., die Zunahme der Bevölkerung dagegen nur 14,5 Proz. betragen habe. 1895 sei schon auf 111 Einwohner ein selbständiger Handelsbetrieb gekommen, während noch 1882 erst auf 195. Daraus gehe doch die innere Konkurrenz im Kleinhandels-gewerbe zur Genüge hervor. Vebel sprach sein Bedauern darüber aus, daß man die amtliche Reichsstatistik, die doch zur Unterstützung der Gesetzgeber mit viel Mühe und Kosten unternommen werde, in so wichtigen Fragen, wie der vorliegenden, gänzlich unberücksichtigt lasse. Vebel wies dann noch auf die Konsequenzen dieser Mittelstandspolitik hin, die schließlich darauf hinausläufe, jeden wirtschaftlichen Fortschritt im Gewerbe, Handel und Verkehr hintanzuhalten oder ganz zu unterdrücken. Auf der kapitalistischen Entwicklung beruhe aber die Machtstellung Deutschlands, durch eine reaktionäre Mittelstandspolitik werde diese Stellung erschüttert. Von den nachfolgenden Rednern verurteilte Abg. Dr. Dertke Vebel zu befehlen und empfahl ganz offen die Mittelstandsdemagogie als Ziel einer weisen Politik. Seine Ausführungen veranlaßten unsere Genossen Wurm zu einer nachmaligen eingehenden Erwiderung, in der er den gegnerischen Ausführungen Schritt für Schritt entgegen trat. Indessen vermochten unsere Einwände gegen den Antrag der Petitionskommission, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen, die Mehrheit des Hauses nicht zu überzeugen. Der Antrag der Kommission wurde vielmehr in der Hauptfrage gegen unsere Stimmen angenommen. Nach Erledigung zweier weiterer weniger wichtiger Petitionen wurde die weitere Beratung der Petitionen abgebrochen. — Donnerstag: Etat des Auswärtigen Amtes.

Entgegenkommen in der Deckungsfrage.

Das Centrum hat erklärt, daß es für die Flottenvorlage keinesfalls zu haben sein werde, wenn nicht die Kostenfrage anders geregelt werde als die Regierung vorschlägt. Das Centrum will keine neuen Steuern, welche die Unbemittelten belasten, und schreift vor der Höhe der Anleihen zurück, die die Regierung aufnehmen will.

Die Regierung hat bisher geögert, sich irgendwie über ihre Stellung zu den Centrumswünschen auszusprechen. Man wußte bisher nur, daß einige süddeutsche Regierungen die Lösung der Kostenfrage in der Art, wie es die Begründung der Vorlage vorschlägt, nicht gebilligt und ihre Bereitschaft zu einer andern Lösung — man sprach von Reichs-Erbchaftsteuer — ausgedrückt haben.

Jetzt giebt Schweinburg eine offiziöse Erklärung ab, die zeigt, daß die Reichsregierung die Unmöglichkeit erkannt habe, in der Kostenfrage alle Wünsche der Volksvertretung zurückzuweisen. Das Niquel-offiziöse Blatt Schweinburgs schreibt:

„In der That wird ja auch so ziemlich allgemein anerkannt, daß nur noch in der Deckungsfrage eine gewisse Schwierigkeit für die Flottenfrage liegt. Aber auch diese Schwierigkeit wird mit Vorliebe weit über Gebühr aufgebauscht; sie ist nicht entfernt unüberwindlich. Im Gegenteil. Man kann zwar sehr wohl der Meinung sein, daß es sich angeht, die voraussichtlichen Zulänglichkeiten der vorhandenen Mittel zu zerbrechen, sich jetzt über die Deckungsfrage den Kopf zu zerbrechen. Wenn aber bei ausschlaggebenden Faktoren der Wunsch besteht, schon jetzt für den Fall etwaiger zukünftiger vorübergehender oder dauernder Unzulänglichkeiten der Reichseinnahmen Vorsorge zu treffen, so liegt kein Anlaß vor, sich dagegen grundsätzlich ablehnend zu verhalten, weder bei den Regierungen noch bei den Parteien. Bei adäquater guten Willen wird eine Verständigung auch diesmal so gut sich erreichen lassen, wie dies 1898 bei dem Flottengesetz gelungen ist.“

Die Regierung kommt dem Centrum entgegen. Und das Centrum wird zum Dank der Regierung entgegenkommen, indem es auch in der Kostenfrage möglichst bescheiden bleibt.

Bescheidenheit ist ja die Tugend des Centrums schon stets gewesen bei der Regelung der Kostenfrage für Flottengesetze. Für das Centrum genügt es vollständig, daß der Staat in gemäßigter Weise, als ob es für die Nichtbelastung der unteren Volksklassen gestritten hätte. Die Deckungsklausel des Flottengesetzes von 1898 war eine richtige Klausel, die nicht hindern konnte, daß die gesamten Mehrausgaben für die Marine in den letzten Jahren aus den indirekten Steuern und Zöllen, die das arbeitende Volk bedrücken, bestritten worden sind.

Die „Berl. Pol. Nachr.“ weisen deutlich darauf hin — was ja längst bekannt war — daß auch die neue Centrumsfürsorge für die unbemittelten Klassen sich höchstens als lächerliche Komödie herausstellen wird. Es ist nicht ganz unbedeutend, wenn die „Berl. Pol. Nachr.“ sagen, „daß es sich angesichts der voranstehenden Zulänglichkeiten der vorhandenen Mittel erübrigt, sich jetzt über die Deckungsfrage den Kopf zu zerbrechen“. Dies ist dann nicht unbedeutend, wenn man, wie das Centrum will, eine Steuerbestimmung nur für den Fall treffen will, daß die laufenden Einnahmen des Reichs überhaupt nicht mehr zu reichen. Das bedeutet aber, daß für alle Zukunft die Marine-Ausgaben aus den Zöllen und Verbrauchsabgaben gedeckt werden sollen und daß erst für den vielleicht nie eintretenden Fall, daß diese Reichseinnahmen nicht zureichen, der überschüssige Teil auf andre, gerechtere Art aufgebracht werden soll.

Bei solcher Bescheidenheit des Centrums ist es nicht verwunderlich, daß die Regierung ihm die Gefälligkeit des Entgegenkommens erweist.

Oder ist etwa dieses Entgegenkommen nur ein scheinbares, ein schlaues Niquelstreich, bestimmt, für den Fall der Reichstagsauflösung die Chancen der Flotte zu verbessern? —

Das preussische Abgeordnetenhaus

nahm Mittwoch die zweite Lesung des Etats der Central-Genossenschaftskasse vor. Diese Niquelsche Liebesgabe an die Agrarier ist mit 50 Millionen Mark dotiert und bringt eine Veranschlagung dieser Summe mit einem halben Prozent zu Wege. Eine solche Verwendung des Geldes der Steuerzahler gefält den Agrariern; sie möchten noch mehr zur Verfügung haben, und die Schleswig-Holsteinische Landes-Genossenschaftskasse in Kiel verlangt mit großer Bescheidenheit eine Verlesung des Grundkapitals der Centralkasse, die mit 200 Millionen Mark arbeiten soll. Schnelle Wünsche äußerte heute auch der Agrarier Dr. Sahn, der im Verein mit den Agrariern aller Schattierungen auch in diesem Jahr ein hohes Loblied auf das Institut sang. Diese Wünsche gingen selbst Herrn v. Riquel zu weit, der eine Erhöhung des Grundkapitals der Kasse für überflüssig erklärte. Im übrigen rief der Minister dringend zur Bildung von Handwerker-Genossenschaften, die mit Hilfe des billigen Zinsfußes der Centralkasse den Mittelstand retten sollen. Zurückgewiesen wurden die agrarischen Annahmen von dem freisinnigen Abgeordneten Dr. Erger, der als Genossenschaftsmann sonst dem Gedanken der Bildung von Handwerker-Genossenschaften sehr sympathisch gegenübersteht. Weiterer erregte die Frage des Abg. Dr. Krenndt über die Presse, die seine Silberreden nicht drucken will. — Nach Erledigung dieses Etats wurde die Umgestaltung des Gerichtsbezirksvertrags nach dem Regierungsvorschlag mit der Aenderung genehmigt, daß das Anfangsgehalt der Gerichtsvollzieher zweiter Klasse auf 1500 Mark bemessen wurde. Die Reform soll übrigens, wie Minister Schöpschtedt erklärte, erst am 1. Oktober eintreten.

Donnerstag beginnt die zweite Lesung des Eisenbahnetats.

Deutsches Reich.

Die Wahl in Calbe-Ashersleben. Nach den neuesten Meldungen — die amtliche Mitteilung vom Wahlergebnis liegt noch nicht vor — erhielt unser Kandidat Abg. Schmidt noch fast 200 Stimmen mehr als uns gestern berichtet worden war, nämlich nicht 17784, sondern 17980 Stimmen. Ferner sind 265 Stimmgelbst für ungültig erklärt worden, auf denen der Name Plade durchgestrichen und der Name Schmidt durch Stempel angebracht war. Diese Stimmgelbst sind natürlich gültig und müssen unserer Partei zugerechnet werden.

Unsere Genossen im dortigen Wahlkreis werden bereits am nächsten Sonntag ein Flugblatt an die Bevölkerung verbreiten, in dem geschildert wird, mit welchen niedrigen Mitteln die Gegner gearbeitet haben. Die sofortige Aufnahme der agitatorischen Arbeit zeigt, daß unsere Genossen in Calbe-Ashersleben höchsten Platz ihre politische Aufgabe verfolgen. —

Die Aktenstücke zum Fall Kronz

werden demnächst in einer Broschüre veröffentlicht werden. In Universitätskreisen trat sich nicht die mindeste Bewegung, ob dieses beispiellosen Angriffs auf die Gewissensfreiheit. Zu verzeichnen wäre höchstens, daß bei dem Vorstand der Berliner Akademischen Lehrhalle folgender Antrag eingebracht:

„Das Direktorium wolle beschließen, als Protest gegen die Bedrohung der akademischen Freiheit dem bisherigen Privatdozenten Dr. Leo Kronz die Sympathie der Akademischen Lehrhalle zu übermitteln.“

Das ist eine Kundgebung aus dem Kreise der Studierenden. Von den Lehrern hört man nichts. Dieselben Professoren, die „bedenkenlos“ in sozialdemokratische Versammlungen zogen, um den Arbeitern des kaiserlichen Evangeliums der Flotten- und Weltpolitik zu predigen, schweigen sein zu Will, wo es sich um ihre eigene Würde handelt.

Nicht über verstopfte die „Berliner Volkszeitung“ dies Gebahren der Flottenprofessoren, indem sie die folgende „Etonete“ erfand. Auf die Anfrage an eine Anzahl von Professoren, wie sie über diese Bedrohung der professoralen Lehrtätigkeit denken und was sie bei dem den Universitäten verfesten Schläge empfänden, kamen n. a. folgende Antworten:

Der Professor Gangsill schreibt: „Meine Ansicht über den Fall Kronz kann ich kurz dahin zusammenfassen: Wir brauchen unbedingt eine größere Flotte, wenn die Universitäten auch fernern an der Spitze der Kultur marschieren wollen.“

Der Geh. Reg.-Rat Professor Guffriet erwidert: „Was die Gefährdung der Selbständigkeit des deutschen Handels betrifft, so glaube ich, daß die Entwicklung des deutschen Handels nur durch eine Kriegsflotte ersten Ranges in sichere Bahnen geleitet werden kann.“

In der Antwort des Professors Logbuch heißt es: „Die Freiheit der Wissenschaft hat nur dann einen Wert, wenn die Zahl ihrer gepanzerten Linien-Schiffe auf die in der Flottenvorlage geforderte Höhe gebracht wird. Hiermit bedarf es, was meine Stellung zu dem Fall Kronz betrifft, keiner weiteren Erörterung.“

Professor Kuppstahl äußert sich wie folgt: „Die Abweisung des Dr. Kronz aus politischen Gründen zeigt den Universitäten, daß eine Wahrschuldbringende Kolonialpolitik sich erst entfalten kann, wenn wir unsre Schicksalsschiffe verdoppelt haben. Sollte Dr. Kronz derselben Ueberzeugung sein, so würde ich allerdings keinen Grund sehen, ihn dauernd

von einem Lehramt an einer preussischen Universität auszuschließen.“

Geh. Medizinalrat Professor Dr. Scheinwerfer entgegnet auf unsere Anfrage:

„Ich antworte für gewöhnlich nicht auf derartige Anfragen, will aber im vorliegenden Falle angesichts der eminenten Wichtigkeit der Angelegenheit für die deutschen Universitäten gern eine Ausnahme machen. Ich nehme keinen Anstand, zu erklären, daß meiner Meinung derartige Zwischenfälle ganz von selbst wegfallen, wenn eine Weltmachtpolitik großen Stils mit Flaggenschweifung in allen Erdteilen durchgeführt sein wird, wozu die Annahme der Flottenvorlage die unerlässliche Vorbedingung ist.“

Wahrscheinlich lautet, so höhnt die „Volks-Ztg.“, die andern Antworten auf unsere Rundfrage. Wir erheben daraus zu unserer Bestätigung, wie sehr den Professoren die Unabhängigkeit unserer Universitäten und die Freiheit der Wissenschaft am Herzen liegt. —

Die Flotten-Professoren im Jamn zu halten, mahnt dringend die „Kreuz-Zeitung“:

„Vor Ueberdampfung des Bogens aber müssen wir wiederholt eindringlich warnen. Wenn man den Landwirten sagt, wir schlagen Euch den Kopf ab, aber für die Flottenverfälschung müßt Ihr vorher stimmen.“ — so ist das ein zu starker Tabak, den niemand verträgt. Wer allem auch halte man die Professoren im Jamn. In ihrer Weise möchten sie der Flottenvorlage ja nicht; in ihrer Weltentfernung aber jagen sie es zum Teil so grundverleert dabei an, daß sie dieser Sache wahre „Vordienste“ leisten.“

Die Flotten-Professoren aber versuchen doch innerlich wenigstens Gründe für den Revisionismus geltend zu machen, hingegen die Konservativen für die Flotte sind, obwohl sie die von der Regierung geltend gemachten Gründe erbittert bekämpfen.

Den lächerlichen Wählern werden jetzt die Augen aufgehen, wie ihre Erwählten ihre Intrachen mit der Hofmaske willen — sie nennen es Patriotismus — verschleiern und für die „glückliche“ Flotte eintreten. —

Für die Verrohung der Jugend begeistert sich die — „Post“. Wir hatten aus Göttingen berichtet, daß an demselben schwarzen Brett, an dem die Studenten einen Flottenaufmarsch erlassen, die edelsten Jünglinge von der Universitätsbehörde wegen ihrer großen Egoisten ernstlich vermahnt werden. Diese Robeiten verherrlicht Stamms Blatt wie folgt:

Wenn der überföhrende Thateubrang der Jugend sich manchmal in übermüthigen fröhlichen Studentenscherzen Luft macht, so ist damit noch nicht gesagt, daß die Studenten hohe und große ernste Dinge nicht mit dem nötigen Ernst zu erfassen müßten. Das gerade Gegenteil ist der Fall. Ein guter Wein entwickelt sich erst nach starker Gärung, und gerade diejenigen, welche oft am tollsten und ausgelassensten auf der Kulverität sich gebärden, werden zumeist im späteren Leben die tüchtigsten Männer.

In den Tagen der lex Heinze lieft sich dieser reaktionäre Hymnus auf zügellose Unsitlichkeit ganz besonders lustig. Wenn sich die „Post“ aber wieder einmal über die Verrohung der Jugend und die Notwendigkeit ausgebeugter Zügelziehung entäußert, werden wir sie an ihre Lobrede auf den überföhrenden Thateubrang der jungen Leute gebührend erinnern. —

Scharfmacherlägen. Am 21. d. Mts. ist in Harburg von sozialdemokratischen Arbeitern ein Totschlag an einem Arbeitswilligen verübt worden, und zwar scheint das Opfer in bestialischer Weise durch Messerstiche zu Tode gemariert worden zu sein.“ So schreibt die „Kreuz-Zeitung“.

Wir haben bereits den Thateubstand festgesetzt. Trotzdem übertrumpft das Hauptblatt der konservativen Partei die Phantasie eines Arbeitswilligen noch und sucht den Anschein zu erwecken, als ob es sich in dem Fall überhaupt um einen Streik oder um einen Arbeitswilligen handle, während selbst Wippen nur an einen „vor Jahren“ vorgekommenen Streik erinnert.

An der ganzen Schauergeschichte ist nur wahr, daß ein Arbeiter tot in einem Graben aufgefunden worden ist. Es ist aber bis heute noch nicht einmal gewiß, ob ein Unglück, ein Mord oder ein Totschlag vorliegt. Die wahrscheinlichste Annahme ist, daß der Unglückliche in der Trunkenheit in den Graben gefallen ist.

Obwohl wir diesen Sachverhalt schon in der Sonntagsummer feststellten, liegt die „Kreuz-Zeitung“ von der Lösung eines Arbeitswilligen und die „Hamburger Nachrichten“ suchen sogar durch diesen Schwindel die Justizhausvorlage zum Leben zu erwecken:

„Der Deutsche Reichstag hat die Vorlage, welche die verbündeten Regierungen zum Schutz der Arbeitswilligen eingebracht haben, kurzerhand zurückgewiesen. Die Schlussfolgerung besteht darin, daß der Reichstag mit verantwortlich für derartige Gewaltthaten ist. Welche Verhältnisse das Vorkommen derselben und bezüglich der Zustände eröffnen, denen wir entgegenzutreten, wenn der sozialistische Terrorismus mangels energischen Widerstands der Staatsgewalt die Oberhand erlangt, brauchen wir nicht erst auszumalen.“

Wismarcks Organ, das längst unter das Niveau der Ritualmordpresse herabgesunken ist, hat allerdings allen Grund, die Sozialdemokratie zu verdammen; hat diese doch an die Gaunerzeiten ihres Chefredakteurs Hoffmann, des Burenfreundes Wismarcks, erinnert. Dafür nimmt man der laubere Herr, der trotz eines überaus großen Einkommens an seine Leute keine Schulden nicht bezahlen wollte und zu diesem Zweck allerlei Schabungen ausführte, durch doppelte Verleumdungen und Heerereien Rache.

Wie wir neueren Mitteilungen unseres Harburger Parteigorgans entnehmen, ist der Arbeiter verunglückt. Er ist trunken in den Graben gefallen und hat in dem kalten Wasser einen Lungen Schlag bekommen, an dem er gestorben ist.

Wir werden sehen, ob die „Kreuz-Zeitung“ und ähnliche Organe jetzt die schamlosen Lügen widerrufen werden. —

Fabrikinspektoren-Berichte.

Der „Frank. Ztg.“ wird mitgeteilt, daß gegenwärtig Verhandlungen zwischen der badischen und der Reichsregierung schweben, die dahin zielen, daß künftig der Jahresbericht des badischen Fabrikinspektors nicht mehr selbstständig veröffentlicht werde, sondern zunächst nach Berlin wandre und dort zusammen mit den preussischen Berichten herauskomme. Vermutlich schweben ebensolche Verhandlungen mit andern deutschen Regierungen.

Dazu bemerkt der betreffende Gewährsmann: „Der Zweck dieser Maßnahme kann nur der sein, daß man in Berlin in der Lage sein möchte, unbenutzte Ausführungen des anerkannt objektiven badischen Fabrikinspektors zu unterdrücken oder zurechtzustutzen, wie man ja auch in der Deutschrift zur Justizhausvorlage das von der badischen Regierung gelieferte Material sehr eigenmächtig bearbeitet hat. Daß dadurch die wertvollen Berichte des badischen Fabrikinspektors bedeutend an Wert verlieren würden, liegt auf der Hand.“

So sehr man zu Misstrauen gegenüber der Reichsregierung berechtigt ist, so geht man in diesem Fall doch — hoffentlich! — mit solchem Verdacht in die Irre. Graf Rosenowitsch hat im Reichstag jüngst, Wünschen aus dem Hause entsprechend, angeknüpft, daß von Reichs wegen künftig nicht mehr unzulässige Auszüge aus den Berichten der Einzelstaaten veröffentlicht werden, sondern daß sie vielmehr ungelürzt zum Abdruck gelangen sollen. Daß damit eine Censur der Berichte der einzelnen Gewerbe-Inspektoren verbunden sein sollte, ist eine Vermutung, die wir einstweilen tropaladem für unglücklich halten möchten. Es dürfte sich vielmehr nur darum handeln, daß künftig die Einzelstaaten auf die besondere Herausgabe ihrer Berichte verzichten und dafür sämtliche Originalberichte — natürlich ohne nachträgliche redaktionelle Bearbeitung — in einem Sammelband vom Reich herausgegeben werden. —

Aus dem Großherzogtum Sachsen-Weimar. Unser Landtag hält wieder eine Reihe öffentlicher Sitzungen ab, in welchen Regierung und ein Teil des Landtags sich bemühen, ihre Beziehung in socialpolitischen Dingen leuchten zu lassen. Am Montag fand ein Besuch des **Tariffamts der deutschen Buchdrucker**, bei der Beratung amtlicher Druckfachen mit tarifierten Firmen zu berücksichtigen, zur Beratung. Selbst der Minister von Bülow, welcher es in der kurzen Zeit seiner Amtshaltigkeit zu einer gewissen Bekanntheit wegen seiner eignen Methode der Socialistenbekämpfung gebracht hat, trat voll und ganz für den Antrag ein, weil die Buchdruckerorganisation den socialen Frieden wolle und sich von der Socialdemokratie abgewendet habe; dem Hrn. Landtag machte er den Vorwurf — weil dieser ebenfalls für das Gesetz eintrat und betont hatte, daß die Annahme desselben eine Anerkennung der wirtschaftlich errungenen Machtstellung des Buchdruckerbundes bedeute —, daß er da einen ganz andern Standpunkt einnehme, wie die Socialdemokraten im Reichstag, denn die hätten nur ein Interesse an der Verbeugung der Arbeiter. — Vau derz diente dem Herrn Minister und betonte, daß er im Interesse aller Arbeiterorganisationen des Landes wünsche, daß der Herr Minister recht oft lichte Augenblicke für socialpolitische Besprechungen haben möge. — Alle übrigen Redner waren mit der Regierung darin einig, daß die Buchdrucker ihre bisherigen wirtschaftlichen Erfolge nur der Einsicht und dem Entgegenkommen der Herren Prinzipale zu verdanken hätten. Gegen die Stimmen der Freisinnigen und einiger Nationalliberalen wurde der Beschluß gefaßt, das Gesuch der Buchdrucker der großherzoglichen Staatsregierung zur Empfehlung und Verwirklichung zu überweisen.

Zu der Dienstags-Sitzung wurde der von freisinnig-socialdemokratischer Seite gestellte Antrag auf Einführung einjähriger Staatsperioden nach sehr lebhaften Debatten der Regierung zur Erwägung überwiesen. Bei dieser Gelegenheit kritisierte Hrn. Vau derz in scharfer Weise den langjammen Geschäftsgang im Landtag, welcher hervorgerufen werde durch die aus politischen Gründen geübte Rücksichtslosigkeit bei der Zusammenlegung der Ausschüsse. —

Kein Ineinander Bischof. Der Hofmaier Pape teilt der „Germania“ mit,

daß in den Zeitungen fälschlich gemeldet wird:

1. daß ich ein großes Gemälde von der Eidesleistung des Erzbischofs Dr. Sinaur auf Wunsch des Kaisers male.

2. daß ich auf demselben den Herrn Erzbischof Ineinander stelle.

Richtig ist nur, daß ich auf Allerhöchsten Befehl der Feier der Eidesleistung beigewohnt und eine Skizze von derselben angefertigt habe.

Die latholische Kirche Ineinander also nicht! —

Das verbotene Lachen. Der „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht das Verbot der Pariser Zeitschrift „Le Rire“ auf die Dauer von zwei Jahren. —

Zulassung ausländischer Arbeiter. Die „Germania“ wußte kürzlich zu berichten, die preussische Regierung beabsichtige, 40000 polnische Arbeiter aus dem Ausland in Staatsgebiete zum dauernden Aufenthalt zuzulassen. Wie die „Kreuzzeitung“ hört, stehen Änderungen in den gegenwärtig hinsichtlich der vorübergehenden Beschäftigung ausländischer Arbeiter geltenden Grundgesetze nicht in Aussicht, und auch die dauernde Zulassung von 40000 polnischen Arbeitern sei nicht in Frage gekommen. —

Siehen, 27. Februar. (Fig. Ver.) In der hiesigen **Berlins-Kolonie** ist ein seltsamer **Selbstmordversuch** vorgekommen. Ein Soldat hat den Versuch gemacht, sich die Gurgel durchzuschneiden. Das hiesige Amtsblatt berichtet über die Angelegenheit wie folgt: „Der Soldat soll wegen schlechten Schießens von einem Unteroffizier stark angegangen worden sein und dieser ihm gedroht haben, daß, wenn er am andern Tage nicht besser schiesse, man ihn aufhängen würde.“ Der Mann, der etwas beschränkt sein soll, hat die Sache mit dem „Hängen“ für ernst genommen und deshalb die That in der Angst begangen. Der Selbstmordlandwirt befindet sich im Lazarett.“ — So ganz wahrscheinlich klingt diese Erklärung nicht. Es wäre dringend zu wünschen, daß die Sache aufgeklärt würde. —

Zur Breslauer Landtagswahl.

Ueber die Wahl in Breslau, die bekanntlich auf Antrag der Wahlprüfungskommission des Abgeordnetenhauses für ungültig erklärt werden soll, ist ein ausführlicher Kommissionsbericht erschienen, der in gewisser Beziehung eines allgemeinen Interesses nicht entbehrt. Der Referent, der die Ungültigkeitserklärung vorschlug, giebt selbst zu, daß die Auszahlung von Geld im Wahllokal während des Wahlfalles nicht nachgewiesen sei, es sei nur nach Beendigung der letzten Abstimmung Geld von den Socialdemokraten im Wahllokal an Wahlmänner gezahlt worden. Man gewinne aus dem ganzen Verfahren die Ueberzeugung, daß die Auszahlung und Empfangnahme von Geld durch die Socialdemokraten auf Grund eines vorher gefaßten und bekannt gegebenen Parteibeschlusses erfolgt sei. Darin liege eine große Wahlbeeinträchtigung, denn es sei zweifellos, daß die Geweihten, nach Abgabe der Stimme — natürlich im Sinne der Partei — 5 bis 6 W. ausgezahlt zu bekommen, einen Anreiz zum Erscheinen im Wahllokal und zu der Stimmabgabe in der gewünschten Weise bieten. Ein solches Verfahren bilde ein vollkommenes Novum in der Geschichte der preussischen Wahlkämpfe. Es handle sich nicht um Erstattung der baren Auslagen, denn es sei ohne jede Prüfung der gehaltenen Auslagen für jede im Sinne einer bestimmten Partei abgegebene Stimme eine bestimmte Zahlung geleistet. Als Entgelt für den Ausfall an Zeit und Arbeitsverdienst dürfe man die Zahlung einer solchen Parsumme an die Wahlmänner nicht postulieren lassen. Wollte man nicht der Korruption Thür und Thor öffnen, so müsse man daran festhalten, daß nur die baren Auslagen vergütet werden. Die Socialdemokratie sei bei den letzten Landtagswahlen zum erstenmal als Partei aufgetreten, es sei Pflicht der Kommission, im Interesse der Wahlfreiheit gleich dem ersten Versuch der unzulässigen Wahlbeeinflussung energisch entgegenzutreten.

Diesem offensichtlich parteiischen Bericht gegenüber führte der Korreferent aus, daß in dem Verhalten der Socialdemokraten eine Wahlbeeinflussung nicht zu erblicken sei. Die Parteidisziplin der Socialdemokraten sei eine so starke, daß der Parteibeschluß für die freilichigen Kandidaten eingetreten, allein schon für jedes Parteimitglied vollständig bindend gewesen sei. Auch ohne die in Aussicht gestellte Entschädigung würde keine abweichende Stimme abgegeben worden sein. Die Entschädigung sei nicht anders zu verstehen, als die von der Kommission selber als Erlaubnis angegebene Vergütung barer Auslagen. Es sei gleichgültig, ob jemand bare Auslagen oder die Einbuße an Arbeitsverdienst und Zeitverhältnis erst erhalten. Es sei mit Freunden zu begreifen, daß zum erstenmal die socialdemokratische Partei, von ihrem verfassungsmäßigen Rechte Gebrauch machend, sich an den Landtagswahlen beteiligt habe, aber der Gebrauch dieses verfassungsmäßigen Rechts würde der Arbeiterklasse verweigert, wenn man ihr die Vergütung einer Entschädigung für den Ausfall an Arbeitsverdienst, den sie nicht missen kann, durch die Partei verweigere. Die Korreferent beantragte daher, die Wähler für gültig zu erklären.

Zu der Diskussion stellten sich fast alle Redner auf den Standpunkt des ersten Referenten.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Der Achtstundentag vor dem Abgeordnetenhause. Bei der am Mittwoch erfolgten Beratung über die Dringlichkeitsanträge betreffend die **Bergarbeiter-Ausstände** erklärte sich Demel gegen die Einführung der Achtstundenschicht; die Lohnverhältnisse der Arbeiter seien nicht so schlimm, wie sie von den Socialdemokraten geschildert würden. Bei Einführung einer achtstündigen Arbeitszeit sei es unmöglich, mit den obersteilischen Werken zu konkurrieren; wenn die obersteilischen Werke achtstündige Schicht einführen, wären die österreichischen Werke bereit, das Gleiche zu thun. Der Redner weist auf die Gefahr hin, welche der Industrie durch Verteuerung der Kohle drohe. —

Das Haus nahm sodann einen Antrag Groß an auf Inwiefern sämtliche, die **Verkürzung der Arbeitszeit im Bergbau** betreffenden Dringlichkeitsanträge an den socialpolitischen Ausschuss, sowie einen Antrag dahingehend, daß der Ausschuss bis zum 12. März Bericht zu erstatten habe; endlich einen Antrag Rofner, nach welchem die Sitzungen dieses Ausschusses öffentlich sein sollten.

England.

Weniger wichtige internationale Angelegenheiten kamen am Dienstag im englischen Unterhaus zur Besprechung. Der Unterstaatssekretär des Krieges Windham erklärte, die achte Division werde, sobald die Transportschiffe bereit seien, nach Südamerika gesandt werden. Der Unterstaatssekretär Brodrick bemerkt, von der deutschen Regierung sei keinerlei Mitteilung eingegangen, hinsichtlich der zukünftigen Verwaltung Samoa's, abgesehen von der Thatsache, daß Dr. Solf zum Gouverneur der an Deutschland gefallenen Inseln ernannt werde. Wegen der Stellung Mataafo's habe die britische Regierung keine Informationen. Die handelspolitischen Rechte der britischen Unterthanen seien durch den Vertrag vollkommen gewahrt worden. Hedderwick (liberal) fragt, ob die Anleihe, welche Rußland Perlen gewährt habe, mit Wissen der britischen Regierung abgeschlossen sei und ob die Regierung irgend welche Schritte in dieser Angelegenheit gethan habe. Unterstaatssekretär Brodrick erwidert auf die erste Frage in verneinendem Sinne, auf die zweite Frage entgegnet er, es könne keinerlei Erklärung über das Verhalten der britischen Regierung mit Bezug auf die angeregte Angelegenheit gegeben werden. —

Afien.

Fremdenhaß der chinesischen Regierung. Aus Peking wird gemeldet: Die feindselige Haltung, welche die Regierung gegenüber den Ausländern an den Tag legt, ruft unter diesen große Enttäuschung hervor. Vor einigen Wochen wurde eine Anzahl Chinesen, welche in Beziehungen zu ausländischen Firmen standen, ihrer Rechte beraubt. Die jetzige Regierung legt den Fremden die größtmöglichen Schwierigkeiten in den Weg. Verdenken kann man es übrigens den Chinesen nicht, wenn sie den Europäern nicht besonders geizig sind. Kommen diese doch nur ins Land, um es stückweis zu annektieren und auch sonst nach Kräften auszunutzen. —

Parlamentarisches.

Unfallversicherungs-Kommission.

In der Sitzung am Mittwoch kam zuerst der Antrag des Hrn. Köfide-Berlin zur Beratung, der sich auf den von den Socialdemokraten gestellten Antrag bezieht, daß in der Genossenschaftsversammlung die Verbesserungsvorschläge der Arbeitervertreter in deren Abwesenheit abgelehnt werden können. In einem solchen Fall soll nach dem Vorschlag des Hrn. Köfide des Reichs-Vericherungsamt bestimmen, ob die Unfallversicherungs-Vorschriften einer nochmaligen Beratung und Beschlußfassung seitens des Vorstands und der Vertreter der Arbeiter zu unterwerfen sind. Das Reichs-Vericherungsamt, so begründete Hrn. Köfide seinen Antrag, werde durch die vorgeschlagene Veränderung die Möglichkeit haben, den Arbeitern den ihnen gebührenden Einfluß unter allen Umständen zu sichern. Er habe das Vertrauen, daß das Reichs-Vericherungsamt von dieser Befugnis in allen Fällen, in denen es nötig erscheine, mit der nötigen Energie Gebrauch machen werde. Die Socialdemokraten erklärten, daß sie jetzt, nachdem in der vorigen Sitzung ihre weitergehenden Anträge abgelehnt seien, für den Antrag Köfide stimmen werden, weil derselbe eine allerdings ungenügende Verbesserung für den jetzigen Zustand bedeute. Die Nationalliberalen schlugen eine Abänderung des Antrags Köfide dahin vor, daß die von der Genossenschaftsversammlung beschlossene solche Abänderung von den mit den Arbeitervertretern vereinbarten Sachvorschriften auf Befehl des Reichs-Vericherungsamts der endgültigen Beschlußfassung des Genossenschaftsvorstandes unter Zuzugung der Arbeitervertreter zu unterwerfen sei. Obgleich dieser Vorschlag eine durchaus berechtigende Vereinfachung des Verfahrens herbeiführt hätte, so ziehen die Antragsteller ihren Antrag doch schließlich zurück, nachdem derselbe von der Regierung als eine Bevormundung der Genossenschaftsversammlung beantragt worden war. Eine Verschlechterung des Antrags Köfide beantragten dagegen die Centrum's-Abgeordneten. Sie wollten die endgültige Entscheidung bei Meinungsverschiedenheiten zwischen der Berufsgenossenschaft, der Versammlung und dem Vorstand bezug. Den Arbeitervertretern dem Reichs-Vericherungsamt zuzuwenden. Bei der Abstimmung wird jedoch dieser Antrag abgelehnt und der Antrag Köfide im wesentlichen unverändert angenommen.

Um die **Vermeidung der Unfallversicherungs-Vorschriften** zu erzwingen, sind die Genossenschaften „befugt“, die Betriebe durch „Beauftragte“ kontrollieren zu lassen. Die Socialdemokraten verlangen, daß die Berufsgenossenschaften hierzu nicht befugt, sondern verpflichtet werden, da bisher auf dem Gebiete der Ueberwachung der Betriebe viel zu wenig geleistet worden sei. Der Ministerialdirektor von Woedtle sieht die Berufsgenossenschaften ganz gewaltig heranzustreben und preist ihren Eifer auch bezüglich der Durchführung der Unfallversicherungs-Vorschriften. Der Staatssekretär des Innern jedoch giebt zu, daß die Berufsgenossenschaften bei weitem ihre Pflicht nicht gethan haben und daß deshalb unbedingt auf eine stärkere Kontrolle hingewirkt werden müsse. Der Antrag der Socialdemokraten wird jedoch abgelehnt, dafür aber die Forderung angenommen, die von den Berufsgenossenschaften selbst verlangt worden war, wonach der Eingang des betreffenden Paragraphen folgendermaßen lautet: Die Berufsgenossenschaften sind verpflichtet, für die Durchführung der von ihnen erlassenen Unfallversicherungs-Vorschriften Sorge zu tragen. Sie sind befugt, durch Beauftragte die Betriebe kontrollieren zu lassen.

Weiter verlangten die Socialdemokraten, daß auch den Vorständen der Krankenkassen das Recht gewährt werde, die Befolgung der zur Verhütung von Unfällen und zum Schutze von Leben und Gesundheit erlassenen Vorschriften zu überwachen, da ja die Krankenkassen für die Folgen der Unfälle während der ersten 13 Wochen einstehen müssen und deshalb an der Beachtung der betreffenden Vorschriften aufs stärkste interessiert seien. Der Antrag wird jedoch abgelehnt.

Ein weiterer socialdemokratischer Antrag verlangte, daß die Beauftragten über ihre Thätigkeit und die dabei gemachten Beobachtungen alljährlich dem Vorstand der Berufsgenossenschaften einen Bericht vorzulegen haben. Dieser Bericht soll veröffentlicht und in einer Vorstandssitzung beraten werden, zu der auch die Vertreter der Arbeiter mit gleichen Rechten und in gleicher Zahl wie die Vorstandsmitglieder zuzuziehen seien. Dieser Antrag sei die selbstverständliche Konsequenz aus dem großen Interesse, das die Arbeiter an der Beobachtung der Unfallversicherungs-Vorschriften haben. Auch die Veröffentlichung der Berichte erscheine notwendig, um einen Druck auf die Unternehmer ausüben zu können und die Arbeiter auf die bestehenden Mißstände und die ihnen drohenden

Gefahren aufmerksam zu machen. Trotzdem wird auch dieser Antrag verworfen.

Schließlich verlangten die Socialdemokraten, daß die Kontrollbeamten zur Hälfte von den Arbeitern und zur Hälfte von den Unternehmern gewählt werden. Gegen diesen Antrag sprach sich wieder ganz besonders eifrig der Ministerialdirektor v. Woedtle aus, da die Arbeiter nicht fähig seien, die richtigen Personen als Kontrollbeamte zu wählen und sich dadurch selbst schaden würden. Diese sonderbaren Vorstellungen von den Fähigkeiten der Arbeiter wurden von den Socialdemokraten entschieden zurückgewiesen. Die bürgerlichen Abgeordneten schlossen sich der Auffassung des Ministerialdirektors an, indem sie den socialdemokratischen Antrag ablehnten.

Nächste Sitzung Donnerstag.

Die Subkommission für die Einrichtung des Post-Chefverkehrs hat sich über die Änderungen der vorgelegten Post-Chefverordnung verständigt und wird bei der Budgetkommission die Bewilligung der im Etat 1900 verlangten Summen unter folgenden Bedingungen beantragen: Der Post-Chefverkehr soll ohne Gewährung von Zinsen für Einlagen und ohne Gebühren für Ein- und Auszahlungen eingerichtet werden. Die von der Regierung geplanten Zahlarten, sowie die Einführung verschiedener Chefzertien und sonstige bureaukratisch-fiskalische Verkehrserschwerungen fallen fort. Die Anlegung und Verwaltung der Gelder soll bei der Reichsbank erfolgen mit der Maßgabe, daß die Bank an das Reich 3 Proz. unter dem Wartebisconto, mindestens aber 1 1/2 Proz. und höchstens 3 Proz. Zinsen zu zahlen hat.

Partei-Nachrichten.

Nach nemmonatiger Haft wurde gestern der Genosse Heinrich Schulz-Erfurt der deutschen „Freiheit“ wiedergegeben. Sechs Monate der Strafe waren ihm wegen Majestätsbeleidigung beschert worden. Hoffentlich hat die lange Haft seiner Gesundheit nicht geschadet, so daß er sich wieder mit ungeschwächter Kraft seiner alten Thätigkeit widmen kann.

Genosse Wolfenbühler hat das Krankenhaus, in dem er sich zur Heilung seines gebrochenen Armes beinahe vier Wochen aufgehalten hat, wieder verlassen. Die Heilung des Bruchs ist vorzüglich geglückt, so daß unser Genosse bald wieder in der Lage sein wird, den rechten Arm völlig unbehindert gebrauchen zu können.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Groben Rauf sollen 4 Hafenarbeiter in Steffin dadurch begangen haben, daß sie bei der Beerdigung eines Verbandskollegen Kränze mit roter Schleife getragen und dem Toten einige Abschiedsworte ins Grab nachgerufen haben. Sie wurden unter Verabsendung der vom Schöffengericht angeordneten Strafen von der Verurteilung zweier zu je 6 Tagen Haft und zwei zu je 80 M. Geldstrafe verurteilt.

Der Streik der Bergarbeiter.

Aus Wien wird uns vom 27. Februar geschrieben: Gestern wehte im Abgeordnetenhause eine weit ruhigere Luft. Die Regierung scheint sich darüber klar geworden zu sein, welche infernalische Dummheit die „Erklärung“ war, mit der sich der Ackerbauminister am letzten Freitag prostruierte, und Herr v. Körber griff also gestern selbst in die Debatte ein, um den bösen Eindruck wegzuwischen. So kurz der Ministerpräsident sprach, er verlegnete dennoch den Freiherrn v. Givaneck gründlich. Er erklärte, die Rede habe zu einer mißverständlichen Auffassung geführt, die der Regierung den Wunsch nahelege, „volle Klarheit über ihre Absichten zu schaffen“. Nicht die Rede des Ackerbauministers sei es, die die Absichten der Regierung verdeutliche; sie habe vielmehr ihren Standpunkt in dieser wichtigen Frage, die mit vollem Recht die gesamte Aufmerksamkeit des Parlaments auf sich lenkte, in ungewohnter Weise durch den Vorsitzenden des Einigungsamts in Teschen zum Ausdruck gebracht. Und ganz im Gegensatz zum Ackerbauminister, der mit geringfügigen Höflichkeit gemeint hatte, die Regierung werde der gesetzgeberischen Initiative der Abgeordneten nicht folgen, erklärte der Ministerpräsident, daß sich die Regierung mit aller Bereitwilligkeit an den Arbeiten des Ausschusses beteiligen und diese Arbeiten auch nachdrücklich zu fördern bemüht sein werde. Die Worte des Ministerpräsidenten, so vage sie auch klingen, sind, wie man sieht, das strikte Gegenteil dessen, was der unvorsichtige und trotzig Ackerbauminister gesagt hatte. Das Abgeordnetenhause hat zwar auch gestern die erste Lesung der Anträge nicht beendet, aber die Zuweisung an den Ausschuss wird sicherlich Mittwoch erfolgen. Dort erst, im Ausschusse, wenn auch nicht wahrscheinlich ist, daß sich das Parlament mit der Socialdemokraten dieser Tage im Parlament geleistet haben, nicht geben. Die Sache ist im Fluß, und sie wird und kann nicht anders enden als mit der gesetzlichen Festlegung der Achtstunden-Schicht.

Die infame Erklärung des Ackerbauministers hat die Arbeiter wieder entzündet und ist gesehnt. Der Streik steht an allen Orten kochenfest, und das ist das Beste!

Aus dem mitteldeutschen Braunkohlen-Revier.

Halle a. S., 27. Februar. Die Lage des Streiks im Haller Bezirk ist unverändert, jedoch ist anzunehmen, daß sich die Zahl der Streikenden nicht weiter erhöhen wird, da in den Gruben, wo noch weitere Arbeitseinstellungen drohen, die Grubenverwaltungen zu Unterhandlungen und Zugeständnissen geneigt sind. In der Grube „Gottlob“ bei Zeitz, die bisher vom Streik unberührt blieb, legten heute 25 Mann die Arbeit nieder, jedoch sind mehrere Bergleute, denen die Zugeständnisse der Grubenbesitzer genügen, auf andern Gruben wieder angefahren. In Erdzig bei Zeitz drohen neue Arbeits-Niederlegungen, wosüber morgen in zwei Versammlungen beraten und beschlossen werden wird. Die Organisation der Bewegung läßt viel zu wünschen übrig, da den Bergleuten nur wenig agitatorische Kräfte zur Verfügung stehen. Genosse Polorny ist mit Arbeiten überlastet, da er allein die ganze Bewegung im mitteldeutschen Revier zu leiten hat. Die Forderung mit den Arbeitsniederlegungen in Zeitz, Weißenfels und Neumelzig verlängert den Streik zu Ungunsten der Bergleute, während es in e i n e m H a n d e l n bedeutend vorteilhafter gewesen wäre. Die Grubenbesitzer sträuben sich besonders gegen die Verkürzung der Arbeitszeit.

Der Streik der Berliner Möbeltischler.

Die erste Meinungsäußerung in der Presse ist nunmehr von den Schachmachern erschienen, sie ist in der Form so ausgefallen, als man es erwarten konnte und auch sonst den Gespinnstereien des Blattes, das sich zur Aufnahme aller schmutzigen Angriffe gegen die Arbeiterbewegung bereit erklärt, entspricht. Die „Staatsbürger-Zeitung“, in der Herr Alwardt seligen Andenkens eine Rolle spielte, leistet sich folgenden Ertrag: „Die wirtschaftliche Lage der Berliner Tischlergesellen kann als nicht schlecht bezeichnet werden. Die Löhne, gerade in der Möbeltischlerei, sind ziemlich hoch, in den allermeisten Tischlereien werden, wie schon nachgewiesen, 30 M. und auch noch bedeutend darüber Wochenlohn erzielt; es ist daher eine heimtückische Forderung, bei Accordarbeiten 24 M. Abschlag auf den Wochenlohn auch für den schwächsten Arbeiter zahlen zu sollen, das ist nicht weiter als eine Provokation der Meister. . . für dieckmal werden die Herren Streikführer aber wohl damit zufrieden sein müssen, den Meistern geschäftliche Sorgen und Vergern bereitet, Tausende draver Arbeiterfamilien aber wirtschaftlich schwer geschädigt zu haben. Denn mancher ordentliche Arbeiter, der vielleicht Jahre hindurch seinen

guten, sicheren Verdienst gehabt hat, wird durch diesen brutalen Streik aus seiner Arbeitsstätte geholt. Nicht jedem ist es gegeben, in den Stunden der Not und Sorge den Kopf oben zu behalten und so ist es denn auch nicht zu verwundern, wenn in solchen Zeiten die Schnapsbubillen überfällt sind. Der Ernährer der Familie will, wenigstens auf Stunden, seine Sorgen und die vorwurfsvollen Blicke der Seinen vergessen. Das Familienglück einiger Tausende Arbeiterfamilien wird hier mal wieder in größtmöglicher, fast möchte man sagen verbrecherischer Weise auf das Spiel gesetzt.

Das ist allerdings eine verbrecherische Provokation, die die Arbeiter erponen haben. Sie verdienen 30 M. und noch mehr, verlangen aber 24 M. Mindestverdienst. Nichtsinniger kann wohl niemand die Dinge auf den Kopf stellen.

Und nun die bewegliche Klage über die Sorge der Streikenden. Darüber berichtet das Blatt nichts, daß von den Unternehmern einige tausend Arbeiter von den Fabrikanlagen ausgesperrt sind, die überhaupt keine Forderungen stellen, die nur aufs Pflaster geworfen wurden, weil die Unternehmer eine Kraftprobe herbeiführen wollten. Wenn ein verbrecherisches Spiel getrieben wird, so hier, wo am Streik ganz unbeteiligte Arbeiter von den Fabrikanlagen in brutaler Weise aus Lohn und Brot gebracht werden. Der elende Bürsche, der sich erdreistet, die Streikenden als die Gäste der Schnapsbubillen darzustellen, übertreibt an Frechheit den ordinärsten Nichter, der unwillig anständigen Leute belästigt. Von solchem Gesindel ausgehört zu werden ist für die Streikenden kein Verlust, aber das Herabzerrn ihrer Familien in den Schmutz solcher frivolsten, nichtsnutzigen Flegel müssen sich anständige Arbeiter entschieden verbitten.

Der Verein der Tischler (Vertrauensmänner-Centralisation) beschäftigte sich am 25. Februar mit dem Streik. Es wurde bekannt gegeben, daß bis jetzt, also im Laufe der ersten Woche, 146 Mitglieder sich im Verein als Streikende gemeldet haben. Es gelangte sodann folgende Resolution zur Annahme:

In Anbetracht, daß der Verein mit dem Beschluß des Verbandes nicht einverstanden ist, weil ihm die Forderungen nicht weitgehend genug sind, der Verein jedoch der Minderheit wegen nicht im Stande ist, weitergehende Forderungen zu stellen, so treten wir für die Streikforderung des Verbandes ein, und wo es geht, wird der Verein die Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden erstreben.

Beschlossen wurde, die erste Woche keine Streikunterstützung zu zahlen, die zweite Woche 2.50 M. pro Tag. Man vertrat die Ansicht, daß bei gleichen Pflichten alle gleiche Rechte haben, also der unverheiratete Kollege dasselbe zu erhalten habe wie der verheiratete. Auch sollen sämtliche Kollegen in Berlin bleiben. Die Mitglieder, welche noch nicht 13 Marken geleistet haben, sind verpflichtet, die noch restierenden Marken bei der ersten Auszahlung des Streikgeldes in Abzug bringen zu lassen. Ferner hat jedes Mitglied, welches in Arbeit steht, 1 M. pro Woche an die Streikkasse abzuführen.

Die streikenden Möbelkünstler **Nixdorf** nahmen in einer am Mittwochvormittag abgehaltenen Versammlung den Situationsbericht des Streiks in Nixdorf entgegen. Wie berichtet wurde, sind am Montag die Forderungen in 23 Werkstätten vorgelegt worden. 9 Werkstätten mit 39 Gesellen haben bewilligt, 86 Gesellen befinden sich im Streik, davon sind 6 Unverheiratete abgereist. In der Fabrik von Laverenz haben 22 Gesellen die Arbeit niedergelegt, weil der Unternehmer an sie das Verlangen stellte, entweder aus der Organisation auszutreten oder nach Fertigstellung der Arbeit entlassen zu werden. Das Vorgehen des Herrn Laverenz gab Veranlassung zu einer eingehenden Besprechung. Es wurde bemerkt, daß die Arbeitsverhältnisse in dieser Fabrik mit zu den elendesten gehören, insbesondere so weit es sich um die Maschinenarbeiter handelt. Bei dieser gefährlichen Beschäftigung würden ganz ungeübte Arbeiter eingestellt und zwar zu Wochenlöhnen von 19.50 M. bis höchstens 21 M. — Die Versammlung gab der Ansicht Ausdruck, daß auch die Streikenden in Nixdorf gleich ihren Berliner Kollegen einmütig zusammenstehen und nicht eher ruhen werden, bis die Forderungen bewilligt sind.

Ueber den **Stand des Streiks** wird berichtet, daß sich bereits eine Mißstimmung gegen das Vorgehen der Holzindustriellen unter Kleinrentnern geltend macht. Eine Anzahl Meister meldeten gestern auf dem Bureau der streikenden Tischler die Bewilligung der Forderungen an, auch einige, die durch den Druck der Industriellen sich gezwungen sahen, die Bewilligungen zurück zu ziehen, haben ihren Arbeitern die Forderungen wieder bewilligt; dieselben sind jedoch vielfach verhindert, ihren Betrieb in vollem Umfang aufzunehmen, da die Maschinenarbeiten nicht fertig gestellt werden können, doch habe einige Präferenzen zugelegt, von heute an ihre Maschinen wieder laufen zu lassen. Ausgesperrt wurden gestern 105 Tischler in 98 Werkstätten. Abgereist sind 50 Nichtverheiratete. Im Ausstand stehen 6000 Tischler.

Die **Möbelpolierer** haben zu Freitagabend 8 Uhr Große Frankfurterstr. 117 für alle in der Möbelpoliererei beschäftigten Personen eine Versammlung einberufen.

Die Auszahlung des Streikgeldes findet für die ersten 300 Nummern der Kontrollkarten vormittags, für die übrigen nachmittags am Sonnabend, den 3. März, im Lokal des Herrn Scherer, Blumenstraße 38, statt. Die Streikenden haben selbst zu erscheinen und ihr Mitgliedsbuch vorzuzeigen. Im Streik befinden sich 619 Kollegen, welche im Interesse der Tischler die Arbeit mit niedergelegt haben, außerdem sind noch 141 Kollegen ausgesperrt. Die in Arbeit stehenden Möbelpolierer werden ersucht, die 1 Mark Extrasteuer pro Woche zu entrichten. Die Streikkommission.

Sociales.

Der deutsche Seemanns-Verband macht in einer Petition an den Reichstag die Wünsche der Seeleute zur Unfallversicherung geltend. Die Petition stellt 31 begründete Anträge. Als wichtigste davon heben wir hervor den Antrag, daß der Arbeitsverdienst der Seeleute nach denselben Grundsätzen berechnet werde, wie der der gewerblichen Arbeiter, da nach dem bisherigen Modus die verunglückten Seeleute nach viel zu niedrigen Sätzen entschädigt werden. Dann fordert die Petition Unterstellung der Seeleute unter das Krankenversicherungs-Gesetz. Verschiedene Anträge betreffen die Unfallversicherung, die Unterstellung der fahrenden Besondereheiten inhaltlich mit den Anträgen des Berliner Arbeitervertreter-Vereins.

Sehr eingehend beschäftigt sich die Petition mit der Unfallversicherung, zu deren Regelung sie unter Anlehnung an die 1894 in Leipzig erdichtene Schrift des Kapitänlieutenants a. D. Wislicenus ein ganz neues Verfahren vorschlägt. Sie verlangt die Einrichtung einer Reichsbehörde für das Seewesen, die schon den Bau der Schiffe unter dem Gesichtspunkte der Unfallversicherung überwachen soll und ebenso auch die Beladung der Schiffe sowie deren Ausrüstung bei der Ausfahrt. Auch ein Benennungsgesetz wird gefordert.

Zu wünschen wäre es, daß der Reichstag die Wünsche der Seeleute berücksichtige, doch fürchten wir, daß ihm die Wünsche der Seemannsvereine wichtiger scheinen werden.

Von der Berliner Genossenschafts-Bäckerlei macht jetzt das Fachorgan der centralisierten Bäcker-Arbeiter einige interessante Mitteilungen über die Lage ihrer Arbeiter. Bekanntlich entrüsteten sich bürgerliche Blätter aus Anlaß der letzten Bilanzveröffentlichung der Genossenschaft über den hohen Verdienst der Genossenschaftler und klappten daran einige alberne Bemerkungen über die Socialdemokratie.

Ans den Angaben des Fachorgans ist zu ersehen, daß die dort Beschäftigten ohne Unterschied in den ersten sechs Monaten 24 M., dann während zwölf Monaten 27 M. und danach 30 M. Wochenlohn bekommen. Die Arbeitszeit beträgt 10 bis 11 Stunden täglich bei sechs Arbeitstagen die Woche, also absooluter Sonntagsruhe. Ein Krankenunterstützungsfonds wird so angewendet, daß erkrankte Arbeiter mit dem Krankengeld zusammen mindestens 22 M. die Woche bekommen. Es werden nur organisierte Arbeiter beschäftigt. Es wird ein gutes reines Roggenbrot geliefert.

„Reichsboten“ und Genossen haben vielleicht die Freundschaft, und einen einzigen Bäckerbetrieb in Berlin und weiter Umgebung

zu nennen, wo die Arbeiter gleich oder auch nur ähnlich günstige Arbeitsbedingungen haben; dann werden wir die Diskussion über Wäckererwinne fortsetzen.

Bergarbeiterschlag. Einige alte Forderungen der Bergarbeiter hygienischer Natur sollen erfüllt werden. Das Oberbergamt Dortmund macht eine in Vorbereitung befindliche Polizeiverordnung bekannt, nach welcher für die Ruhrgruben angeordnet wird: 1. Einrichtung von geräumigen, heizbaren Umkleideräumen; 2. Schaffung von Einzel-Banabädern; 3. Aufstellung von Aborten über und unter Tage; 4. Ausbildung von Sanitätsmannschaften zur ersten Hilfeleistung bei Unfällen; 5. Einrichtung von Verbandstuben und Stellung von Transportwagen für Verletzte.

Eine interessante Berechnung hat ein schlesischer Handwerker angestellt. Bei einem Gewebe unterzeichnet man zwei Arten von Fäden, nämlich Kettenfäden, welche die ganze Länge des Gewebes bilden, und Schußfäden, die quer eingeschossen werden. Bei der Herstellung eines mittelmäßigen Gewebes braucht der Weber für die Breite 2000 Kettenfäden. Nehmen wir nun an, das Gewebe wäre 120 Meter lang und man wolle aus demselben einen Kettenfaden an den andern knüpfen und zwar so, daß aus den nebeneinanderliegenden 2000 Fäden ein einziger, langer Faden entsteht, so würde derselbe eine Länge von 240 000 Metern oder 92 Meilen haben. Ein Kettenfaden-Spuler ist im Stande, in circa 3 Tagen, wenn er — wie üblich — 12-14 Stunden täglich arbeitet, diesen 92 Meilen langen Faden durch seine Finger gleiten zu lassen resp. auf eine gewisse Anzahl sogenannter Scheerspeichen zu spulen. Dafür erhält er einen Arbeitslohn von ganzen 80 Pfennigen!

Gewerkschaftliches.

In einem **Ausstand** sind am Dienstagabend die Stallente und Vorlegejungen des Straßenbahnhofs an der Ecke der Bremer- und Waldensstraße eingetreten. Die Stallente, die bisher 2.50 M. den Tag erhielten, verlangten am Dienstagmorgen 3 M., die Vorlegejungen 60 statt 50 M. den Monat. Der Bahnhofinspektor versprach ihnen, die Forderung der Direction der Straßenbahn-Gesellschaft mitzubringen zu wollen. Die Leute gingen daraufhin an die Arbeit und bedangen sich bis 6 Uhr abends Bescheid aus. Dieser lautete ablehnend. Nunmehr legten 50 Stallente, 15 Reservekutscher und 16 Vorlegejungen die Arbeit nieder.

Versammlungen.

Die **Tapezierer** hielten am Dienstag vier gutbesuchte Versammlungen in den verschiedenen Stadtteilen ab, um über die geplante Lohnbewegung zu beraten. Es wurde von den Rednern darauf hingewiesen, daß sich die Verhältnisse der Tapezierer-Schiffen in den letzten Jahren nach jeder Richtung verschlechtert haben. Trotzdem die ganze Lebenshaltung teurer geworden und die Arbeiter auch von den Unternehmern höhere Ansprüche gestellt werden, sind die Löhne verhältnismäßig recht geringe. Die besten Kräfte in den besseren Geschäften erzielen nur einen Durchschnittslohn von 25 M. und oft noch viel weniger, wenn sie, wie üblich, häufig ohne jedwede Entschädigung ausreisen müssen. Die Arbeitslosigkeit ist für eine große Zahl der Tapezierer auf eine ganz kurze Zeit beschränkt und die Arbeitslosigkeit von recht langer Dauer. Um der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken zu steuern, müsse unbedingt auf eine Verkürzung der Arbeitszeit und auf Vermeidung der Überstundenarbeit hingewirkt werden. Die von der Organisation aufgestellten Forderungen: 1. Minimalstundenlohn 60 Pf., 2. Erhöhung der Accordpreise um 20 Proz., 3. Sonnabends und Montags eine Stunde früher Feierabend ohne Lohnabzug, 4. die Werkstatt muß jede Woche mindestens einmal nach gereinigt werden, 5. Abschaffung der Überstunden, event. Zuschlag für dieselben von 30/3 Proz., 6. Freigabe des 1. Mai als Feiertag, wurden allgemein gut geheißen und als minimal bezeichnet. Man hofft, daß es gelingen wird, den Forderungen die volle Anerkennung zu verschaffen. Die Organisation ist in letzter Zeit erfreulicherweise erstarkt und zählt in Berlin über 900 Mitglieder, so daß der Erfolg auch dadurch gesichert erscheint. Ueber den Zeitpunkt, wann in die Lohnbewegung eingetreten werden soll, wird man sich später schlüssig werden, da dies insbesondere von dem Verlauf der Holzarbeiterbewegung abhängig ist. In allen Versammlungen, die sämtlich von einem guten Geist besetzt waren, und in denen der Organisation zahlreiche neue Mitglieder zugeführt wurden, gelangte eine Resolution zur Annahme, in der sich die Versammlung mit den vom Verband aufgestellten Forderungen einverstanden erklärt, und die alle Tapezierer verpflichtet, bis auf weiteres pro Woche 30 Pf. zum Streikfonds zu zahlen.

Die **Porzellanarbeiter** erklärten sich in ihrer Versammlung am 24. Februar mit der Petition des Arbeitervertreter-Vereins, welche die Novelle zum Unfallversicherungs-Gesetz behandelt, einverstanden.

Charlottenburg. Am 22. Februar hatte der hiesige Wahlverein eine Versammlung anberaumt, in der Genosse Jahn über materialistische Geschichtsauffassung sprach. Unter Vereinsangelegenheiten stand die Abrechnung vom 4. Quartal zur Erledigung. Diefelbe ergab im Einnahme 1149.40 M. und in Ausgabe 710.58 M. Sodann wurde beschlossen, dem Mitglied Ludwig Rühlhansen die fernere Zugehörigkeit zum Verein nicht mehr zu gestatten.

Wilmsdorf. In einer Kommunalwähler-Versammlung, die hier am 26. Februar tagte, wurde nach einem Referat des Stadtverordneten Dr. Freudenberg Herrmann Behrend als Kandidat aufgestellt. Die Wahl findet am 5. März von 10-2 Uhr und von 3-6 Uhr im Victoria-Garten statt. Am Freitag findet eine Flugblattverteilung statt, zu der sich die Genossen in den bekannten Lokalen einzufinden haben.

Aus Südafrika

meldet nun auch **Buller** Siege. Er habe am Dienstag, so telegraphiert er nach London, den **Peters Hill** im Sturm und die **Hauptstellung des Feindes** in glänzendem Angriff genommen und 60 Gefangene gemacht.

Eine später eingehende ausführlichere Darstellung der Vorgänge auf dem Nordufer des Zuzela lautet:

Hauptquartier in der Pongwane-Ebene, 28. Februar. Bartons Brigade stürmte und nahm gestern Abend den Gipfel des Peters Hill und umging so in gewissem Grade den linken Flügel des Feindes. Die 4. und 11. Brigade unter dem Oberbefehl Warrens machten einen Angriff gegen die Hauptstellung des Feindes, welche bei Sonnenuntergang in glänzender Weise genommen wurde. Es wurden 60 Gefangene gemacht. Der Feind ist nach allen Richtungen zerstreut; anscheinend blieb noch eine bedeutende Anzahl vom Feinde auf dem Bulwanaberge zurück. Ich hoffe, daß die britischen Verluste nicht groß sind.

Wenn es sich wirklich so verhält, wie hier geschildert, dann giebt es für den Vorgang nur eine Erklärung: Die Boeren haben die Krone, von der Buller bisher so erfolgreich im Schach gehalten wurde, in aller Stille zurückgezogen, um sie bei der nunmehr nötig gewordenen Landesverteidigung im Kreisstaat oder in Transvaal zu verwenden, und Buller hat es bei seinem „Siege“ nur mit einer kleineren Boerenabteilung zu thun gehabt, die in den alten Stellungen geblieben war, um die Rückzugsbewegung zu markieren und zu decken. Da sich die Distanz der Boeren bisher immer als fast genau erwiesen hat, um die Bullerischen Streitkräfte zu meistern, so ist eine andre Erklärung der Bullerischen Siege kaum angängig. Trifft sie aber zu, so würde das bedeuten, daß den Engländern der Weg nach Ladysmith nunmehr offen ist und daß die bisher auf englischem Gebiet stehenden Boerentruppen in das Innere der Republik zurückgezogen worden sind.

Zu erwähnen ist noch, daß am Sonntag auf jenem Kriegsschauplatz am Zuzela ein Waffenstillstand herrscht hat, in den beide Teile gewilligt hatten, um die Toten begraben zu können.

Vom westlichen Kriegsschauplatz

liegen heute neue Nachrichten nicht vor. Das schließt aber nicht aus, daß Roberts seinen Sieg über Cronje voll auszunützen im Begriff ist. Das Londoner Kriegsamt hat schon früher bekannt gemacht, daß Roberts und Ritchner über ihre Absichten nichts nach London berichten und nur vollzogene Thatfachen melden. Es ist anzunehmen, daß sich die englische Armee mit größter Beschleunigung auf Bloemfontein zu bewegt. Besorgnisse werden auch laut wegen der im Norden der Kapkolonie stehenden Boerenarmee, deren Rückzugslinie durch Roberts bedroht sei.

Ein Gerücht.

Allgemeine Bewunderung hat es gefunden, daß eine so kleine Boerenarmee von 3000 Mann den mehr wie zehnfach stärkeren Engländern gegenüber so lange stand halten konnten. Aber es werden auch Gerüchte laut, daß es einem Teil der von Roberts bedrohten Truppen gelungen sei, sich der Einschließung und Gefangenahme zu entziehen. Brüsseler Transvaalkreise sollen ihre Bewunderung darüber ausgedrückt haben, daß Lord Roberts die Anzahl der Gefangenen bei der Kapitulation Cronjes bloß auf 3000 bis 4000 angiebt, worin noch Frauen und Kinder welche sich im Lager Cronjes befanden, mit einbegriffen sind. Da Cronje über zehntausend Mann verfügte, muß es einem großen Teile seiner Truppen gelungen sein, zu entkommen. Man nimmt in Brüssel an, daß während der zehntägigen Kämpfe um Paardeberg 2000 Boeren den Heldentod fanden. Einer Privatnachricht zufolge erbeuteten die Engländer nicht 15, sondern bloß 6 Kanonen, da Cronje die übrigen teils vergraben, teils im Modderfijn versenken ließ.

Schilderung der Uebergabe.

Wir geben hier noch den ausführlichen Bericht wieder, den Feldmarschall Roberts über die Gefangenahme der Cronjeschen Armee nach London gelangen ließ:

Aus den von dem Nachrichtenamt gelieferten Informationen ergab sich, daß Cronjes Streitmacht immer niedergeschlagener wurde und daß die Ungutierrez der Truppen, sowie die Uneinigkeit der Führer rasch wuchsen. Diese Stimmung wurde zweifellos durch die Enttäuschung über die Niederlagen der zur Verstärkung heranziehenden Boerentruppen verschärft. Roberts beschloß daher am 23. Februar, eine Prellion auf den Feind auszuführen. Die Laufgräben wurden in der Nacht näher an das Lager des Feindes geführt und so seine Stellung immer enger eingeschlossen. Gleichzeitig bombardierte Roberts das Lager heftig, die englische Artillerie erfuhr gestern durch das Eintreffen der aus De War herbeisenden vier Zehncentimeter-Geschütze und sechs Handbigen eine wesentliche Verstärkung. Ein Fesselballon lieferte wichtige Informationen über die Bewegungen im feindlichen Lager. Dienstag früh 3 Uhr gelang es durch einen brillanten Vorstoß der britischen und kanadischen Mannschaften, eine um 600 Yards weiter vorgeschobene und mit 80 Yards von den feindlichen Laufgräben befindliche Position einzunehmen. Hier verhielten sich die Truppen und hielten die Stellung bis zum Morgen. Die Aktion hatte verhältnismäßig geringe Verluste gekostet. Morgens wurde ein von Cronje unterzeichnetes Schreiben mit der Mitteilung, daß er sich bedingungslos ergebe, durch einen Parlamentär überreicht. Roberts erwiderte, Cronje möge selbst ins britische Lager kommen und seine Truppen müßten nach Niederlegung der Waffen aus ihrem Lager herauskommen. Cronje erschien um 7 Uhr morgens und bat um freundliche Behandlung sowie darum, daß seine Frau, sein Enkel, sein Privatsekretär, sein Adjutant und sein Diener ihn begleiten dürften, wofür er auch geschickt würde. Roberts bernahigte ihn und sagte ihm, daß seine Bitte gewährt würde. Ein höherer Offizier wurde mit Cronje nach Kapstadt geschickt, der für respektvolle Behandlung zu sorgen habe. Cronje fährt heute nachmittags nach Kapstadt ab. Die gefangenen genommenen Boerentruppen werden, eingeteilt in Kommandos unter ihren eigenen mit ihnen gefangenen Offizieren, heute nach Modder-River-Station abgehen und von dort abteilungsweise mit der Eisenbahn nach Kapstadt gebracht werden.

Eine Depesche Kaiser Wilhelms?

Paris, 28. Februar. Das vom Londoner „Daily Telegraph“ verzeichnete Gerücht, Kaiser Wilhelm habe anlässlich der Kapitulation Cronjes ein Glückwunschtelegramm an die Königin Victoria geschickt, hat in den hiesigen politischen Kreisen ungeheures Aufsehen hervorgerufen. Allenfalls ist man gespannt, ob sich das Gerücht bestätigt.

Frieden?

Wien, 28. Februar. Der hiesige englische Vorkonsul ist angeblich in politischer Angelegenheit, und zwar bezüglich einer Friedensintervention der Mächte, nach London abgereist.

Kein Frieden.

London, 28. Februar. (Medung des Wienerischen Bureau's). Der Gedanke, der in so vielen Zeitungen des Kontinents zum Ausdruck gelangt, daß der Augenblick für England gekommen sei, Friedensbedingungen anzubieten, da jetzt der Ehre Genüge getan sei, findet hier durchaus keinen Anklang. Tausende von Engländern geben opfernd ihr Leben hin, um einerseits britisches Gebiet zu schützen, andererseits ein für allemal die britische Oberherrschaft in Südafrika zu sichern. Wenn die Allmacht der Boeren nicht niedergeworfen wird, würde England beständig eine Garnison von 100 000 Mann in Südafrika beibehalten müssen, nur um die Grenzen seiner Gebiete gegen neue Einfälle zu schützen.

Letzte Meldungen.

London, 28. Februar. Die „Evening News“ melden, daß die britischen Truppen **Neusburg** wieder besetzt haben.

Centrum und Flottenvorlage.

Köln, 28. Februar. (V. G.) Die „Alln. Volksztg.“ schreibt bezüglich der Haltung des Centrum's gegenüber der Flottenvorlage, die Verstimmlung des Centrum's erstrecke sich nicht allein auf den Gemeindevorstand, sondern auf die ganze **ca. canaille-Behandlung**, die es seit Jahren von der Regierung erfahren habe. Das Centrum habe zahlreiche wichtige Vorlagen durchbringen helfen, die ohne seine Mithilfe gescheitert wären. Es lege deshalb entsetzlichen Verwahrung dagegen ein, daß es zum Dam, dafür schlecht behandelt werde. Bei einer solchen Behandlung sei das Centrum nicht in der Stimmung, gewaltige Flottenforderungen zu bewilligen. Es werde auf der Lösung der Deckungsfrage verharren, ehe es überhaupt der Flottenvorlage nähertete.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Dresden, 28. Februar. (B. Z. G.) Antlich wird bekannt gegeben: Wegen **Hochwassers** ist der Verkehr am Elbquai in Riesa bis auf weiteres eingestellt.

Baden, 28. Februar. (V. G.) Der nach Stuhlweihenburg nachts abgelassene Personenzug wurde von **Näubern** überfallen. Dieselben wurden jedoch, als sie im Begriff waren, den Gepäckwagen zu erbrechen, vom Zugpersonal und den Passagieren zur Flucht gezwungen.

London, 28. Februar. (B. Z. G.) Das Unterhaus hat einen von Herbert Lewis eingebrachten Gesetzentwurf betreffend Einführung des **Achtstundentags für Bergarbeiter** mit 199 gegen 175 Stimmen abgelehnt.

Reichstag.

156. Sitzung vom 29. Februar 1900, 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung des Entwurfs Winterer (Eis.) und Gen. auf Aufhebung des Diktaturparagrapheu. In der Generaldiskussion kommt

Abg. Wetterlé (Eis.)

auf die Stellungnahme des Prinzen Hohenlohe zu diesem Antrag zurück. In einer Wahlversammlung in Gaggenau wurde an den Prinzen die Frage gerichtet, ob er für Aufhebung des Diktaturparagrapheu eintreten würde. Der Prinz erklärte, daß er für Abschaffung aller Ausnahmegeretze eintreten würde, und wenn gesetzliche Bestimmungen nötig wären zur Abwehr innerer oder äußerer Gefahren, so werde er solchen Gesetzen seine Zustimmung mitteilen, wenn sie nicht speziell für Elsh-Lothringen, sondern für das ganze Deutsche Reich Anwendung finden sollten. (Hört! hört! In.) In einem Brief, das auf weißes Papier gedruckt war, hat sich der Prinz in demselben Sinne ausgesprochen. In Elsh-Lothringen dürfen aber nur amtliche Verfügungen auf solchem Papier gedruckt werden. Die Kandidatur des Prinzen war also eine ganz offizielle oder er hätte sich eine Gesetzkönige zu Schulden kommen lassen. Ferner hat der Prinz an das Komitee in Colmar einen Brief geschrieben, in dem stand, das Komitee möchte erklären, falls der Gegenkandidat nicht gewählt werden sollte, würde der Diktaturparagrah in innerhalb drei Monaten verschwinden. (Hört! hört! bei den Elshern.) Zur Ehre des Colmarer Komitees muß ich sagen, daß es von dem Annehmen keinen Gebrauch gemacht hat. Doch nun zur Sache. Der Diktaturparagrah wird benutzt, um Vereine zu unterdrücken und die oppositionelle Presse mundtot zu machen. Einem Verein in Colmar, der sich als demokratischer Verein bezeichnen wollte, wurde die Genehmigung verweigert. Das Wort demokratisch sei verfassungswidrig. (Hört! hört!) Erst als dieses Wort weggelassen wurde, wurde die Genehmigung erteilt. (Hört! hört!) Auch ein Verein, der rein religiöse Zwecke verfolgte, wurde unterdrückt wegen des schlechten Ausfalls der Wahlen im Jahre 1898. Als das Bezirkspräsidium zufällig erfuhr, daß auch noch ein Junglingsverein am Ort bestände, fiel die bezeichnende Bezeichnung: Was, es gibt auch noch einen Junglingsverein? Gätten wir das gewagt, wäre er auch verboten. Also ein Verein, von dessen Trittzeit man gar nichts wußte, wurde für so gefährlich gehalten. In Colmar wurde eine Zeitung verboten, obwohl absolut nichts gegen sie vorlag, nur weil man annahm, sie sei die Fortsetzung zweier verbotenen Zeitungen. Während übrigens die Pressegesetzgebung Sache des Reiches ist, hat die Landesregierung in Elsh-Lothringen ein besonderes Pressegesetz eingeführt, und außerdem bleiben auch noch alle früheren Bestimmungen der französischen Gesetzgebung, so weit sie nicht mit dem Landesgesetz in direkten Widerspruch stehen, bestehen. Meine Zeitung wurde z. B. einmal in Aufregung verlegt auf Grund eines Gesetzes von 1892. All dieses wird Ihnen beweisen, daß es notwendig ist, ein für allemal mit dem Diktaturparagrahen aufzuhören. Auch dann bleibt mir noch die Aufgabe, überhaupt die Gleichstellung Elsh-Lothringens mit den übrigen Bundesstaaten zu erkämpfen. Die Aufhebung des Diktaturparagrapheu ist aber der erste Schritt dazu.

Geheimrat Haller:

Offizielle Blätter und offizielle Kandidaturen gibt es in Elsh-Lothringen nicht. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Die Kandidatur des Prinzen Hohenlohe war durchaus keine offizielle. Der Herr Vorredner hat von einem Schreiben des Prinzen Hohenlohe gesprochen, worin die Aufhebung des Diktaturparagrapheu innerhalb drei Monaten zugesagt war. Hätte er dieses Schreiben verlesen, so würde sich das Haus überzeugen, daß davon nichts im Briefe steht. Das Verbot von Vereinen und das Einschreiten gegen die Presse haben mit dem Diktaturparagrahen nichts zu thun, sondern sind auf Grund der dort bestehenden Gesetze erfolgt. Der religiöse Verein, von dem der Vorredner sprach, ist verboten, weil er entgegen seinen Satzungen politische Zwecke verfolgte. Schon 1896 wurde er bei den Wahlen verboten, und als er sich bei den Wahlen 1898 wieder agitatorisch betätigte, erfolgte selbstverständlich die Auflösung. Was das Verbot der vom Vorredner erwähnten Zeitung anlangt, so waren im Jahre 1897 zwei Blätter in Colmar verboten, weil sie am Vorabend der Jubelfeier für Kaiser Wilhelm I. einen gleichlautenden Artikel brachten, in dem die Person des Kaisers geschmäht wurde. Bald nach dem Verbot erschien in Colmar eine neue Zeitung, die in ihrem Inhalt und Aussehen einfach die Fortsetzung der verbotenen war. Deshalb wurde sie auch verboten.

Abg. Köllinger (Eis.):

Es ist Pflicht eines jeden elshischen Abgeordneten, für die Aufhebung des Diktaturparagrapheu einzutreten. Aus der einen Ausnahme können wir nur wieder schließen, daß sich eine hohe Reglementierung nicht mit einem Mandat als Vollvertreter vereinigen läßt. Das elshische Volk wird jedenfalls diese Lehre daraus ziehen. Ich muß noch mit einigen Worten auf die Erklärung des Herrn Reichstagspräsidenten eingehen. Er sagte, Elsh-Lothringen sei durch Waffengewalt erobert worden. Der Eroberung muß aber die Gewinnung der Herzen und Gemüter folgen. Aber in der Stunde des trieblichen Wettbewerbs der Nationen in Paris muß Elsh-Lothringen noch mehr Ausnahmestimmungen leiden. Nicht eine Warnungstafel, wie der Herr Reichstagspräsident meinte, sondern eine Verwünschungstafel müßte in Elsh-Lothringen errichtet werden. Ich bitte Sie, den Antrag auch in dritter Lesung anzunehmen. (Bevo!)

Damit schließt die Generaldiskussion. In der Specialdiskussion wird der Antrag ohne weitere Debatte gegen die Stimmen der Konservativen angenommen.

Es folgt die erste Beratung des von den Abg. Kölling und Gneffert (Eis.) eingebrachten Gesetzentwurfs betr. Regulierung der Wahlen zum Landesauschuss von Elsh-Lothringen.

Abg. Winterer (Eis.):

Der Wahlmodus zu dem Landesauschuss in Elsh-Lothringen ist ein außerordentlich komplizierter. Der Landesauschuss besteht aus den Vertretern der vier größten Städte, aus 34 Delegierten der Bezirksräte und aus den Vertretern der 20 Landkreise. Für alle diese verschiedenen Kategorien besteht ein verschiedener Wahlmodus. Die Abgeordneten werden zum Teil durch den Gemeinderat gewählt, der nur aus seiner Mitte den Abgeordneten nehmen darf, zum Teil werden Wahlmänner gewählt, aber auch nicht von den Wählern, sondern durch die Gemeinderäte der verschiedenen Ortsgemeinden eines Kreises. Natürlich kann das Volk diesen so äußerst komplizierten Wahlmodus nicht verstehen. Der Landesauschuss ist daher durchaus nicht geeignet, eine richtige Vertretung des Landes darzustellen. Wir verlangen daher das gleiche, allgemeine, direkte Wahlrecht auch für die Wahlen zum Landesauschuss in Elsh-Lothringen, denn wir meinen, es kann nicht schaden, wenn auch einige oppositionelle Abgeordnete in diese Körperschaften hineinkommen. Schon einmal hat der Reichstag diesen Antrag mit bedeutender Mehrheit angenommen und ich hoffe, daß es auch heute der Fall sein wird.

Abg. Wülfing (natl.):

Wir haben für die Aufhebung des Diktaturparagrapheu gestimmt, zu unsem Bedauern ist es uns aber nicht möglich, auch diesen Antrag der Elshler zu unterstützen. Wir können das geheime direkte Wahlrecht für Elsh-Lothringen nicht befürworten, es würde allein den reichsfeindlichen Elementen zu gute kommen.

Abg. Kölling (Eis.):

Der Wille des Volkes muß bei Wahlen zum Ausdruck gelangen können, sonst ist das Wahlsystem schlecht. Das Volk ist doch die

Hauptkraft, nicht die Regierung. Die Idee für das gleiche Wahlrecht lebt im elshischen Volk, sie läßt sich nicht durch Kanonen erledigen, sie ringt sich durch trotz alledem.

Abg. Gröber (C.):

Es nimmt mich wunder, daß sich gerade die nationalliberale Partei gegen die direkte Wahl erklärt. Ich halte die Forderung direkter Wahlen für unerlässlich. Lieber gar keine Volksvertretung, als solche in einem elshischen Volksvertretung. Es ist überhaupt merkwürdig, daß sich ein auf Grund der direkten Wahl Gewählter hier für das indirekte Wahlsystem erklärt. In einzelnen habe ich Bedenken, trotzdem werde ich mit meinen Freunden für den Antrag stimmen.

Abg. Bebel (Soz.):

Herr Gröber war im Januar, wenn er gemeint hat, die Nationalliberalen wären doch sonst immer für das direkte Wahlsystem eingetreten. Nein, gerade die Freunde des Herrn Wülfing haben da, wo sie konnten, alles getan, um die direkten Wahlen durch indirekte zu ersetzen. Dagegen stimme ich mit dem Herrn Vorredner darin überein, wenn er sagte, lieber keine Volksvertretung, als nur den Schein einer Volksvertretung. Der vorliegende Antrag der Elshler bedeutet nichts weiter als die Herstellung eines alten Rechts, das sie früher besessen haben und das ihnen mit der Annexion genommen worden ist. Wir werden natürlich heute diesem Antrage unsere Zustimmung geben. Herr Wülfing fürchtet von der Einführung direkter Wahlen neue Verunreinigungen. Konsequenterweise müßte er dann, wie Herr Kollege Gröber schon ausgeführt hat, auch für die Reichstagswahlen in Elsh-Lothringen das indirekte Wahlsystem fordern. Aber auch für die anderen elshischen Körperschaften, für die heute noch direkte Wahlen bestehen, Elsh-Lothringen erfreut sich bekanntlich eines allgemeinen direkten Wahlrechts für die Gemeinden ohne jeden Census. Das Recht ist den Reichslanden aus Frankreich übernommen. In der ablehnenden Haltung der Nationalliberalen liegt ein Widerspruch mit ihrer Haltung beim Diktaturparagrahen. Diesen wollte doch Herr Wülfing gerade aufheben, weil er eine deutschfeindliche Gefahr nicht mehr für vorliegend erachtete. In der That besteht diese Gefahr auch nirgends und keiner der elshischen Abgeordneten hat irgendwie eine deutschfeindliche Gesinnung bekundet. Es ist ein alter Fehler der deutschen Regierung, daß sie dem Volke stets mißtraut, aber von ihm volles Vertrauen verlangt. Es ist ein trauriges Zeichen für die Regierung in Elsh-Lothringen, daß von ihr an solchen veralteten Anschauungen festgehalten wird. Wir wollen mit allen Mitteln der berechtigten Unzufriedenheit der elshischen Bevölkerung entgegenwirken und bitten Sie deshalb, dem Antrag Küchly zuzustimmen.

Abg. Bargmann (fr. Vp.):

Meine Freunde legen Wert darauf, im Gegensatz zu Herrn Wülfing zu erklären, daß sie für den Antrag Küchly stimmen werden. Wir sind Anhänger des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts und sehen nicht ein, weshalb für Elsh-Lothringen eine Ausnahme statuiert werden soll.

Die Diskussion wird geschlossen. Das Schlusswort hat der Abg. Kölling (Eis.).

Das Haus beschließt sofortige Beratung des Antrags auch in zweiter Lesung. In dieser wird derselbe ohne weitere Debatte gegen die Stimmen der Konservativen und Nationalliberalen angenommen.

Darauf wird die gestern abgebrochene Debatte über die Petition betr. die kommunale Besteuerung der Konsumvereine fortgesetzt.

Abg. Bebel (Soz.):

Der Regierungsvertreter von Sachsen hat gestern erklärt, in der Verordnung bezüglich der Besteuerung der Konsumvereine sei ausdrücklich darauf hingewiesen, man solle mit großer Vorsicht vorgehen und die Steuern auf sämtliche großkapitalistische Vereinigungen ausdehnen. Das mag ja richtig sein. Thatsache ist aber, daß wir bisher in Sachsen nur von der Besteuerung der Konsumvereine mit der Umsatzsteuer gehört haben. Es ist aber doch überhaupt charakteristisch, daß man die Konsumvereine, die hauptsächlich aus Arbeitern und allenfalls kleinen Beamten bestehen, mit großkapitalistischen Vereinigungen in einen Topf wirft. Nebenbei ist die erste Anregung, die für eine Besteuerung im sächsischen Landtag gegeben wurde, mit dem Hinweis auf die Wirksamkeit und den Einfluß der Konsumvereine begründet worden, und erst auf Betreiben der Regierung hat die Kammer sich veranlaßt gesehen, auch die großkapitalistischen Vereinigungen zur Besteuerung heranzuziehen, die freilich bis heute noch nicht davon getroffen worden sind. Auch auf die Beamten- und Offizierkonsumvereine hat man die Besteuerung, soweit meine Kenntnisse reichen, bisher nicht ausgedehnt, sondern sich ausschließlich auf die Konsumvereine der Arbeiter beschränkt. Wie kann übrigens die Regierung zu einer solchen Maßregel ihre Zustimmung geben, da sie doch das ländliche Genossenschaftswesen sogar materiell unterstützt, das doch ebenso den Mittelstand schädigen muß? Wir haben heute in Deutschland eine außerordentlich große Zahl von ländlichen Genossenschaften aller Art, die sich nicht bloß auf den Ein- und Verkauf von Dingen, sondern auf die Herstellung von Maschinen beschränken, sondern allmählich ihre Thätigkeit auf alle möglichen andern Gebiete ausgedehnt haben. Genoss hat Herr Dertel recht darin, daß er die Genossenschaften nicht als Alibiinstrument betrachtet, aber er hat sie doch als „keine Mittel“ sehr gern, während diese Genossenschaften heute bereits in mittleren Städten den betreffenden Veräußern einen großen Schaden thun und das Vorgehen des Bundes der Landwirte eine große Erregung in den Kreisen dieser Kleinrentner hervorgerufen hat. Die Genossenschaften verkaufen heute Kaffee, Thee, alle Kolonialwaren, Cigarren, Wein, Bier, es gibt fast keinen Gegenstand mehr, der nicht von ihnen verkauft wird. Trotzdem sind sie bis jetzt von einer derartigen Besteuerung ausgenommen worden; im Gegenteil, sie werden vom Staat noch materiell unterstützt. Unter diesen Umständen bekommt die Umsatzsteuer bei den Konsumvereinen den Charakter eines Ausnahmegeretzes. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Ich habe schon vor Jahren darauf hingewiesen, wie sehr sich die Anschauungen über Wesen und Charakter der Konsumvereine im Laufe der Zeit geändert haben. Der Jahrzehnten, als Kaffee auftrat und die Frage der sogenannten Staatshilfe anregte, indem er lehrte, daß die Arbeiter niemals auf dem Wege der Selbsthilfe ihre soziale Lage verbessern könnten, wurden die Arbeiter von den bürgerlichen Parteien auf den Weg der Selbsthilfe verwiesen. Gerade die Konsumvereine trafen man damals den Arbeitern als eine Art Alibiinstrument. Heute sehen wir nun, daß gegen diese Bestrebungen Front gemacht wird, die doch mit der Socialdemokratie nicht das mindeste zu thun haben. Auch unser letzter Vortag hat auf meinen Antrag wieder erklärt, daß wir zwar derzeit den Unternehmungen sympathisch gegenüber stehen, aber die Arbeiter ausdrücklich davor warnen, von ihnen eine ernsthaftige Verbesserung ihrer Lage zu erwarten. Die Partei hat sich niemals mit diesen Bestrebungen identifiziert, sondern wir treten einmütig aus Gerechtigkeitsgründen für diese Vereine ein. Während die Herren die Konsumvereine besteuern wollen, gründen sie auf der andern Seite Genossenschaften für den Absatz ihrer Produkte in den großen Städten. Diese Genossenschaften verkaufen Milch, Butter, Eier, kurz alle möglichen landwirtschaftlichen Produkte. Es gibt eine ganze Menge derartiger Unternehmungen hier in Berlin, die ich durchaus nicht bekämpfe, und durch die dem Mittelstande doch großer Schaden zugefügt werde.

Noch eins kommt hinzu, was bedauerlicherweise von der Regierung und von den Herren, die im preussischen Abgeordneten-

hause für die Warenhäuser eintraten, völlig außer acht gelassen wird. Da wird auf die Konsumvereine geschimpft, als wenn sie dem kleinen Mann das Leben unmöglich machten, während man überfieht, wie sich in Wirklichkeit die soziale Entwicklung auf diesem Gebiet in den letzten Jahrzehnten vollzogen hat. Herr Dertel hat gestern Bezug genommen auf eine Rede, in der ich den Mißgang des Handels konstatiert haben soll. Das ist unrichtig. Ich habe mich speziell auf das gewerbliche Gebiet bezogen. Nach dem Resultat der Gewerbeverzeichnisse von 1882 bis 1895 trifft für dieses der Mißgang thatsächlich zu. Anders liegen die Dinge aber auf dem Gebiet des Handels. Auf diesem hat nicht etwa eine Abnahme, weder der kleineren, noch der mittleren, noch der großen Handelsbetriebe, im Laufe der 14 Jahre von 1882 bis 1895 stattgefunden, sondern im Gegenteil, die Zahl der Handelsbetriebe hat zugenommen, weil viele frühere selbständige Handwerker, die der großen industriellen Entwicklung nicht mehr standhalten konnten, ihre Produktion im Handel suchten, und überhaupt eine ganze Anzahl kleiner Leute, deren Einkommen nicht mehr ausreichte, einen Nebenberuf im Handel gesucht haben. Das Resultat dieser Entwicklung ist, daß, während 1882 im Handel 452 725 Betriebe vorhanden waren, im Jahre 1895 es 635 209 solcher Betriebe gab, das heißt ein Mehr von 182 484 oder rund 40,3 Proz. in einem Zeitraum, wo die Bevölkerung nur um 14 1/2 Proz. sich vermehrt hatte. Wenn eine so riesig wachsende Konkurrenz sich im Handel selbst bemerkbar macht, so liegt es doch auf der Hand, daß die ganzen gewerblichen Kreise, die von dieser Konkurrenz betroffen werden, in ihrer Lebenshaltung gedrückt werden müssen. Es sind nicht die Konsumgenossenschaften, sondern die ungeheure Zunahme der kleineren Handelsbetriebe selbst, die die traurigen Zustände, die jetzt im Handel bestehen, herbeigeführt hat. Wie speziell die Entwicklung in Sachsen ist, mögen folgende Zahlen beweisen. Die Zahl der Betriebe, die Trinkwaren, Weine, Spirituosen und ähnliches führten, ist von 13 470 im Jahre 1882 auf 19 537 im Jahre 1895 gewachsen, also um rund 45 Proz. Die Vermehrung ist also hier noch größer als die durchschnittliche Vermehrung in Deutschland überhaupt. Während im Jahre 1882 auf je 194 Einwohner einer der genannten Handelsbetriebe fiel, kam 1895 bereits auf 111 Einwohner ein solcher Handelsbetrieb, damit ist auf das Klarste der Beweis geliefert, daß derartige Handelsgeschäfte nicht durch Konsumvereine in ihre fatale Lage gebracht worden sind. Also man bemuehe doch nur das offizielle Material, das zu diesem Zweck mit unendlicher Mühe hergestellt ist. Wenn Sie diese Zahlen ansehen und logisch denken können, dann können Sie nicht zu dem Resultat kommen, daß Sie eine Umsatzsteuer für Konsumvereine empfehlen. Dieses ganze Vorgehen ist nichts als ein Schlag ins Wasser.

Herr Dr. Dertel hat nun gestern eine Anzahl von Konsumvereinen in Sachsen erwähnt, die 14, 16, 18 Proz. Dividende geben, er hat aber verschwiegen, wie viel weniger geben. In der That beträgt der durchschnittliche Gewinn der Konsumvereine in Deutschland nicht mehr als 10 Proz. Es ist auch eine ganz falsche Rechnung, wenn man sagt, wenn ein Konsumverein 14 Proz. Dividende zahlen kann, dann kann er auch 2 Proz. Steuer zahlen. Die Konsumvereine geben aber nicht 2 Proz. von ihrem Reineinkommen ab, sondern von ihrem Umsatz. Nehmen wir an, ein Konsumverein hat eine Million Jahresumsatz mit 10 Proz. Reingewinn, dann hat er 100 000 Mark Reingewinn, der aber nicht wie bei einem kapitalistischen Unternehmen einer kleinen Zahl von Aktionären in die Tasche fällt, sondern an so viel Tausend Mitglieder verteilt wird, wobei auf jeden ein minimaler Betrag kommt. Von der Million Mark Umsatz müssen 2 Proz. Umsatzsteuer gezahlt werden, das sind 20 000 Mark, die von vorn herein vom Gewinn abgehen. Nebenbei hat aber dieser Verein noch 4 Proz. Staatssteuer zu zahlen und eine noch höhere Gemeindesteuer, so daß er also noch 28—30 Tausend Mark Steuern zu zahlen hat, während ein Aktiengesellschaftsmitglied mit 8—10 000 Mark Steuern zu zahlen hat. Das ist also eine horrendeste Besteuerung der Konsumvereine, deren Mitglieder doch wirklich keine Kapitalisten sind. Wenn bei 180 000 Mitgliedern 45 Millionen Mark Umsatz erzielt werden, so giebt das durchschnittlich auf den Kopf jedes Mitgliedes 250 Mark Jahresumsatz. Der Reingewinn beträgt 10 Prozent, also 25 Mark pro Mitglied, und davon muß es noch 5—6 Mark Steuern an die Gemeinde zahlen. Ist das nicht himmelschreiend! Der arme Mann, der in den Verein eintritt um bessere Waren zu erhalten und sich außerdem auch auf die kleine Dividende zu Weihnachten freut, soll davon noch eine Steuer von 20 bis 25 Proz. bezahlen! Der reiche Mann aber, der hunderttausend Mark Einkommen hat, zahlt nur 5 1/2 Proz. Einkommensteuer und was für eine Aufregung rief nicht schon die Einführung dieser kleinen Vermögenssteuer seiner Zeit hervor! Die „Kölnische Zeitung“ schrieb damals direkt, wenn in dieser Weise Vermögenskonfiskation betrieben werde, sei man genötigt, seine monarchische Gesinnung zu revidieren. Die Herren Kapitalisten drohten also damals mit offener Rebellion. Was würden sie erst dazu sagen, wenn man es veruchen sollte, eine Vermögenssteuer von 25 Proz. einzuführen! Was diese Herren Kapitalisten, wie es damals hieß, „durch ihre Intelligenz und Arbeitskraft“ erworben haben, darf nicht konfisziert werden, wenn aber arme Arbeiter sich eine Kleinigkeit durch Intelligenz und Arbeitskraft erworben haben, dann kann die Konfiskation ruhig stattfinden! Was wird aber die Folge einer solchen Umsatzsteuer sein. Herr Gamp hat es ja im Abgeordnetenhaus ausdrücklich ausgesprochen, man müsse selbstverständlich weitergehen und alle Großbetriebe treffen. Und Herr Dertel hat gestern erklärt, er sei für eine Besteuerung der Müller und Bierbraueren. Warum denn aber nur dieser, gehen Sie doch weiter, sein Sie doch konsequent! Ich lasse es unerörtert, ob er damit Recht hat, daß der Großbetrieb in der Landwirtschaft weniger rentabel sei als der mittlere Betrieb. Er hat sich auf Konsumvereine beschränkt, als gemein ist das richtig. Aber in dem amtlichen Buch über die Agrarfrage ist auch sehr interessant zahlenmäßig nachgewiesen, daß bei rationellem Betrieb im landwirtschaftlichen Großbetrieb die ausgezeckelten Profite möglich sind. Also wo die nötigen Kenntnisse und Mittel da sind, ist der Großbetrieb in der Landwirtschaft wie überhaupt auch heute noch dem Kleinbetrieb überlegen. — Wenn aber überhaupt einmal auf diesem Gebiete der Besteuerung vorgegangen wird, dann giebt es kein Halten mehr. Auch der Droschkenhändler wird durch die Pferdebahn, durch den elektrischen Betrieb geschädigt. Herr Geheimrat Fischer motivierte gestern das Vorgehen in Brauman, wo ein Verein mit nur 44 000 Mark Umsatz mit 2 Proz. besteuert ist, damit, daß durch den Konsumverein 5 bis 6 Kleinbetriebe zu Grunde gegangen wären. Ja, was wollen Sie denn machen, wenn durch Einführung einer großen Mollensabst 10, 12 Schreiner zu Grunde gehen? Haben diese nicht daselbe Recht auf Erhaltung wie die Leute im Kleinhandel? Wenn Sie einmal die Frage der Existenzsicherung aufwerfen, da können Sie zu ganz wunderbaren Resultaten, dann müssen Sie die ganze Gewerbesteuer aufheben. Dann hat aber auch der Arbeiter das Recht zu fragen, wo bleibt denn meine Existenz, ich, der ich für alle schaffe, kann auch Sicherung meiner Existenz verlangen. Da können Sie zu den höchsten Konsequenzen, denn wer einmal sagt, muß nachher auch B. C. usw. sagen.

Das Vorgehen der sächsischen Regierung ist auch in anderer Beziehung ganz widersinnig. Es sieht mit der ganzen Weltpolitik, wie sie jetzt inaugurirt werden soll, in schroffem Gegensatz. Auf der einen Seite bewilligt man Millionen und aber Millionen für die Vermehrung der Flotte mit der Begründung, daß Sie hauptsächlich den Handel und zwar den Großhandel schützen soll, auf der andern Seite schädigt man diesen selben Handel durch die kleinlichsten Maßnahmen.

Freilich Sie (nach rechts) haben schon oft solche Dummheiten gemacht und speziell der sächsischen Regierung kommt es auf eine Dummheit mehr oder weniger nicht mehr an. (Große Heiterkeit und lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gröber (L.):

Herr Bebel ist von den Konsumvereinen auf die Weltpostel gekommen. Ich nehme ihm das nicht übel, denn er hat geschickt die Gründe gefunden. Ich will ihm aber auf dies hohe Gebiet nicht folgen. Es hat Zeiten gegeben, wo man die Konsumvereine nicht unter die Gewerbetriebe rechnete. Von dieser Auffassung ist man aber zurückgekommen. Jetzt ist man allgemein der Ansicht, daß diese Vereine Gewerbetriebe mit der Absicht auf Gewinn-erzielung sind. In der Petition, die uns hier beifolgt, ist der Satz aufgestellt, daß die sächsische Umsatzsteuer mit der Reichs-Gewerbe-Ordnung im Widerspruch steht. Diese Ansicht ist irrig und ist auch schon von den Herren Wurm und Bebel vertreten worden. Beide haben sich über die Ungerechtigkeit der Umsatzsteuer beklagt, aber die Ungerechtigkeit nicht erwiesen können. Eine andre Frage ist, ob die Umsatzsteuer in Sachsen konsequent durchgeführt ist. Das hat aber mit der Frage der Gerechtigkeit nichts zu tun. Die Umsatzsteuer ist eine Gewerbesteuer und eine solche ist ausdrücklich in der Reichs-Gewerbe-Ordnung zugelassen. Deshalb können wir zu keinem andern Resultat kommen als die Kommission und nur Uebergang zur Tagesordnung beschließen.

Abg. Dr. Certeel (S.):

Wir halten nur Genossenschaften, die die Produktion fördern, für nützlich. Rechtlich bin ich mit Herrn Gröber völlig einverstanden. Wir sind gegen Genossenschaften, die Kaffee, Thee, Kakao und andre Lebensmittel verkaufen. Der Bund der Landwirte unterstützt solche Genossenschaften nicht. Er handelt auch nicht mit der sogenannten Pilsch-Cigarre. Wird eine Umsatzsteuer eingeführt, müssen die Konsumgenossenschaften unter diese Steuer fallen. Der Großgrundbesitz wirtschaftet nicht so intensiv wie der Mittelbesitz in der Landwirtschaft. Der Großgrundbesitz hat nicht mehr als 2 bis 3 Proz. höchstens 4 Prozent Rente. Nur solche kapitalkräftige Großgrundbesitzer wie Herr von Siemens oder Herr Rudolf Wölfe können höhere Renten herauswirtschaften. (Hört, hört! lacht.) Herr Bebel hat sich heute mit sich selbst in Widerspruch gesetzt. Früher hat er ausdrücklich zugegeben, daß die selbständigen Existenzen in Handel und Verkehr ersichernd abgenommen haben. Medner verliest einen stenographischen Bericht einer Rede aus dem Jahre 1896. Abg. Kropatschek sagt: Er hat sich eben wieder einmal geirrt. Herr Bebel wollte mich mit Adam Nieße in Widerspruch setzen. Ich habe natürlich das Konsumvereine mit 14-18 Proz. Dividende eine Umsatzsteuer von 2 Proz. ohne ihre Existenz zu gefährden zahlen können. Rechnen wir das Beispiel des Herrn Bebel, einen Konsumverein mit 1 Million Umsatz und 100 000 M. Gewinn. Ein solcher Verein muß jetzt 20 000 M. Umsatzsteuer zahlen, er kam also nur 80 000 M. Dividende zahlen, das sind statt 10 Proz. 8 Proz. nach Adam Nieße. Für ungerecht würde ich es halten, wenn die Konsumvereine nur die Konsumvereine herausgemacht hätten und die Großbetriebe und Allianzen-Genossenschaften unberührt gelassen hätten. Das würde auch den Intentionen der sächsischen Regierung schmerzhaft widersprechen. Diese Großbetriebe müssen auch getroffen werden, ebenso wie die großen Offiziers- und Beamten-Konsumvereine, gegen die ich mich ganz entschieden erkläre. Wir müssen aus den Zehntelstücken, aus dem Mangelstücken heraus. Der Mittelstand muß erhalten werden, sonst kann uns auch eine große Flotte mit acht oder zehn Geschwadern nichts nützen. (Beifall rechts.)

Abg. Raab (Antif.):

Wir sind den Sozialdemokraten dankbar, daß sie uns Gelegenheit gegeben haben, die Umsatzsteuer auch hier im Reichstag ausführlich zu erörtern. Die Umsatzsteuer liegt im Interesse der Erhaltung des Mittelstands. Daß die Sozialdemokraten verächtlich von Mittelstandstrettern sprechen, ist von ihrem Standpunkt konsequent. Der Mittelstand steht heute ja noch der Sozialdemokratie feindselig gegenüber. Wenn wir für seine Erhaltung etwas thun, wird er ein festes Bollwerk gegen den Unfortschritt werden. In der Erhaltung des Mittelstands hat also der Staat das größte Interesse. In Hamburg sind in den letzten Jahren viel weniger Geschäfte eröffnet worden, als früher. Die Bure wird in größeren Mengen eingekauft und eine Handelswirtschaft mit größeren Mengen leichtsinniger als mit kleinen. Ja, wenn in Konsumvereinen nur kleine Leute und Arbeiter kaufen, so laufen aber darin sehr viel besser gestellte Leute und namentlich hohe Beamte. Die Sozialdemokratie hat politische Gründe für die Erhaltung der Konsumvereine. Sie sieht in ihnen wirtschaftliche Wachstumsfaktoren, bringt ihre Führer in Profiteure. Ein Teil der Sozialdemokratie sieht in ihnen schon ein Mittel zur Etablierung des Zukunftsstaats. Erst soll der Konsum organisiert werden, dann die Produktion. Wir aber wollen dafür sorgen, daß die sozialdemokratischen Bäume der Konsumgenossenschaften nicht in den Himmel wachsen. (Beifall rechts.)

Abg. Wurm (Zoc.):

Ich muß zugeben, daß der Abg. Dr. Certeel im Rechnen keine Ansprüche vorbringen kann. Er hat uns heute ad oculos demonstriert, daß seine Rechnungen auf sehr schwachen Füßen stehen. Er weiß noch nicht, daß, wenn in einem Betrieb die Dividende sich von 10 Proz. auf 8 Proz. verringert, das nicht ein Unterschied von 2 Proz., sondern von 20 Proz. des Gewinnerschnittes ist. Herr Dr. Certeel wollte auch heute dem Abg. Bebel durch einen Widerspruch nachweisen. Ein solcher besteht aber gar nicht. 1896 hat mein Freund Bebel die Ziffern von Handel und Verkehr angeführt, heute hat er nur die Ziffern des Handels gegeben und aus diesen erhellt, daß im Handel allein die Zahl der selbständigen Existenzen sich nicht verringert, sondern vermehrt hat. Wie sind bei unserer Statistik auf die Gewerbezählung vom Jahre 1895 angewiesen. Da diese Zahlen Herrn Dr. Certeel nichts nützen können, hat er sich hinter die Zahlen nach 1895 zu verdecken gesucht und gesagt, ich, der Dr. Certeel, ohne, daß sich nach 1895 die Ziffern geändert haben. Herr Certeel erzählt uns, daß der Großgrundbesitz sich meistens nur mit 2 Proz. verzins, aber Herr Dr. Certeel, was würden die Herren, die hinter Ihnen sitzen und deren Interessen Sie hier vertreten, sagen, wenn man sie mit 2 Prozent expropriieren wollte? (Sehr richtig! links.) Sie würden sich sehr dagegen wehren und damit beweisen, daß sie eine viel höhere Rente aus ihren Gütern herauswirtschaften. Abg. Certeel meinte, die sächsische Regierung sei von den gerechtesten Intentionen erfüllt gewesen, als sie die Verordnung über die Umsatzsteuer erließ. Ich kann allemal nachweisen, daß der sächsische Regierung dieses Gerechtigkeitsgefühl nicht innewohnt, daß wirklich nur die Konsumvereine besteuert werden, während andre Großunternehmungen steuerfrei bleiben. So sind in Burgstadt 2 Geschäfte, in Arminiusstadt 5 Geschäfte, in Leipzig 2 Geschäfte, in Marktscheid 2 Geschäfte steuerfrei geblieben, in Pöschel werden sieben Geschäfte besteuert. Es sind dort aber elf steuerpflichtige Geschäfte vorhanden. In Kirchberg bleiben zwei bis drei Geschäfte steuerfrei. Wie geben wir, daß der großkapitalistische Betrieb des Kleinbetriebes auffängt. Gerade weil wir diese Ueberzeugung haben, sind wir Sozialdemokraten. Die Mittelstandstretter aber, die Sie betreiben, führt nur dazu, daß Sie die infolge des Großkapitals bedrängten Kleinunternehmer aus Kosten der Armen, der Arbeiter, stützen wollen. Sie konstatieren nur die Thatsache der Entwicklung, denn wir haben ja leider gar nicht die Macht, in das großkapitalistische Betriebe einzugreifen. Die Konsumvereine sind entstanden, um den Zwischenhandel, soweit er überflüssig, zu eliminieren. Wir wollen diesen überflüssigen Zwischenhandel nicht künstlich konservieren, denn der Zwischenhändler ist doch nur der Konsument wegen da, nicht umgekehrt. Herr Raab sprach von dem Rückgang der selbständigen Geschäfte in Hamburg. Gerade in Hamburg aber besteht der Konsumverein erst seit kurzer Zeit. Er kann an diesem Rückgang nicht schuld sein. In Leipzig aber, wo der größte Konsumverein besteht, hat sich der selbständige Detailhändler im letzten Jahre ständig vermehrt. Herr Raab behauptet, daß in den Konsumvereinen vielfach schlechtes Gewerbe gegeben werde. Das sollte der Herr Kollege doch den Mitgliedern überlassen. Diese haben das Recht der Beschwerde und üben es auch gründlich aus. Wir halten die neue Steuer für geeignet, die Konsumvereine völlig zu erschöpfen, und dieser Effekt wird wohl auch von den Mittelstandstrettern gewünscht. Aber glauben Sie mir nicht, daß Sie mit der Beseitigung der Konsumvereine den Mittelstand gerettet haben. An Stelle der Konsumvereine wird nur das Großkapital treten. Geschädigt werden nur die armen Arbeiter, und diese werden sich dafür schon bei den Wahlen dankbar erweisen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Minister Büchel hat sich im Landtag in früheren Jahren direkt gegen diese Umsatzsteuer erklärt, speziell gegen jede Maßnahme gegen die Konsumvereine. Daß die jetzige Umsatzsteuer den Konsumvereinen das Leben sauer macht, darüber besteht wohl allseitig Einverständnis. Es giebt ja auch in Sachsen Kommunen, die auf Konsumvereine verzichten, von diesen Steuerlandbesitz Gebrauch zu machen. Dresden hat die Umsatzsteuer dieser noch nicht eingeführt. Freilich will ja die konservative Partei, wie Herr Certeel mitgeteilt hat, in sächsischen Landtag auf eine Staatssteuer hinwirken. Dann wird auch der Dresdener Konsumverein getroffen werden. Die Regierung giebt ja den konservativen Wünschen nach wie Wachs in der Sonne. Wird die Umsatzsteuer allgemein, so vernichten Sie damit eine ganze Reihe von geordneten Organisationen. Ich habe gestern schon gesagt, es giebt in Sachsen 205 Vereine mit 45 1/2 Millionen Markt Umsatz, die 5 1/2 Millionen Dividende an die Arbeiter zurückzahlen. Sie vernichten diese Organisationen, um den Mittelstand zu retten, d. h. sie reden den Leuten ein, daß Sie diesen Zweck zu erreichen hoffen. Aus der geistigen Heide des Reichstags erlaube ich mir, daß er der Umsatzsteuer nur mit geteiltem Empfinden gegenübersteht. Er verteidigt sie, weil er sie verteidigen muß. Ich bleibe dabei, die sächsische Regierung muß immer noch mit zweierlei Recht: das Schlechte ist für die Arbeiter, das Gute für die Besitzenden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion.

Der Antrag Albrecht und Genossen auf Ueberweisung der Petition an den Reichstanzler zur Berücksichtigung wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der drei freisinnigen Gruppen abgelehnt. Der Kommissionsantrag auf Uebergang zur Tagesordnung wird angenommen.

Eine weitere Petition verlangt Besteuerung des Trunkbrauwins. Die Kommission beantragt Ueberweisung als Material.

Abg. Bindewald (Antif.):

Ich habe mich über den Beschluß der Kommission sehr gewundert. Wie man durch eine einseitige Besteuerung des Brauwins die Trunklust aus der Welt schaffen will, ist mir unerfindlich. Die Behauptung der Petenten, daß infolge der Einführung des Brauwinssteuer-Gesetzes der Brauwinskonsum bedeutend abgenommen habe und besonders die Säuferkrankheiten nicht mehr so häufig auftreten sollen, ist nicht richtig. Diese Abnahme ist vielmehr darauf zurückzuführen, daß infolge der Ausdehnung unseres Eisenbahnnetzes die Zufuhr von Bier als Ersatz für den Brauwins in alle Gegenden des Reichs bedeutend erleichtert ist. In manchen Fällen ist aber der Schnaps gar nicht zu ersetzen. Zum Beispiel die Landarbeiter, die in der glückseligsten Hitze im Sommer auf dem Felde arbeiten müssen, können ohne Schnaps gar nicht auskommen. Gegen eine solche Steuer, die einseitig den Brauwins, der doch nur von den ärmeren Klassen konsumiert wird, verteuern will, muß ich mich also ganz entschieden wenden. Warum besteuert man denn auch nicht zu gleicher Zeit den Champagner, wenn man die Trunklust wirklich bekämpfen will? Wollen wir öffentlich bekunden, daß es uns auf den Schnaps der kleinen Leute ankommt, so müssen wir verlangen, daß über diese Petition zur Tagesordnung übergegangen wird. Ich bitte Sie, demgemäß zu beschließen.

Das Haus beschließt diesen Antrag gemäß. Dafür stimmen die Sozialdemokraten, Freisinnigen, Rationalliberalen, ein Teil des Centrums, die Konservativen und Antifemiten.

Der Beschluß der Kommission ist also mit großer Mehrheit abgelehnt.

Darauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Etat des Anwesenden 100.)

Marktpreise von Berlin am 27. Februar 1900

Table with 4 columns: Commodity, Unit, Price, and another Price. Includes items like Weizen, Roggen, Hafer, etc.

*) Gemittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammern - Notierungsscheide - und umgerechnet vom Volzgerpreissumme für den Exporteur. *) Kleinhandelspreise.

Produktenmarkt am 28. Februar. Auf dem Getreidemarkt zeigte sich anfangs sehr feste Haltung, wenn auch die Umsätze auf ein Minimum beschränkt blieben. Als künftige Momente kamen die höheren Preisänderungen von den nordamerikanischen Märkten, sowie ganz besonders die abnormen und plötzlichen Witterungswechsel in Betracht, von denen man sich nichts Gutes für die inländischen Saaten verspricht. Roggen, der wiederum das bei weitem größte Interesse für sich beanspruchte, legte 1 M. höher ein, gab jedoch zuletzt wieder etwas nach und schloß 0,50-0,75 M. aber gebiet. Weizen schloß ebenfalls 0,75 M. an. Hafer lag sehr still. Rapsel bequante seine gestrigen wesentlich höheren Schlusspreise.

Am Spiritusmarkt führte die überwiegende Nachfrage eine Preissteigerung für 70er loco um 0,20 auf 47,00 M. herbei. Der Umsatz betrug 12 500 Liter.

Städtischer Schlachthausmarkt. Berlin, 28. Februar 1900. Kautschuk Bericht der Division. Juna Verkauf standen: 333 Rinder, 246 Ställe, 1102 Schafe, 10 668 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfund oder 10 Kilogramm Schlachtgewicht in Markt (Belegungsweise für 1 Pfund in Pf.): für Rinder: a) vollfleischige, ausgewachsene, höchsten Schlachtwertes, höchstens 7 Jahre alt 00-00, b) junge fleischige, nicht ausgewachsene und ältere ausgewachsene 00-00; c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere 00-00; d) gering genährte jeden Alters 00-00. - Bullen: a) vollfleischige höchsten Schlachtwertes 00-00; b) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 00-00; c) gering genährte 48-52. - Färsen und Kühe: a) vollfleischige, ausgewachsene Färsen höchsten Schlachtwertes 00-00; b) vollfleischige, ausgewachsene Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 00-00; c) ältere ausgewachsene Kühe und wenig gut ernährte jüngere Kühe und Färsen 00-00; d) mäßig genährte Kühe und Färsen 47-48; e) gering genährte Kühe und Färsen 42-46. - Ställe: a) fleischige Mastställe (Schlammställe) und beste Mastställe 65-68, b) mittlere Mastställe und gute Mastställe 60-63, c) geringe Mastställe 50-56, d) ältere, gering genährte (Fleisch) 42-45. - Schafe: a) Mastlamm und jüngere Mastlamm 61-64, b) ältere Mastlamm 55-60, c) mäßig genährte Lamm und Lamm (Werkstoffe) 48-54, d) vollfleischige Niederungs-lamm (Lebensgewicht) 00-00. - Schweine: a) vollfleischige, der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren 45-46, b) Ställe 00-00, c) fleischige 42-44, d) gering ernährte 40-41, e) Saugen 40-41.

Dermit die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau

Martha Seiler

geb. Lichmannowsky am 26. d. M. im Alter von 38 Jahren nach langem schweren Leiden sanft entschlafen ist.

Die Beerdigung findet am 1. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Stadtkirchhofs in Wilhelmshagen aus statt. 26666

Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.

Die Mitgliedschaft zur Nachricht, daß unser Mitglied

Ferdinand Sieke

am 26. Februar verstorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag, 1. März, nachm. 3 1/2 Uhr, vom Tränenbänkchen, Thüringerstr. 27, aus nach dem Kirchhofe Kirchhof statt. Um zahlreiche Theilnahme ersucht. 26746 Die Erbinverwalter.

Fritz Gehricke.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 1. März, nachm. 4 Uhr, vom Angerstr. Hospital, Schrammstrasse, nach dem neuen Johannis-Kirchhof in Pflanzengasse statt. 26706 Das Vorstand der „Orania“.

Orts-Krankenkasse der Maler.

Die am 21. November 1899 beschlossene 11. Abänderung zum Statut, betriebs Erhöhung der Krankenunterstützung von 25 auf 30 Wochen, ist seitens des Bezirksausschusses genehmigt und tritt mit dem 1. März 1900 in Kraft. 26506 Der Vorstand.

Für Dampferpartien und Ausflüge! „Zum Sporthaus“ in Ziegenhals bei Zeuthen.

(Vorort-Station d. Cöllnitzer- u. Stadtbahn.) Neu eröffnet! Herrlich am Wald und Wasser gelegen. Dampfer, Segel- u. Gesellschaften bitte recht zeitig anzumelden. - Jede Wochentag, auch per Telefon, bereitwillig. 38132 Hugo Engel, Berlin O., Lützowstr. 87. Tel.: Amt VII, 3242.

Schmöckwitz, Gasthaus zur Palme, Inh.: Hermann Peter.

Gespülte mein allbekanntes, herrlich an Wald und Wasser gelegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen, Ausspannung und Dampferfahrten, Regattafahrten, große Kaffeehäuser, Gute Küche u. bestgepflegte Biere u. andere Getränke zu solid. Preisen.

Arbeits-Bekleidung für Mechaniker, Bildhauer, Maler, Schloffer, Schlichter, Konditorei, Bäcker.

En gros - Detail. 3572L D. Wurzel & Co., Wrangel-Strasse 17, Ecke Mantouffel-Strasse.

Eduard Schmidt, N. Gartenstr. 56.

Die trauernden Hinterbliebenen. Die Beerdigung findet Freitag 5 Uhr von der Kapelle des St. Elisabethskirchhofs, Prinzenallee, statt. 9/1

Aunittopferei von Frau Kokosky.

Steinwegstr. 48, Döberitz, Hopfstr.

Advertisement for Bayrisch Malzextraktbier, featuring a bottle illustration and text describing its quality and availability.

Advertisement for coffee, titled 'Wo Kaffee getrunken wird...', promoting health and quality of coffee.

Nord-Cap-Radfabrik

Waltstrasse 16 18070 verlängerte Zwickauerstrasse. Die größte Lehrfabrik innerhalb der Stadt. Schell. Berlin. Dürkop. Victoria-Räder 125 Mk. Richard Schmidt, Grüner Weg 102.

Schlackwurst

Prima harte 110 Pfg. a Pfd. halbsort a Pfd. 85. Schinkenw. prima hart 95. Zwiebelbierw. Hall. 50. Korwarst. Thüringer 50. mager 65. Speck, bel 5 Pfd. 82. fett, reinlich. 85. bel 5 Pfd. 50.

Landmühen, J. Stiepling, Köpfer.

Heilung aller Haut-, Horn-, Blasenleiden ohne Berufshilfe. 31jährige Erfahrung. 814. Harder sen., Eisener-Strasse 20. Sprechst. 9-1 u. 3-4, Sonntag 9-2. Auswärts brieflich mit größt. Erfolg.

Ratne-Heilverfahren.

Haut-, Horn- u. Blasenleiden, Frauenkrankheit, best. sicher ohne Berufshilfe. 3444. R. Wagner, 9-2-5, 21-2.

Nur 4 Mark

Reife, sehr groß, an Anhangen, Reife zu Derrnanzungen, schöne Mutter, 7-10 Mark. Für 10 Mark 7. Scheit, auch Sammelgarne, Voleiastreife, Götterreife, so lange der Vorrat reicht. im Kleinenloftlager 14 Anzen-Strasse 14, 1 Tr. Rein Laden. 3778L.

Schultze, Wasserthor-Str. 1/2.

Behandlung aller Haut-, Blasen- und Harnleiden ohne Berufshilfe. Sprechstunden 9-2, 3-9. Bei Vorzeigung der Verdandstatten 10 Proz. 3575L.

Stenographie.

Neue Unterrichtskurse des Arbeit-Stenogr.-Vereins „Stolze“ in der Vereinfachten deutschen Stenographie beginnen: Donnerstag, 29. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Jahn, Gräferstr. 82. Sonntag, 4. März, vormittags 10 Uhr, bei Gelnert, Schulstr. 29. Dienstag, 6. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Gruppe, Annonstr. 16. Unterrichtsgeld 4 Mk. Die erste Stunde ist kostenfrei. Das Lehrbuch wird gratis geliefert.

G. Jannasch (früher, Pastor)

Gesellschafts-Ziele, Jannasch, 10. empfiehlt Saal und Vereinszimmer zu öffentl. wie Vereinsveranstaltungen und Festlichkeiten; auch sind Sonntagsabende zu vergeben. Jeden Sonntag: Gesellschaftsabend u. Tanz. 3772L.

Falbe, 44. Elsassstr. 44.

Behandlung aller Haut- u. Harnleiden ohne Berufshilfe. Sprechst. 9 morg. bis 9 abends, Sonntag u. Donnerstags 9-3. Bei Vorzeigung der Verdandstatten 10 Proz. 3454L.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 1. März.
Opernhaus. Kain, Notbold. Ver- gühnlich. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Der Grenzahn. Anfang 7 1/2 Uhr.
Festspielhaus. Hedda Gabler. Anfang 7 1/2 Uhr.
König. Im weißen Röhl. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Ruffia. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Ruffia. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Der Proberpfel. Anfang 8 Uhr.
Westen. Der Rigeunerbaron. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Im Himmelhof. Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. Die Dame von Maxim. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luisen. Faust (Teiler Teil). Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Puppe. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weich. Die Jagd nach dem Glück. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Die Reise nach Amerika. Anfang 8 Uhr.
Victoria. Berliner Bilder. Anfang 8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmstädtsches. Die Dame von Maxim und der Proberpfel. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Die verheiratete Welt. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Im Reiche des Indra. Anfang 7 1/2 Uhr.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Säger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panopticum. Spezialitäten-Vorstellung.
Hronia. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternwarte.
Laudenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: „Von den Alpen zum Vesuv“.
Im Hofsaal: Dr. Spies: „Telephon und Telegraph“.

Schiller-Theater

(Wagner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Proberpfel.
Freitag, abends 8 Uhr:
Fröschweiler.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Proberpfel.

Central-Theater

Die Puppe.
(La Poupée).
Operette in 3 Akten und einem Vorspiel von Ordonneau und Singspiel Musik von Ed. Audran.
Morgen und folgende Tage: Die Puppe (La Poupée).
Sonnabendmorgen 3 Uhr zu halben Preisen: Die Fiedermantel von Johann Strauß.

Thalia-Theater.

Im Himmelhof.
Morgen und folgende Tage: Im Himmelhof.

Carl Weiss-Theater

Die Jagd nach dem Glück.
Freitag: Volksvorstellung.
Parkett 1.10 M. Nur einmalige Aufführung: Lenore, die Grabesbraut.

Belle-Alliance-Theater.

Die Reise nach Amerika.
(Durchschlagsender Erfolg der Saison).
Sonnabendmorgen 3 Uhr (er- maligste Preise): Donna Räte oder die letzte Nibel.

Palast-Theater

früher Feen-Palast, Burgstr. 22. In ganz Berlin einzig dastehend! in das erstklassige und reichhaltige: **Riesen-März-Programm.** Kommen! Sehen! Staunen! **Durchweg neue Spezialitäten.** Unübersehlich zum Letzten! 8 1/2 Uhr. 8 1/2 Uhr.
Endlich allein.
Stofar Schumann: Die Rich. Winkler. Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 11-1 Uhr.
Freitag, 2. März, nicht wegen Feiertagsfeier geschlossen.
Sonnabend, den 3. März:
Rockler-Jubiläum-Fest. Extra-Vorstellung und Tanz. Wiederanstreten d. Dr. W. Fröbel. Dr. Heberichsungen. Preisverteilung. Besucher der Vorstell. haben Freitag, 2. März, Vorkaufkarten und Gutscheine sind gültig.

Urania

Taubenstrasse 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr.
„Von den Alpen zum Vesuv“
Hörsaal:
Dr. Spies: „Telephon und Telegraph“.
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 8-10 Uhr.

Passage-Panopticum.

Geöffnet
9 Uhr früh bis 10 Uhr abends.
Neueste Sensation!
Katakomben
zu Palermo.
Anatomisches Museum
Dienstags für Damen.
Passage-Theater
15 erstklassige Debüts.
Vorstellung von 7 bis 10 1/2 Uhr.

CASTANS PANOPTICUM

Neu! Neu! Neu!
Ein Riese
der englischen Armees
Sergeant Th. Dalroy
2 m 30 cm hoch!
Oberbayerische Säger
und
Schuhplattler-Gesellschaft.

Metropol-Theater.

Täglich um 9 Uhr 30:
Verkehrte Welt!
mit der hochoriginellen
Weiber-Parade.
Vorher: Das große März-
Spezialitäten-Programm:
The 8 Diamants,
Deltorelli Trio, Fred Gillet,
Sander Trio, Georg Kaiser,
The Dayton, Mary Wolf
u. c.
Anfang an Wochentagen um 8,
an Sonntagen 7 1/2 Uhr.

Apollo-Theater.

!Neue Debüts!
Witters dreifache Gunde.
Nicolas Miniatur-Terzett.
Luch Nanon, französische Soubrette.
Die 3 Harwen, Trausellkünstler.
Hannarino's russisches Ensemble.
Brothers Brant, Gauklünstler.
Charles Mänsche, Wimitter.
Messers-Kosmograph,
Tramböval-Bilder.
Um 9 Uhr:
Im Reiche des Indra.
Anfang der Vorstellung 8 1/2 Uhr.

Cirkus Schumann.

Gr. außerord. Gala-Vorstellg.
Zum Behen der Unterrichtsstufe
des „Verein Berliner Journalisten“.
Gala-Programm. Neue Debüts.
I. Debut des phänomenalen Welt-
stärklers Mrs. Wilkes Loyd
u. c.
Direktor Alb. Schumann mit seinen
anerkannt anerkannt bestehenden
Original-Trio u. Freizeitsprezieren.
Rosa Schink. Zum 27. Male:

Dr. Faust.

Eine romantisch-phantastische Handlung
in 3 Akten von A. Stiens. In
Szenen gefügt von Dr. Alb. Schumann
und Hof-Balletmeister Aug. Stiens.
Musik von Peter. Rechte Volkstümlicher
Königler.

Cirkus Busch.

Nur noch kurze Zeit!
Heute Donnerstag, 1. März, abends
7 1/2 Uhr: Zum 112. Male: **Die
Camorra.** Kuherden: Mrs. Lala
Loe, Samirelterts. Equesterischer
Karnovallzug. Zum 1. Male: Das
Alberto Luzzio Trio, meist. excentrische
Stomms. Signor Ricardo mit seiner
dreifachen Reite.

Neuer Abendcurus der „Elektra“

Dienstag, den 6. März
Dauer 6 Monate in Theorie
u. Praxis. Keine Beschränkung.
Zeugnis - Stellungsnachweis.
Anmeldung: Preisenstr. 55, 1.
Nach Sonntags bis 1 Uhr.
Man verlange Prospekt.

Reichshallen.

Täglich: Stettiner Säger
Anfang:
Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Gutree 50 Pfennig.
Sonderkonz. 40 Pf.
Wiederanstreten von
Fritz Steidl.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a.
Heute Donnerstag:
Hoffmanns
Norddeutsche Säger
Die Zangebrüder.
Grossartiges Programm.
Nach der Soiree:
Tanzkränzchen.
Freitag und Sonnabend:
Keine Soiree.

W. Noacks Theater.

Venusstraße 16.
Mutter und Sohn.
Schauspiel in 4 Akten
von Carlotta Bräuer.
Jeden Sonntag, Dienstag und
Donnerstag nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.

Dr. Simmel

Noritzplatz,
1. und 2. Aschinger
2 Tropfen rechte
Spezialarzt f. Haut- u. Nervenleiden.
10-2, 6-7, sonntags 10-12, 2-4.

Freie Volksbühne.

Sonntag, nachmittags 2 1/2 Uhr: 6. Abteilung im Lessing-
Theater: Rosmersholm.
4. Abteilung im Carl Weiss-Theater:
Hamlet, Prinz von Dänemark.
Heine-Abend.
Sonnabend, den 17. März, in der Bräueri Friedrichshalm.
Vortrag über Heinrich Heine, Recitation und Gesangs-
vorträge, Kammermusik etc.
Fastmarken nur für Mitglieder sind in allen Zahlstellen
erhältlich.
228/17 Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Billige Fische!

Prima Zander	pro Pfd.	40 P.
„ Eiskarpfen	„	40 „
„ Bratflundern	„	20 „
„ Elshchte	„	45-60 „
„ Seelachs	„	30-40 „
„ Lebende Hechte	„	70-80 „
„ Karpfen	„	70 „
„ Schleie, gross u. mittel	„	90 „

nur Dragonerstrasse 16.

Otto Gundermann.
Tägliches Versand nach allen Pflätzen Deutschlands.

MAGGI

5 Pfg.	10 Pfg.	12 Pfg.	16 Pfg.	25 Pfg.
für 1/2 Pfd. Suppe.				

DIE GUTE SPARSAME KÜCHE

Zu haben in allen Delikatess- und Lebensmittel-Geschäften, Droguerien
und Mehlhandlungen.

Jeden Morgen von 7 1/2 Uhr an

Verkauf von Knochenfleisch, Schinkenrücken, Linsen und
Nudeln (2 Pfund 95 Pf.). Blut- und Leberwurst, sowie
aller übrigen Würstwaren zu enorm billigen Preisen.
Wurstfabrik mit Dampftrieb. (20776)
Wilhelmstrasse 56, Hof r.

van Houtens Cacao

1/2 Kilo genügt für 100 Tassen
Ein Versuch überzeugt, dass Van Houtens Cacao für den
täglichen Gebrauch allen anderen Getränken vorzuziehen ist.
Er ist nahrhaft, nervenstärkend, wohlgeschmeckend, leicht ver-
daulich und stets schnell bereitet. Van Houtens Cacao wird nur
in den bekannten Blechbüchsen, niemals lose verkauft, da bei
losem ausgewogenem Cacao nichts für die gute Qualität bürgt.

Achtung! MAURER. Achtung!

Freitag, den 2. März, abends 8 Uhr:
2 grosse Versammlungen des Central-Verbandes der Maurer
für Berlin: in Cobus Festhallen, Benthstr. 20/21,
für Charlottenburg: Gambrius-Brauerei, Wallstr. 94.
Tagesordnung in beiden Versammlungen: 1. Die Änderungen der Unfallversicherung-Gesetze. Referenten
die Genossen Günther und Guthelt. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches. 136/16
Zahlreichen Besuch erwartet Die Verbandsleitung.

30

Mark!!
elegante
Herren - Anzüge
nach Mass
30 Mk.
hochfeine
Sommer-Paletots
nach Mass.
Für 10 Mark hochelegante Bein-
kleider nach Mass. (3777L)
guter Stoff, tadelloser Sitz.
Riesenstofflager
14 Krausenstrasse 14,
1 Tr. Kein Laden. 1 Tr.

Garantirt gut! Zeitigt.
Reparaturen in 2 Stunden.
Blondieren u. 1 M. an.
Jahreszeiten schmerzlos. Spreiz 8-8.
N. Lange, Gte. Markfussstrasse.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute, Donnerstag, den 1. März, abends 8 1/2 Uhr,
im Lokal des Herrn Hoffmann (Englischer Garten), Alexanderstr. 27c:
Branden-Versammlung der Bürsten- u. Pinselmacher
Berlins und Umgegend.
Tages-Ordnung: Unser Vorgehen.
In dieser Versammlung haben sämtliche Kollegen Berlins und Umgegend
zu erscheinen. Die Branchen-Kommissionen.

Achtung, Parkettbodenleger!

Donnerstag, den 1. März, abends 8 Uhr,
im Saale des Herrn Hube (Spreeshallen), Kirchstraße 27:
Kommissions-Sitzung mit Vertrauensleuten.
Auch sämtliche Hilfs-Kommissionenmitglieder müssen erscheinen. (80/2)

Verein der Tischler Berlins und Umgegend.

Freitag, den 2. März, vormittags 10 Uhr, bei Thiele,
Friedrichstr. 36a:
Versammlung.
Tagesordnung: Streifangelegenheiten. Der Vorstand.

Achtung! Former. Achtung!

Sonntag, den 4. März 1900, nachmittags 4 Uhr,
im Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23:
Grosse öffentl. Versammlung
der Former und Berufsgenossen.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag der Kollegen Warnst und Guthelt über: „Das Unfall-,
Küster- und Auszubildtengesetz.“ 2. Diskussion. 3. Berichtlesen.
Theodor Schwarz aus Lübeck ist anwesend.
Frauen haben Zutritt. 61/2
Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein.
Um guten Besuch, auch von Seiten der Frauen, bittet Der Einberufer.

Achtung! Cöpenick. Achtung!

Die gewerkschaftliche Bildungsschule
schließt am 1. März ihren Lehrkursus. An diesem Tage hält der Kurso-
leiter C. Müller einen Vortrag über:
Die Grundlehre des Marxismus.
Alle Schüler sowie Gäste sind hierzu eingeladen. 202/12
Die Kommission. I. A.: R. Schulz.

Bildungsverein „Mehr Licht!“

Donnerstag, den 1. März, abends 8 Uhr,
im Louisenstädt. Konzerthaus, Alte Jakobstrasse 37:
Vortrag des Herrn Röbe,
welcher 10 Jahre in Tramböval anständig war, über: „Die wirtschaft-
liche Lage der Boeren in Tramböval, ihr Kampf um Freiheit und Recht.“
Gäste willkommen. 120/8 Entree 10 Pf.

Achtung! Glaschleifer und Glasbläser Berlins.

Freitag, den 2. März, abends 7 1/2 Uhr:
Grosse öffentliche Versammlung
für Männer und Frauen
im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen K. Müller über: „Nähere und weitere
Ziele der Gewerkschaften.“ 2. Vorträge und Regelung der Arbeitszeit.
3. Wahl einer Kommission zu Punkt 2. 4. Berichtlesen.
Kollegen! Achtung! für diese Versammlung. Wegen der Wichtigkeit der
Tagesordnung darf keiner fehlen. 267/6 Der Einberufer.

Männer-Vortrag

über: „Krankheiten in der Ehe“
vom prakt. Naturheilkundigen Grundmann,
demonstriert an Lichtbildern und an einer lebendigen, künstl. weiblichen Figur.
Für 20 Pf. Eintritt eine Brochüre.
Berliner Verein für Naturheilverfahren.
Geschäftsstelle: Köpenickerstr. 72. Sprechstunde 11-2, 6-8.

Frauen-Vortrag.

Heute, Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, Holzmarktstrasse 72:
Partei-Expeditionen:

Berlin vierter Wahlkreis 0.: Robert Bengels, Preuss-
str. 30, Hof II. - 80.: Fritz Thiel, Stalhoferstr. 25 u. part. -
Sechster Wahlkreis (Moabit): Karl Anders, Salzweiden-
str. 8, part. im Laden. - Wedding und Oranienburger
Vorstadt: Emil Stolzenburg, Weidenstr. 14. - Gesund-
brunnen: Wilhelm Gahmann, Grünhaldenstr. 65. - Rosen-
thaler Vorstadt und Schönhauser Vorstadt: Karl
Nara, Kottbuserstr. 95/96. - Charlottenburg: Gustav
Schubert, Schillerstr. 94, v. 1. Treppe. - Deutsch-Wilmers-
dorf: Ed. Müller, Berlinstr. 132/133, rechter Seitenfl. und W. Ridel,
Kugelschtr. 3, v. I. - Friedrichsberg-Friedrichsfelde: Carl
Weil, Berlin O., Friedrichsbergstr. 4. - Grunau: Engel, Dahme-
str. 6. - Rixdorf: Hermann, Gröbstr. 6. - Schöneberg: Edw. Baumler,
Krohnstr. 13, Quergeb. Gode. - Johannisthal-Nieder-
und Ober-Schöneweide: Otto Sohn, Ober-Schöneweide,
Stienenstr. 7, Cigarrengeschäft. Annahmestellen: Nieder-Schöneweide:
Karl Weber, Cigarrengeschäft. Johannisthal: Senfleben,
Rehrenten. - Adlershof: Max Warbs, Meyerstr. 4. -
Cöpenick: Franz Weber, Cigarren-Geschäft, Weimertstr. 1. -
Friedenau-Steglitz: S. Berner, Kirchstr. 15 in Friedenau.
Befellungen nehmen entgegen in Steglitz: S. Berner, Döppelstr. 8,
und Fr. Seelhafer, Koenigstr. 15a. - Baumshulsenweg:
Krebs, Baumshulsenweg 32, Hof links II. - Neu-Weissensee:
Speitauer, Heinrichsstr. 1, part. links.
Unserem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen
Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für
den „Vorwärts“ entgegengenommen.
Um genaue Angabe der Adresse wird drin-
gend gebeten.
Bitte ausschneiden!

Warenhaus A. Wertheim

Berlin, Leipzigerstr. 132/133.

Rosenthalerstr. 27/29 und 54.

Oranienstr. 53/54.

Donnerstag, den 1. März und folgende Tage

soweit der Vorrat reicht:

Ein grosser Posten Emaille-Waren

Darunter befinden sich:

in grau — hellblau — marmoriert.

Kasseroles mit Ring 30, 40, 50, 60, 70 Pf.

Schmortöpfe mit und ohne Ring 40, 50, 55, 70, 80 Pf.

Wasserkessel ohne Absatz 60, 75, 85 Pf., 1,05 Mk.

Wasserkessel mit Absatz 75, 90 Pf., 1,—, 1,15 Mk.

Milchtöpfe 15, 18, 20, 25, 30, 35, 40 Pf.

Kaffeekannen 40, 55, 65, 75 Pf.

Schüsseln Durchmesser ca. 30 34 cm
45 55 Pf.

Gerade Töpfe 10, 12, 15, 20, 25, 30 Pf.

Max Kliem's Fest-Säle,
Hasenheide 13, 14, 15.
Am neuen Festsaal, Eingang Hasenheide 13, jeden Sonntag: Gr. Instrumental-Konzert. Anfang 8 Uhr. Entree 20 Pf., Vorverkauf 25 Pf. — Nach dem Konzert **Tanzkränzen!** — In den Fr. 14 und 15 folgenden Sälen jeden Sonntag: **Grosser Ball!** Anfang 4 Uhr, Ende 2 Uhr. — Günstige Preise für alle Speisen und Getränke zu besonderen Gelegenheiten und Festlichkeiten. — Die Osterfesttage sind noch zu Matinee zu vergeben. [34492]

Laabs
Elsasserstr. 39.
Behandl. aller Haut-, Nerven- und Blasenleiden ohne schädliche Mittel u. Gifte. Sprechst. 9-2, 6-9. Freitag und Sonntag nur 9-2. Behandlungskosten Grundsätzlich [34492]

Gastspiele allen Freunden u. Bekannten von **Weiss-, Bayrischbier- und gr. Speisegeschäft.** Reichhaltiges Frühstück von 30 Pf., Mittag mit Bier 50 Pf. sowie Abendbrot à la carte von 30 Pf. an. 2 Speisezimmer mit Klavier für 20-50 Personen. **H. Stramm, Koch, Ritterstr. 125.** Mittagstisch) Suppe, Gemüse, Braten u. Kompott. Kaffee, Tee, Obst. Köpenickerstr. 56a.

Wein zum Ausschank sehr geeignet! süss, rot, wie Portwein, ausgezeichnet im Geschmack, garantiert rein, 10 Ltr. M. 7,—, 100 Ltr. 65,—, Oxhoft M. 120,— Berlin SW., **Eugen Neumann & Co., Hollmannstr. 16.** Amt IV. 9576.
Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilz. wöchentl. 1 M. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Sprechst. 9-7.

Jedes **5 Pfennig** Wort. **Nur das erste Wort fett.** Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Provinz bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Poststr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Restoration im SO. Kronheits- halber billig zu verkaufen. Zu erfragen bei Bill Broske, Staliner- strasse 105 im Keller. [107]
Gutgehendes Material, Ob- und Gemülegeschäft Kronheits halber sofort zu verkaufen. Kaufmann Ernst J. Neff, Bernauerstrasse 42. [182]
Grüntraumgeheute, viel Kuchentun- gen, Preise 45 Mark, sofort ver- käuflich. Brandenburgerstrasse 6. [118]
Wardineuhans Große Frankfurter- strasse 9, parterre. [119]
Handelsschiff, ganze Werft, auch einzeln, flottfähig. Söcker- strasse 38, vom II. deckt. [52K]
Wäbel, bar nach Teilzahlung, billig. Kronheitsallee 110, I. Gef. Königbergerstrasse. [287]
Wäbelfabrik, Quantenstrasse 2a, Wäbelstrasse 7, Spiegelstrasse 24, Maschinenfabrik, Kuchentun- gen, Kleiderfabrik, Wäbelstrasse, Auguststrasse 15, Säulenstrasse, Wäbelstrasse, Wäbelstrasse 27, Wäbelstrasse 29, Wäbelstrasse 31, Wäbelstrasse 33, Wäbelstrasse 35, Wäbelstrasse 37, Wäbelstrasse 39, Wäbelstrasse 41, Wäbelstrasse 43, Wäbelstrasse 45, Wäbelstrasse 47, Wäbelstrasse 49, Wäbelstrasse 51, Wäbelstrasse 53, Wäbelstrasse 55, Wäbelstrasse 57, Wäbelstrasse 59, Wäbelstrasse 61, Wäbelstrasse 63, Wäbelstrasse 65, Wäbelstrasse 67, Wäbelstrasse 69, Wäbelstrasse 71, Wäbelstrasse 73, Wäbelstrasse 75, Wäbelstrasse 77, Wäbelstrasse 79, Wäbelstrasse 81, Wäbelstrasse 83, Wäbelstrasse 85, Wäbelstrasse 87, Wäbelstrasse 89, Wäbelstrasse 91, Wäbelstrasse 93, Wäbelstrasse 95, Wäbelstrasse 97, Wäbelstrasse 99, Wäbelstrasse 101, Wäbelstrasse 103, Wäbelstrasse 105, Wäbelstrasse 107, Wäbelstrasse 109, Wäbelstrasse 111, Wäbelstrasse 113, Wäbelstrasse 115, Wäbelstrasse 117, Wäbelstrasse 119, Wäbelstrasse 121, Wäbelstrasse 123, Wäbelstrasse 125, Wäbelstrasse 127, Wäbelstrasse 129, Wäbelstrasse 131, Wäbelstrasse 133, Wäbelstrasse 135, Wäbelstrasse 137, Wäbelstrasse 139, Wäbelstrasse 141, Wäbelstrasse 143, Wäbelstrasse 145, Wäbelstrasse 147, Wäbelstrasse 149, Wäbelstrasse 151, Wäbelstrasse 153, Wäbelstrasse 155, Wäbelstrasse 157, Wäbelstrasse 159, Wäbelstrasse 161, Wäbelstrasse 163, Wäbelstrasse 165, Wäbelstrasse 167, Wäbelstrasse 169, Wäbelstrasse 171, Wäbelstrasse 173, Wäbelstrasse 175, Wäbelstrasse 177, Wäbelstrasse 179, Wäbelstrasse 181, Wäbelstrasse 183, Wäbelstrasse 185, Wäbelstrasse 187, Wäbelstrasse 189, Wäbelstrasse 191, Wäbelstrasse 193, Wäbelstrasse 195, Wäbelstrasse 197, Wäbelstrasse 199, Wäbelstrasse 201, Wäbelstrasse 203, Wäbelstrasse 205, Wäbelstrasse 207, Wäbelstrasse 209, Wäbelstrasse 211, Wäbelstrasse 213, Wäbelstrasse 215, Wäbelstrasse 217, Wäbelstrasse 219, Wäbelstrasse 221, Wäbelstrasse 223, Wäbelstrasse 225, Wäbelstrasse 227, Wäbelstrasse 229, Wäbelstrasse 231, Wäbelstrasse 233, Wäbelstrasse 235, Wäbelstrasse 237, Wäbelstrasse 239, Wäbelstrasse 241, Wäbelstrasse 243, Wäbelstrasse 245, Wäbelstrasse 247, Wäbelstrasse 249, Wäbelstrasse 251, Wäbelstrasse 253, Wäbelstrasse 255, Wäbelstrasse 257, Wäbelstrasse 259, Wäbelstrasse 261, Wäbelstrasse 263, Wäbelstrasse 265, Wäbelstrasse 267, Wäbelstrasse 269, Wäbelstrasse 271, Wäbelstrasse 273, Wäbelstrasse 275, Wäbelstrasse 277, Wäbelstrasse 279, Wäbelstrasse 281, Wäbelstrasse 283, Wäbelstrasse 285, Wäbelstrasse 287, Wäbelstrasse 289, Wäbelstrasse 291, Wäbelstrasse 293, Wäbelstrasse 295, Wäbelstrasse 297, Wäbelstrasse 299, Wäbelstrasse 301, Wäbelstrasse 303, Wäbelstrasse 305, Wäbelstrasse 307, Wäbelstrasse 309, Wäbelstrasse 311, Wäbelstrasse 313, Wäbelstrasse 315, Wäbelstrasse 317, Wäbelstrasse 319, Wäbelstrasse 321, Wäbelstrasse 323, Wäbelstrasse 325, Wäbelstrasse 327, Wäbelstrasse 329, Wäbelstrasse 331, Wäbelstrasse 333, Wäbelstrasse 335, Wäbelstrasse 337, Wäbelstrasse 339, Wäbelstrasse 341, Wäbelstrasse 343, Wäbelstrasse 345, Wäbelstrasse 347, Wäbelstrasse 349, Wäbelstrasse 351, Wäbelstrasse 353, Wäbelstrasse 355, Wäbelstrasse 357, Wäbelstrasse 359, Wäbelstrasse 361, Wäbelstrasse 363, Wäbelstrasse 365, Wäbelstrasse 367, Wäbelstrasse 369, Wäbelstrasse 371, Wäbelstrasse 373, Wäbelstrasse 375, Wäbelstrasse 377, Wäbelstrasse 379, Wäbelstrasse 381, Wäbelstrasse 383, Wäbelstrasse 385, Wäbelstrasse 387, Wäbelstrasse 389, Wäbelstrasse 391, Wäbelstrasse 393, Wäbelstrasse 395, Wäbelstrasse 397, Wäbelstrasse 399, Wäbelstrasse 401, Wäbelstrasse 403, Wäbelstrasse 405, Wäbelstrasse 407, Wäbelstrasse 409, Wäbelstrasse 411, Wäbelstrasse 413, Wäbelstrasse 415, Wäbelstrasse 417, Wäbelstrasse 419, Wäbelstrasse 421, Wäbelstrasse 423, Wäbelstrasse 425, Wäbelstrasse 427, Wäbelstrasse 429, Wäbelstrasse 431, Wäbelstrasse 433, Wäbelstrasse 435, Wäbelstrasse 437, Wäbelstrasse 439, Wäbelstrasse 441, Wäbelstrasse 443, Wäbelstrasse 445, Wäbelstrasse 447, Wäbelstrasse 449, Wäbelstrasse 451, Wäbelstrasse 453, Wäbelstrasse 455, Wäbelstrasse 457, Wäbelstrasse 459, Wäbelstrasse 461, Wäbelstrasse 463, Wäbelstrasse 465, Wäbelstrasse 467, Wäbelstrasse 469, Wäbelstrasse 471, Wäbelstrasse 473, Wäbelstrasse 475, Wäbelstrasse 477, Wäbelstrasse 479, Wäbelstrasse 481, Wäbelstrasse 483, Wäbelstrasse 485, Wäbelstrasse 487, Wäbelstrasse 489, Wäbelstrasse 491, Wäbelstrasse 493, Wäbelstrasse 495, Wäbelstrasse 497, Wäbelstrasse 499, Wäbelstrasse 501, Wäbelstrasse 503, Wäbelstrasse 505, Wäbelstrasse 507, Wäbelstrasse 509, Wäbelstrasse 511, Wäbelstrasse 513, Wäbelstrasse 515, Wäbelstrasse 517, Wäbelstrasse 519, Wäbelstrasse 521, Wäbelstrasse 523, Wäbelstrasse 525, Wäbelstrasse 527, Wäbelstrasse 529, Wäbelstrasse 531, Wäbelstrasse 533, Wäbelstrasse 535, Wäbelstrasse 537, Wäbelstrasse 539, Wäbelstrasse 541, Wäbelstrasse 543, Wäbelstrasse 545, Wäbelstrasse 547, Wäbelstrasse 549, Wäbelstrasse 551, Wäbelstrasse 553, Wäbelstrasse 555, Wäbelstrasse 557, Wäbelstrasse 559, Wäbelstrasse 561, Wäbelstrasse 563, Wäbelstrasse 565, Wäbelstrasse 567, Wäbelstrasse 569, Wäbelstrasse 571, Wäbelstrasse 573, Wäbelstrasse 575, Wäbelstrasse 577, Wäbelstrasse 579, Wäbelstrasse 581, Wäbelstrasse 583, Wäbelstrasse 585, Wäbelstrasse 587, Wäbelstrasse 589, Wäbelstrasse 591, Wäbelstrasse 593, Wäbelstrasse 595, Wäbelstrasse 597, Wäbelstrasse 599, Wäbelstrasse 601, Wäbelstrasse 603, Wäbelstrasse 605, Wäbelstrasse 607, Wäbelstrasse 609, Wäbelstrasse 611, Wäbelstrasse 613, Wäbelstrasse 615, Wäbelstrasse 617, Wäbelstrasse 619, Wäbelstrasse 621, Wäbelstrasse 623, Wäbelstrasse 625, Wäbelstrasse 627, Wäbelstrasse 629, Wäbelstrasse 631, Wäbelstrasse 633, Wäbelstrasse 635, Wäbelstrasse 637, Wäbelstrasse 639, Wäbelstrasse 641, Wäbelstrasse 643, Wäbelstrasse 645, Wäbelstrasse 647, Wäbelstrasse 649, Wäbelstrasse 651, Wäbelstrasse 653, Wäbelstrasse 655, Wäbelstrasse 657, Wäbelstrasse 659, Wäbelstrasse 661, Wäbelstrasse 663, Wäbelstrasse 665, Wäbelstrasse 667, Wäbelstrasse 669, Wäbelstrasse 671, Wäbelstrasse 673, Wäbelstrasse 675, Wäbelstrasse 677, Wäbelstrasse 679, Wäbelstrasse 681, Wäbelstrasse 683, Wäbelstrasse 685, Wäbelstrasse 687, Wäbelstrasse 689, Wäbelstrasse 691, Wäbelstrasse 693, Wäbelstrasse 695, Wäbelstrasse 697, Wäbelstrasse 699, Wäbelstrasse 701, Wäbelstrasse 703, Wäbelstrasse 705, Wäbelstrasse 707, Wäbelstrasse 709, Wäbelstrasse 711, Wäbelstrasse 713, Wäbelstrasse 715, Wäbelstrasse 717, Wäbelstrasse 719, Wäbelstrasse 721, Wäbelstrasse 723, Wäbelstrasse 725, Wäbelstrasse 727, Wäbelstrasse 729, Wäbelstrasse 731, Wäbelstrasse 733, Wäbelstrasse 735, Wäbelstrasse 737, Wäbelstrasse 739, Wäbelstrasse 741, Wäbelstrasse 743, Wäbelstrasse 745, Wäbelstrasse 747, Wäbelstrasse 749, Wäbelstrasse 751, Wäbelstrasse 753, Wäbelstrasse 755, Wäbelstrasse 757, Wäbelstrasse 759, Wäbelstrasse 761, Wäbelstrasse 763, Wäbelstrasse 765, Wäbelstrasse 767, Wäbelstrasse 769, Wäbelstrasse 771, Wäbelstrasse 773, Wäbelstrasse 775, Wäbelstrasse 777, Wäbelstrasse 779, Wäbelstrasse 781, Wäbelstrasse 783, Wäbelstrasse 785, Wäbelstrasse 787, Wäbelstrasse 789, Wäbelstrasse 791, Wäbelstrasse 793, Wäbelstrasse 795, Wäbelstrasse 797, Wäbelstrasse 799, Wäbelstrasse 801, Wäbelstrasse 803, Wäbelstrasse 805, Wäbelstrasse 807, Wäbelstrasse 809, Wäbelstrasse 811, Wäbelstrasse 813, Wäbelstrasse 815, Wäbelstrasse 817, Wäbelstrasse 819, Wäbelstrasse 821, Wäbelstrasse 823, Wäbelstrasse 825, Wäbelstrasse 827, Wäbelstrasse 829, Wäbelstrasse 831, Wäbelstrasse 833, Wäbelstrasse 835, Wäbelstrasse 837, Wäbelstrasse 839, Wäbelstrasse 841, Wäbelstrasse 843, Wäbelstrasse 845, Wäbelstrasse 847, Wäbelstrasse 849, Wäbelstrasse 851, Wäbelstrasse 853, Wäbelstrasse 855, Wäbelstrasse 857, Wäbelstrasse 859, Wäbelstrasse 861, Wäbelstrasse 863, Wäbelstrasse 865, Wäbelstrasse 867, Wäbelstrasse 869, Wäbelstrasse 871, Wäbelstrasse 873, Wäbelstrasse 875, Wäbelstrasse 877, Wäbelstrasse 879, Wäbelstrasse 881, Wäbelstrasse 883, Wäbelstrasse 885, Wäbelstrasse 887, Wäbelstrasse 889, Wäbelstrasse 891, Wäbelstrasse 893, Wäbelstrasse 895, Wäbelstrasse 897, Wäbelstrasse 899, Wäbelstrasse 901, Wäbelstrasse 903, Wäbelstrasse 905, Wäbelstrasse 907, Wäbelstrasse 909, Wäbelstrasse 911, Wäbelstrasse 913, Wäbelstrasse 915, Wäbelstrasse 917, Wäbelstrasse 919, Wäbelstrasse 921, Wäbelstrasse 923, Wäbelstrasse 925, Wäbelstrasse 927, Wäbelstrasse 929, Wäbelstrasse 931, Wäbelstrasse 933, Wäbelstrasse 935, Wäbelstrasse 937, Wäbelstrasse 939, Wäbelstrasse 941, Wäbelstrasse 943, Wäbelstrasse 945, Wäbelstrasse 947, Wäbelstrasse 949, Wäbelstrasse 951, Wäbelstrasse 953, Wäbelstrasse 955, Wäbelstrasse 957, Wäbelstrasse 959, Wäbelstrasse 961, Wäbelstrasse 963, Wäbelstrasse 965, Wäbelstrasse 967, Wäbelstrasse 969, Wäbelstrasse 971, Wäbelstrasse 973, Wäbelstrasse 975, Wäbelstrasse 977, Wäbelstrasse 979, Wäbelstrasse 981, Wäbelstrasse 983, Wäbelstrasse 985, Wäbelstrasse 987, Wäbelstrasse 989, Wäbelstrasse 991, Wäbelstrasse 993, Wäbelstrasse 995, Wäbelstrasse 997, Wäbelstrasse 999, Wäbelstrasse 1001, Wäbelstrasse 1003, Wäbelstrasse 1005, Wäbelstrasse 1007, Wäbelstrasse 1009, Wäbelstrasse 1011, Wäbelstrasse 1013, Wäbelstrasse 1015, Wäbelstrasse 1017, Wäbelstrasse 1019, Wäbelstrasse 1021, Wäbelstrasse 1023, Wäbelstrasse 1025, Wäbelstrasse 1027, Wäbelstrasse 1029, Wäbelstrasse 1031, Wäbelstrasse 1033, Wäbelstrasse 1035, Wäbelstrasse 1037, Wäbelstrasse 1039, Wäbelstrasse 1041, Wäbelstrasse 1043, Wäbelstrasse 1045, Wäbelstrasse 1047, Wäbelstrasse 1049, Wäbelstrasse 1051, Wäbelstrasse 1053, Wäbelstrasse 1055, Wäbelstrasse 1057, Wäbelstrasse 1059, Wäbelstrasse 1061, Wäbelstrasse 1063, Wäbelstrasse 1065, Wäbelstrasse 1067, Wäbelstrasse 1069, Wäbelstrasse 1071, Wäbelstrasse 1073, Wäbelstrasse 1075, Wäbelstrasse 1077, Wäbelstrasse 1079, Wäbelstrasse 1081, Wäbelstrasse 1083, Wäbelstrasse 1085, Wäbelstrasse 1087, Wäbelstrasse 1089, Wäbelstrasse 1091, Wäbelstrasse 1093, Wäbelstrasse 1095, Wäbelstrasse 1097, Wäbelstrasse 1099, Wäbelstrasse 1101, Wäbelstrasse 1103, Wäbelstrasse 1105, Wäbelstrasse 1107, Wäbelstrasse 1109, Wäbelstrasse 1111, Wäbelstrasse 1113, Wäbelstrasse 1115, Wäbelstrasse 1117, Wäbelstrasse 1119, Wäbelstrasse 1121, Wäbelstrasse 1123, Wäbelstrasse 1125, Wäbelstrasse 1127, Wäbelstrasse 1129, Wäbelstrasse 1131, Wäbelstrasse 1133, Wäbelstrasse 1135, Wäbelstrasse 1137, Wäbelstrasse 1139, Wäbelstrasse 1141, Wäbelstrasse 1143, Wäbelstrasse 1145, Wäbelstrasse 1147, Wäbelstrasse 1149, Wäbelstrasse 1151, Wäbelstrasse 1153, Wäbelstrasse 1155, Wäbelstrasse 1157, Wäbelstrasse 1159, Wäbelstrasse 1161, Wäbelstrasse 1163, Wäbelstrasse 1165, Wäbelstrasse 1167, Wäbelstrasse 1169, Wäbelstrasse 1171, Wäbelstrasse 1173, Wäbelstrasse 1175, Wäbelstrasse 1177, Wäbelstrasse 1179, Wäbelstrasse 1181, Wäbelstrasse 1183, Wäbelstrasse 1185, Wäbelstrasse 1187, Wäbelstrasse 1189, Wäbelstrasse 1191, Wäbelstrasse 1193, Wäbelstrasse 1195, Wäbelstrasse 1197, Wäbelstrasse 1199, Wäbelstrasse 1201, Wäbelstrasse 1203, Wäbelstrasse 1205, Wäbelstrasse 1207, Wäbelstrasse 1209, Wäbelstrasse 1211, Wäbelstrasse 1213, Wäbelstrasse 1215, Wäbelstrasse 1217, Wäbelstrasse 1219, Wäbelstrasse 1221, Wäbelstrasse 1223, Wäbelstrasse 1225, Wäbelstrasse 1227, Wäbelstrasse 1229, Wäbelstrasse 1231, Wäbelstrasse 1233, Wäbelstrasse 1235, Wäbelstrasse 1237, Wäbelstrasse 1239, Wäbelstrasse 1241, Wäbelstrasse 1243, Wäbelstrasse 1245, Wäbelstrasse 1247, Wäbelstrasse 1249, Wäbelstrasse 1251, Wäbelstrasse 1253, Wäbelstrasse 1255, Wäbelstrasse 1257, Wäbelstrasse 1259, Wäbelstrasse 1261, Wäbelstrasse 1263, Wäbelstrasse 1265, Wäbelstrasse 1267, Wäbelstrasse 1269, Wäbelstrasse 1271, Wäbelstrasse 1273, Wäbelstrasse 1275, Wäbelstrasse 1277, Wäbelstrasse 1279, Wäbelstrasse 1281, Wäbelstrasse 1283, Wäbelstrasse 1285, Wäbelstrasse 1287, Wäbelstrasse 1289, Wäbelstrasse 1291, Wäbelstrasse 1293, Wäbelstrasse 1295, Wäbelstrasse 1297, Wäbelstrasse 1299, Wäbelstrasse 1301, Wäbelstrasse 1303, Wäbelstrasse 1305, Wäbelstrasse 1307, Wäbelstrasse 1309, Wäbelstrasse 1311, Wäbelstrasse 1313, Wäbelstrasse 1315, Wäbelstrasse 1317, Wäbelstrasse 1319, Wäbelstrasse 1321, Wäbelstrasse 1323, Wäbelstrasse 1325, Wäbelstrasse 1327, Wäbelstrasse 1329, Wäbelstrasse 1331, Wäbelstrasse 1333, Wäbelstrasse 1335, Wäbelstrasse 1337, Wäbelstrasse 1339, Wäbelstrasse 1341, Wäbelstrasse 1343, Wäbelstrasse 1345, Wäbelstrasse 1347, Wäbelstrasse 1349, Wäbelstrasse 1351, Wäbelstrasse 1353, Wäbelstrasse 1355, Wäbelstrasse 1357, Wäbelstrasse 1359, Wäbelstrasse 1361, Wäbelstrasse 1363, Wäbelstrasse 1365, Wäbelstrasse 1367, Wäbelstrasse 1369, Wäbelstrasse 1371, Wäbelstrasse 1373, Wäbelstrasse 1375, Wäbelstrasse 1377, Wäbelstrasse 1379, Wäbelstrasse 1381, Wäbelstrasse 1383, Wäbelstrasse 1385, Wäbelstrasse 1387, Wäbelstrasse 1389, Wäbelstrasse 1391, Wäbelstrasse 1393, Wäbelstrasse 1395, Wäbelstrasse 1397, Wäbelstrasse 1399, Wäbelstrasse 1401, Wäbelstrasse 1403, Wäbelstrasse 1405, Wäbelstrasse 1407, Wäbelstrasse 1409, Wäbelstrasse 1411, Wäbelstrasse 1413, Wäbelstrasse 1415, Wäbelstrasse 1417, Wäbelstrasse 1419, Wäbelstrasse 1421, Wäbelstrasse 1423, Wäbelstrasse 1425, Wäbelstrasse 1427, Wäbelstrasse 1429, Wäbelstrasse 1431, Wäbelstrasse 1433, Wäbelstrasse 1435, Wäbelstrasse 1437, Wäbelstrasse 1439, Wäbelstrasse 1441, Wäbelstrasse 1443, Wäbelstrasse 1445, Wäbelstrasse 1447, Wäbelstrasse 1449, Wäbelstrasse 1451, Wäbelstrasse 1453, Wäbelstrasse 1455, Wäbelstrasse 1457, Wäbelstrasse 1459, Wäbelstrasse 1461, Wäbelstrasse 1463, Wäbelstrasse 1465, Wäbelstrasse 1467, Wäbelstrasse 1469, Wäbelstrasse 1471, Wäbelstrasse 1473, Wäbelstrasse 1475, Wäbelstrasse 1477, Wäbelstrasse 1479, Wäbelstrasse 1481, Wäbelstrasse 1483, Wäbelstrasse 1485, Wäbelstrasse 1487, Wäbelstrasse 1489, Wäbelstrasse 1491, Wäbelstrasse 1493, Wäbelstrasse 1495, Wäbelstrasse 1497, Wäbelstrasse 1499, Wäbelstrasse 1501, Wäbelstrasse 1503, Wäbelstrasse 1505, Wäbelstrasse 1507, Wäbelstrasse 1509, Wäbelstrasse 1511, Wäbelstrasse 1513, Wäbelstrasse 1515, Wäbelstrasse 1517, Wäbelstrasse 1519, Wäbelstrasse 1521, Wäbelstrasse 1523, Wäbelstrasse 1525, Wäbelstrasse 1527, Wäbelstrasse 1529, Wäbelstrasse 1531, Wäbelstrasse 1533, Wäbelstrasse 1535, Wäbelstrasse 1537, Wäbelstrasse 1539, Wäbelstrasse 1541, Wäbelstrasse 1543, Wäbelstrasse 1545, Wäbelstrasse 1547, Wäbelstrasse 1549, Wäbelstrasse 1551, Wäbelstrasse 1553, Wäbelstrasse 1555, Wäbelstrasse 1557, Wäbelstrasse 1559, Wäbelstrasse 1561, Wäbelstrasse 1563, Wäbelstrasse 1565, Wäbelstrasse 1567, Wäbelstrasse 1569, Wäbelstrasse 1571, Wäbelstrasse 1573, Wäbelstrasse 1575, Wäbelstrasse 1577, Wäbelstrasse 1579, Wäbelstrasse 1581, Wäbelstrasse 1583, Wäbelstrasse 1585, Wäbelstrasse 1587, Wäbelstrasse 1589, Wäbelstrasse 1591, Wäbelstrasse 1593, Wäbelstrasse 1595, Wäbelstrasse 1597, Wäbelstrasse 1599, Wäbelstrasse 1601, Wäbelstrasse 1603, Wäbelstrasse 1605, Wäbelstrasse 1607, Wäbelstrasse 1609, Wäbelstrasse 1611, Wäbelstrasse 1613, Wäbelstrasse 1615, Wäbelstrasse 1617, Wäbelstrasse 1619, Wäbelstrasse 1621, Wäbelstrasse 1623, Wäbelstrasse 1625, Wäbelstrasse 1627, Wäbelstrasse 1629, Wäbelstrasse 1631, Wäbelstrasse 1633, Wäbelstrasse 1635, Wäbelstrasse 1637, Wäbelstrasse 1639, Wäbelstrasse 1641, Wäbelstrasse 1643, Wäbelstrasse 1645, Wäbelstrasse 1647, Wäbelstrasse 1649, Wäbelstrasse 1651, Wäbelstrasse 1653, Wäbelstrasse 1655, Wäbelstrasse 1657, Wäbelstrasse 1659, Wäbelstrasse 1661, Wäbelstrasse 1663, Wäbelstrasse 1665, Wäbelstrasse 1667, Wäbelstrasse 1669, Wäbelstrasse 1671, Wäbelstrasse 1673, Wäbelstrasse 1675, Wäbelstrasse 1677, Wäbelstrasse 1679, Wäbelstrasse 1681, Wäbelstrasse 1683, Wäbelstrasse 1685, Wäbelstrasse 1687, Wäbelstrasse 1689, Wäbelstrasse 1691, Wäbelstrasse 1693, Wäbelstrasse 1695, Wäbelstrasse 1697, Wäbelstrasse 1699, Wäbelstrasse 1701, Wäbelstrasse 1703, Wäbelstrasse 1705, Wäbelstrasse 1707, Wäbelstrasse 1709, Wäbelstrasse 1711, Wäbelstrasse 1713, Wäbelstrasse 1715, Wäbelstrasse 1717, Wäbelstrasse 1719, Wäbelstrasse 1721, Wäbelstrasse 1723, Wäbelstrasse 1725, Wäbelstrasse 1727, Wäbelstrasse 1729, Wäbelstrasse 1731, Wäbelstrasse 1733, Wäbelstrasse 1735, Wäbelstrasse 1737, Wäbelstrasse 1739, Wäbelstrasse 1741, Wäbelstrasse 1743, Wäbelstrasse 1745, Wäbelstrasse 1747, Wäbelstrasse 1749, Wäbelstrasse 1751, Wäbelstrasse 1753, Wäbelstrasse 1755, Wäbelstrasse 1757, Wäbelstrasse 1759, Wäbelstrasse 1761, Wäbelstrasse 1763, Wäbelstrasse 1765, Wäbelstrasse 1767, Wäbelstrasse 1769, Wäbelstrasse 1771, Wäbelstrasse 1773, Wäbelstrasse 1775, Wäbelstrasse 1777, Wäbelstrasse 1779, Wäbelstrasse 1781, Wäbelstrasse 1783, Wäbelstrasse 1785, Wäbelstrasse 1787, Wäbelstrasse 1789, Wäbelstrasse 1791, Wäbelstrasse 1793, Wäbelstrasse 1795, Wäbelstrasse 1797, Wäbelstrasse 1799, Wäbelstrasse 1801, Wäbelstrasse 1803, Wäbelstrasse 1805, Wäbelstrasse 1807, Wäbelstrasse 1809, Wäbelstrasse 1811, Wäbelstrasse 1813, Wäbelstrasse 1815, Wäbelstrasse 1817, Wäbelstrasse 1819, Wäbelstrasse 1821, Wäbelstrasse 1823, Wäbelstrasse 1825, Wäbelstrasse 1827, Wäbelstrasse 1829, Wäbelstrasse 1831, Wäbelstrasse 1833, Wäbelstrasse 1835, Wäbelstrasse 1837, Wäbelstrasse 1839, Wäbelstrasse 1841, Wäbelstrasse 1843, Wäbelstrasse 1845, Wäbelstrasse 1847, Wäbelstrasse 1849, Wäbelstrasse 1851, Wäbelstrasse 1853, Wäbelstrasse 1855, Wäbelstrasse 1857, Wäbelstrasse 1859, Wäbelstrasse 1861, Wäbelstrasse 1863, Wäbelstrasse 1865, Wäbelstrasse 1867, Wäbelstrasse 1869, Wäbelstrasse 1871, Wäbelstrasse 1873, Wäbelstrasse 1875, Wäbelstrasse 1877, Wäbelstrasse 1879, Wäbelstrasse 1881, Wäbelstrasse 1883, Wäbelstrasse 1885, Wäbelstrasse 1887, Wäbelstrasse 1889, Wäbelstrasse 1891, Wäbelstrasse 1893, Wäbelstrasse 1895, Wäbelstrasse 1897, Wäbelstrasse 1899, Wäbelstrasse 1901, Wäbelstrasse 1903, Wäbelstrasse 1905, Wäbelstrasse 1907, Wäbelstrasse 1909, Wäbelstrasse 1911, Wäbelstrasse 1913, Wäbelstrasse 1915, Wäbelstrasse 1917, Wäbelstrasse 1919, Wäbelstrasse 1921, Wäbelstrasse 1923, Wäbelstrasse 1925, Wäbelstrasse 1927, Wäbelstrasse 1929, Wäbelstrasse 1931, Wäbelstrasse 1933, Wäbelstrasse 1935, Wäbelstrasse 1937, Wäbelstrasse 1939, Wäbelstrasse 1941, Wäbelstrasse 1943, Wäbelstrasse 1945, Wäbelstrasse 1947, Wäbelstrasse 1949, Wäbelstrasse 1951, Wäbelstrasse 1953, Wäbelstrasse 1955, Wäbelstrasse 1957, Wäbelstrasse 1959, Wäbelstrasse 1961, Wäbelstrasse 1963, Wäbelstrasse 1965, Wäbelstrasse 1967, Wäbelstrasse 1969, Wäbelstrasse 1971, Wäbelstrasse 1973, Wäbelstrasse 1975, Wäbelstrasse 1977, Wäbelstrasse 1979, Wäbelstrasse 1981, Wäbelstrasse 1983, Wäbelstrasse 1985,

Lokales.

Freie Volksschule. Die letzte Vorstellung von „Kosmos-Kolum“ findet Sonntagmorgen 12 1/2 Uhr im Vesting-Theater für die 6. Abteilung statt. Gleichzeitig hat die 4. Abteilung im Carl-Heinrich-Theater ihre „Samlet“-Vorstellung. Festmahlen zum Heine-Abend am 17. März sind in allen Zahlstellen zu haben. Der Vorstand: J. A. G. Winkler.

Der Tagesbefehl. mit dem der Polizeipräsident v. Windheim der Kunst die dem Freiherren v. Mirbach genehme Richtung wies, wird selbstverständlich in der Presse lebhaft erörtert. Etwas hart nach die „Egl. Adf.“, ein Blatt von konservativer Schattierung, den Polizeipräsidenten an:

„Ob die Beamten der Patrouillen bei einer derartigen umfangreichen Tätigkeit auch noch für Spitzhunden, Mörder und Kriminalpolizeiliche Gegenstände aller Art die volle Aufmerksamkeit und Geistesstärke übrig behalten werden, erscheint uns doch sehr fraglich.“

Mit einer noch ganz bedeutend schärferen Mißachtung aber bewerten die konservativen „Verl. N. Nachr.“ den, was man auch sagen mag, aus der höchsten erreichbaren Höhe sittlichen Ernstes entspringenden Kunstheiterkeit, indem sie ihn in banalster Verhältnismäßigkeit schlanke als Hasnachtscherz auffassen. Reichte der Himmel, daß wir mit einer vorübergehenden Erscheinung von so bellagender Natur, wie der Kunstpatrouille des Berliner Polizeipräsidenten jemals apokryphen Spott treiben! Der Erlaß ist echt und trägt mit so erschütternder Deutlichkeit die Merkmale zeitgemäher Christentugend an der Stirn, daß man ihn getrost einer Kultur- und Sittengeschichte des Berlins der Höhe, Tausch- und Harnlosigkeit als Motto voranstellen könnte.

Während so selbst konservativen Blätter ihre schweren Bedenken laut werden lassen, fährt sich das liberale „Verl. Tagbl.“ auf den Windheim'schen Tagesbefehl, um an seiner Hand den — Kunstverächtern in des Berliner Polizeipräsidenten ein mißverständliches Loblied zu singen. Hier ist der liberale Hymnus:

In der Ausführung dieses „Tagesbefehls“ sind, wie wir mehrfach mitzuteilen Veranlassung hatten, schon manche Mißgriffe vorgekommen. Wie uns aber der Herr Polizeipräsident gelegentlich einer zwischen ihm und der Redaktion des „Berliner Tagesblattes“ in dieser Angelegenheit geführten Korrespondenz schreibt, würde es den gegebenen Institutionen widersprechen, wenn die Polizeibeamten die Entfernung von Nachbildungen der Werke Böllings, Corregios usw. sowie anderer von uns namhaft gemachter Werke aus den Auslagen verlangen wollten. Es ist demnach mit Wohl anzunehmen, daß der Polizeipräsident die mit der Ausführung seines Tagesbefehls Betrauten über das Maß ihrer Rechte gegenüber den Kunstausstellungen ganz besonders genau instruiert hat. Daß Herr v. Windheim selbst jede Chikane gegenüber künstlerischen und wissenschaftlichen Werken fernhält, weiß jeder, der den Polizeipräsidenten und sein Interesse für künstlerische Darbietungen kennt. Die Mißgriffe, die bisher zu konstataren waren, kommen durchweg auf das Konto der mit der Ausführung betrauten Organe, und wenn es auch noch wie vor mißlich bleibt, daß Kriminalkommissare und Schulente ihre Meinung über das, was in der Kunst „sittlich“ und was „unsittlich“ ist, abzugeben haben, so darf man doch wohl hoffen, daß angesichts der Haltung des Polizeipräsidenten, Mißgriffe in Zukunft vermieden werden.

Dieses Stück liberaler Zümmlichkeit, das losgelassen ist im Auftrag der z. B. gegen das Deutsche Theater begangenen Zensurthaten, wird die Polizei auf künstlerischem Gebiete ganz gewiß zu immer neuen, erschreckenden, ermüthigenden Thaten ermuntern.

Alle nicht-socialistischen Wähler sucht die Bürgerpartei im 41. Kommunal-Wahlbezirk für sich zu gewinnen. „Soll der Bezirk der Socialdemokratie entziffen werden“ — sagt der bürgerparteiliche Wahlaustruf in einem Schreiben, das er den Wählern ins Haus schickt — „so muß jeder nicht-socialistische Wähler seine Pflicht thun; dann, aber auch nur dann ist der Sieg unser.“ — „Dann, aber auch nur dann“, rednet also die Bürgerpartei auf den Sieg! Sie weiß eben, daß zu der „Kraftprobe“, die sie vor den Augen von ganz Berlin ablegen will, die eigene Kraft nicht ausreicht. Ihre Genossen in Moabit werden die Aufforderung des bürgerparteilichen Wahlaustrufes mit entsprechender Wendung auch als an sie gerichtet betrachten. „Soll der Bezirk der Socialdemokratie erhalten bleiben, so muß jeder socialistische Wähler seine Pflicht thun; dann, aber auch nur dann ist der Sieg unser.“ Pflicht jedes socialistischen Wählers ist es, nicht nur selber am 9. März an der Wahlurne zu erscheinen und seine Stimme für den Arbeiterlandkandidaten **Glocke** abzugeben, sondern bis zum Tage der Wahl auch die Sämtlichen anzuspornen und die Gleichgültigen zu belehren. Die Bürgerpartei betreibt eine wohlorganisirte Hausorgulation, und zwar mit allen Mitteln der Beeinflussung, die ihr gegenüber den Gewerbetreibenden und Beamten zu Gebote stehen. Die Socialdemokratie kann und will sich dabei nur des Mittels der Aufklärung bedienen. Das ist allerdings schwerer — mit so ehrenvoller ist aber ein Sieg, der mit diesem Mittel errungen wird.

Die hygienischen Vortragskurse, welche die Central-Kommission der Krankenlassen Berlins für die Arbeiterklasse veranstaltet, sind nunmehr bei dem wichtigsten Kapitel: „Hauptpflege und Kleidung“ angelangt. Auch die dieses Thema behandelnden Vorträge werden hauptsächlich bei der Arbeiterschaft das gebührende Interesse erregen und einen recht großen Hörskreis finden. Denn auch auf dem Gebiet der Hauptpflege und Kleidung herrschen ja vielfach noch allerlei Vorurteile der verschiedensten Art und bedingen ein Verhalten, das oft in ausgesprochenen Gegensatz zu den Gesetzen der Hygiene steht. Es sei nur z. B. an die namhaften Mordthaten erinnert, denen ja wohl das Proletariat weit weniger zuneigt, als die anderen Bevölkerungsklassen, von denen es sich aber auch nicht ganz freizubehalten vermag, zum Teil sicherlich deshalb, weil klare Vorstellungen darüber fehlen, wie nach den Gesetzen der Gesundheitspflege die Kleidung zu gestalten ist. Deshalb hoffen wir, daß bei diesen Vorträgen gerade auch der weibliche Teil der Bevölkerung zahlreich vertreten sein wird.

Es sprechen über das Thema: „Hauptpflege und Kleidung“ am Donnerstag, den 1. März, Dr. G. Wegl in der 80. Gemeindefschule, Wangelfstr. 128, Dr. P. Richter in der 94. Gemeindefschule, Reibelstr. 81/82, Dr. A. Voed in der 118/127. Gemeindefschule, Pankstr. 8, und Dr. O. Bloch in der 107. Gemeindefschule, Genthinerstr. 4. Es folgen dann am 8. März die Herren Dr. W. Bischoffswerder in der 110/174. Gemeindefschule, Schönhauser Allee Nr. 180a, Dr. S. Verstein in der 189. Gemeindefschule, Stephanstr. 27, und Dr. A. Voed in der 40. Gemeindefschule, Gneiffenaustr. 7.

Auch diese Vorträge stellen für sich ein Ganzes dar und können daher auch von solchen besucht werden, welche die vorausgehenden Vorträge nicht oder nur zum Teil gehört haben. Der Eintritt ist unentgeltlich. Eine Legitimation ist nicht erforderlich.

Schülerkarten. Der Leitung der Stadt- und Ringbahn kann man im großen und ganzen nicht den Vorwurf machen, daß sie zu bürokratisch verfährt. Namentlich unterscheidet sich ihr Verhältnis zu den Abonnenten recht vorteilhaft von der offenen Feindseligkeit, mit der die „Große Berliner“ alle behandelt, die das Unglück haben, Arbeiter-Wochenkarten oder Monatskarten benutzen zu müssen.

Um so unverständlicher sind die Schereien, die einer Kategorie von Passagieren bereitet werden, welche recht wohl entgegenkommend behandelt zu werden verdienen. Wir denken an die Umständlichkeiten, die des Namens harren, der gezwungen ist, sich für seine Kinder Schülerkarten ausstellen zu lassen. Wer eine einfache Monatskarte für die Stadt- und Ringbahn haben will, geht an den Schalter, erlegt den Betrag und schreibt dann seinen Namen auf die empfangene Karte. Damit sind alle Formalitäten erledigt.

Andero, wenn ein Schüler oder eine Schülerin die Stadtbahn benutzen muß. Dann sind Formalitäten von kaum glaublicher Weitläufigkeit nötig. Zunächst muß man sich am Vorkaufschalter der Station, in deren Nähe man wohnt, ein Antragformular auf Ausstellung einer Schülerkarte geben lassen. Dies Formular ist vom Haushaltungs-Vorstand derart auszufüllen, daß er den Namen des Schülers, Zeidauer und Wagenklasse, sowie Anfangs- und Endstation der Benutzung angiebt. Dann muß er das Formular beiseite nicht dem Schalterbeamten, sondern dem Schulvorsetzer übermitteln, der zu bestätigen hat, daß der Schüler die Schule besucht und der fernere die Tage, an denen Schule abgehalten wird, sowie die Ferien angiebt, die in die Gültigkeitsdauer der zu lösenden Karte fallen. Nach zwei, drei Tagen bringt der Junge das Stück Papier, das nunmehr mit dem Stempel der Schule geziert ist, wieder nach Hause, und jetzt erst darf der Vater das Formular dem Schalterbeamten zurufen.

Eine neue Enttäuschung harrt hier des Antragstellers, denn die Unterschriften von Vater und Schuldirektor, sowie der Amtsstempel der Schule müssen immer noch nicht die erwartete Bahnkarte locken. Vielmehr sendet der Schalterbeamte das Antragformular nun erst an die Verkehrsdirection ab. Diese behält das Formular zu geheimnisvollen Zwecken einige Zeit bei sich, und erst im Verlauf von acht bis vierzehn Tagen darf der „Antragsteller“ sich die Karte endlich gegen gutes Geld am Schalter abholen.

Hat diese Umständlichkeit im Reich der Verkehrs schon ihre schwereren Bedenken, so ist die auf Verzögerung der Zahlungsfähigkeit hinwirkende Preisberechnung der Schülerarten gleichfalls zu tabeln. Eine Karte dritter Klasse, die bis zur Entfernung von fünf Stationen gilt, jedoch an Sonntagen und zur Ferienzeit nicht benutzt werden darf, kostet für einen Monat 2,20 M. Wer in der Lage ist, eine Karte für 6 Monate lösen zu können, hat nur 8,00 M. zu zahlen, für ein ganzes Jahr zahlt man sogar nur 16 M. Das ist eine offenbar unbillige Ungleichheit, die einem Verkehrsinstinkt wie der Stadt- und Ringbahn keineswegs gut anliegt.

Die Klage-Aufnahme beim Berliner Gewerbegericht beginnt werktäglich des Morgens um 8 Uhr und nicht erst, wie vielfach angenommen wird, um 10 Uhr. Zur Zeit kommen die meisten Leute, die die Klagen zu Protokoll erklären wollen, nach 10 Uhr. Die vorhandenen Beamten sind dann bei großer Andringung nicht in der Lage, alle Wünsche des Publikums schnell zu erledigen. So daß mancher länger warten muß, als ihm lieb ist. Es wird deshalb gewünscht, daß möglichst auch die Stunden zwischen 8 und 10 Uhr zur Klage-Aufnahme benutzt werden. — Das Gewerbegericht befindet sich Zimmerstr. 90/91 im zweiten und dritten Stock. Die Klagen werden im zweiten Stock aufgenommen.

Die moderne Socialgesetzgebung dient wesentlich nicht allein zur Entlastung der öffentlichen, sondern auch der privaten Armenpflege. Diese so oft im Widerspruch zu bürgerlichen Blättern von uns vertretene Anschauung wird durch folgende Zeitungsmeldung aufs neue bekräftigt: In der kürzlich stattgefundenen Generalversammlung des Vereins gegen Verarmung wird zur Verhütung eines darüber in Zeitungen erschienenen Verichts von zuständiger Seite folgendes mitgeteilt: Es wurde in dem Bericht gesagt, daß die Notwendigkeit der Hilfeleistung des Vereins sich in den letzten Jahren trotz der socialen Gesetzgebung erhöht habe. Umgekehrt ist von der Vereinsleitung betont worden, daß durch den Einfluß der socialen Gesetzgebung die organisirte Privatwohlfahrtigkeit wesentlich entlastet worden sei. Freilich sind ihr auf der andern Seite neue Aufgaben erwachsen, die zum Teil ihren Schwerpunkt in der Ergänzung der socialen Gesetzgebung suchen müssen. So wurde denn in der Generalversammlung von dem Plan berichtet, eine besondere Einrichtung zwecks Fürsorge für Kranke und Greisende zu schaffen und damit eine der wesentlichsten Aufgaben des Vereins zu erfüllen, Schutz gegen Verarmung zu gewährleisten.

Nach einem vom Stadtrath Münsterberg aufgestellten Plan will der Verein helfend auf dem Gebiete socialer Fürsorge eingreifen, soweit nicht die Organe der socialpolitischen Gesetzgebung — Krankenkassen, Berufsgenossenschaften, Versicherungsanstalt — hierzu berufen sind.

Die Stadt Berlin als Universalerbin. Der verstorbenen Privatgelehrte Dr. Heber Jäger hat dem „V. Z.“ zufolge in seinem Testament, welches am 24. d. M. eröffnet wurde, die Stadt Berlin zur Universalerbin ernannt. Der Stadtrat Friedel, der Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Feistig von der hiesigen Universität und der Justizrat Andis sind zu Testamentsvollstreckern ernannt worden. Ueber die Bedingungen und Bestimmungen, welche der Stadt auferlegt sind, wird diese zunächst vor der Annahme des sehr beträchtlichen Nachlasses sich zu äußern haben.

Die Berliner Paketfabrik-Arbeitergesellschaft bringt zur öffentlichen Kenntnis, daß sie am 1. März d. J. in Recht tretendes neues Tarifbuch herausgegeben hat. Die wesentlichen Unterschiede des neu herausgegebenen Tarifbuchs gegen die früheren bestehen in folgendem: 1. Wegfall der erhöhten Sortengebühren, welche jetzt den Stadtsendungen gleichgestellt sind. 2. Herabsetzung der Gebühren für Sendungen höherer Gewichte. 3. Erhöhung der Gebühr für Pakete bis 1 Kilogramm von 10 auf 15 Pf. 4. Einführung von Postgebühren bei Paketen bis 10 Kilogramm 5 Pf., über 10—50 Kilogramm 10 Pf., über 50 Kilogramm 20 Pf.

Neue Postwertzeichen. Die zur Fraktionierung für offene Ortsendungen Postkarten und Druckbogen bis 50 Gramm) vom 1. April ab dienenden Freimarken zu 2 Pf. sowie Postkarten zu 2 Pf. und 2+2 Pf. (Kartenvorkarten) sind jetzt fertiggestellt und werden in der nächsten Zeit den Postanstalten zugehen. Zunächst gelangen Marken mit dem bisher für die untersten Werte verwendeten älteren Markenbilde (Wertbeitrag in ovalen Rahmen mit der Kaiserkrone) zur Ausgabe, jedoch nicht vor dem 9. März. Später findet das für die neuere Postwertzeichenreihe angenommene Germania-Bild Verwendung.

Schwindel mit Pfandscheinen. Ein neuer Schwindel ist seit einigen Wochen durch Fälligung von Pfandscheinen des königlichen Leihamtes ausgeübt worden. Die Schwindler manipulierten in folgender Weise: Sie kauften in Verbrechenkolonnen und Herbergen königliche Pfandscheine, oder sie erwarben minderwertige Uhren und Goldschmuck und verpackten dieselben beim königlichen Leihamte, wobei sie sich entweder gefälschter oder rechtswidrig erworbener Legitimationen bedienten. Sodann entzerrten die Fälliger mit einer ängstlichen Mißbilligung den Namen des Verpfänders, sowie die Pfandsumme und die Lage darstellenden Zahlen und die Bezeichnung des Wertgegenstandes. An die freien Stellen setzten sie sodann einen anderen Namen, einen anderen Wertgegenstand, z. B. statt einer einfachen silbernen Zylinderuhr, welche mit 4 M. beschieden war, eine doppeltso große goldene Anker-Kronenuhr, deren Verleihungssumme sie mit 170 M., und deren Lage sie mit 250 M. angaben. Diese so gefälschten Pfandscheine verkauften sie an Tröbber, Pfandleiher und Handelsleute für zum Teil recht erhebliche Summen. Die Fälligungen sind in einzelnen Fällen sehr gefällig gemacht, in anderen Fällen dagegen so plump ausgeführt, daß es schwer verständlich ist, wie die geschädigten Personen, die doch mit Pfand-

scheinen genau Bescheid wissen, auf einen solchen Schwindel hereinfallen konnten. Allerdings hatten die Fälliger in keinem einzigen Falle die Namen der beiden Beamten des königlichen Leihamtes gefälscht, welche die Scheine unterschreiben müssen. Einer der Betrüger war bereits am 18. d. Mts. festgenommen worden. Ob er Emil Paul Voigt heißt, wie er angegeben hat, oder ob man es mit einer andern Person zu thun hat, bleibt noch festzustellen. Daß der angebliche Voigt in Moabit kein Realist mehr ist, hat er dadurch bewiesen, daß er durch einen zur Entlassung kommenden Untersuchungsgefangenen aus der Haft einen „Kassiber“ an seinen Komplizen hat gelangen lassen, in welchem er bittet, letzterer möge einen Brief an die Staatsanwaltschaft schreiben, in welchem er ihn, den Voigt, als völlig unschuldig hinstellen solle. Dieser Kassiber wurde zum Verräter an dem Komplizen des angeblichen Voigt und gestern nachmittag hat die Kriminalpolizei diesen Komplizen und mit ihm aufweisend den Hauptthäter in der Person eines stellunglosen Handlungsgehilfen Max Wegner in einer „Kaschonne“ in der Alten Schönhauserstraße festgenommen. Wegner, welcher vor etwa einem halben Jahre einem ihm drohenden Verfahren wegen Kuppelerei sich durch die Flucht nach England entzogen hatte, war erst vor wenigen Wochen hierher zurückgekehrt. Er hat ein offenes Gefändnis abgelegt. Geschädigte Personen werden ersucht, sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 43, in den Vormittagsstunden der Wochentage einzufinden.

Wenn der Arbeiter alt wird. Der Vergolder B. war bei der bekannten Firma Köhlich in der Weichstraße siebenunddreißig Jahre lang beschäftigt. In diesen Tagen erhielt der alte Arbeiter von seinem Prinzipal allerhand Vorwürfe wegen angeblich ungenügender Arbeit, auch that der Chef eine Keuschung, die der rechtshaffene Mann, der seine besten Kräfte für das Gedeihen des Geschäftes geopfert hatte, nicht anders denn als Drohung mit Entlassung auffassen konnte. In tiefer Niedergelassenheit ging B. Sonnabendabend aus dem Geschäft fort; Dienstag früh erhielten seine Kinder von ihm eine briefliche Mitteilung aus Stralau, in der er seinen Entschluß, sich den Tod zu geben, ankündigte; er könne die Entlassung, die er zu besichtigen habe, nicht überleben. Die Leiche des Unglücklichen hat man noch nicht gefunden.

Zwei Baumfälle werden vom gestrigen Nachmittag gemeldet. Auf dem Brühlgrundstück Wehnenstraße 46 fiel der 30 Jahre alte Bauarbeiter Fritz Hammer aus der Rittersstraße in der Höhe des ersten Stockwerks von der Leiter und sog sich eine schwere Verletzung des Rückgrats zu. Ein Koppischer Rettungswagen brachte ihn von der Unfallstation in der Kronenstraße nach dem Hedwig-Krankenhaus. — Auf einem Neubau in der Spandauerstraße 33 brach in einer Höhe von 3 Meter der 37 Jahre alte Arbeiter Franz Wabbes aus der Vorpoststraße 3a durch ein Kausbrett und stürzte in die Tiefe. Er brach sich beide Beine und wurde nach der Charité gebracht.

Im Verfolgungswahn machte am Mittwochnachmittag der Klempner Emil Knoblich aus den Schönholzerstr. 1, ein Mann in den dreißiger Jahren, einen Selbstmordversuch. Nachdem er bereits eine Zeitlang nicht gearbeitet hatte, weil er doch nicht lange mehr leben werde, kamt er sich gestern nachmittag an beiden Händen die Pulsadern durch. Ein Arzt legte ihm einen Verband an und ließ ihn mit einem kühnen Rettungswagen nach dem Loganz-Krankenhaus bringen.

Polizeilich abgenommen werden sind für Mittwoch wieder zwei elektrische Omnibusse, die Wagen Nr. 652 und 653. Heute wird der elektrische Betrieb auf der Linie Anhalter Bahnhof-Sietliner Bahnhof mit drei Wagen eröffnet. Auch der vierte Wagen wird bald in Dienst gestellt werden, wenn der Schaden, den er bei der Probefahrt erlitt, wieder ausgebessert ist.

Feuerbericht. Mittwochnachmittag erfolgte ein Alarm nach dem Sietliner Bahnhof, wo Feuer auf dem Dach gebrannt hatte. Früh 5 Uhr kam am Nordhafen 6 ein Dachstuhlbrand aus, der Bodenverwüsthung und einen Teil der Dachkonstruktion zerstörte. Dienstagabend 7 Uhr war Kranstraße 13 ein kleiner Zimmerbrand abzulösen. Gegen 10 Uhr brannte Neue Friedrichstraße 5—8 in der alten Kaserne das Zwischengebäl. Gegen Mitternacht wurde Bahustraße großer Lufzug an öffentlichen Felder verliert, doch konnte der Thäter nicht ermittelt werden. Zur selben Zeit mußte Lothringersstraße 24 ein kleiner Zimmerbrand beseitigt werden. Außerdem hatte die Behre Friedenstr. 47 noch einen unbedeutenden Brand abzulösen, der durch übergelassene Fett entstanden war.

Aus den Nachbarorten.

Partei-Angelegenheiten in den Vororten. Adlershof. Am Sonntagnachmittag 4 Uhr findet im Lokal von Schmauser eine Volksversammlung statt, in welcher Dr. Bruno Wille über „Giordano Bruno“ sprechen wird. Weiter folgt Bericht der Ringer-Kommission über ihre Tätigkeit und zweckentsprechende Vorschläge. Zur Agitation für diese Versammlung findet am selben Tage vormittag 8 Uhr eine Flugblattverbreitung vom Lokal Schmauser aus statt. — Wilmersdorf. Zu der am 3. März von 10—2 und 8—6 Uhr stattfindenden Gemeindevwahl findet am Freitagabend eine Flugblattverbreitung statt. Die Genossen werden ersucht, sich zahlreich daran zu beteiligen. Treffpunkt: Witten's Volksgarten, Berlinstr. 40. Mohr, Pariser- und Palanenstrassen-Ecke. Ambloff, Friedenauer Viertel, Ursulastraße, Galensee, Wrasse, Ringbahnstraße. — Schöneberg. Am Donnerstagabend 8 Uhr findet im Klubhause, Hauptstr. 1/3, eine öffentliche Versammlung, speziell für die Frauen berechnet, statt. Frau Adele Gerhard hält einen Vortrag über: Wesen und Bedeutung der Konsumgenossenschaft. — Frauen- und Mädchen-Bildungsverein zu Rixdorf. Heute abend 8 1/2 Uhr Versammlung bei Thomas, Hermannstr. 48—50. Vortrag des Herrn Dr. J. Adel über: Pest und Influenza. Ausgabe der Witsch zum Einfimgesetz.

Sehr besorgt um das Wohlergehen der Bürger scheint die Polizeiverwaltung in Strassburg i. L. zu sein. Wir meldeben vor 14 Tagen die Entlassung einer gut beobachteten öffentlichen Versammlung und stellen mit, daß der überwachende Polizeibeamte nicht dazu zu bewegen war, die Gründe der Auflösung zu nennen. Auf die von dem Entbender der Versammlung beim Bürgermeister erhobene Beschwerde ist demselben nunmehr der Bescheid zugegangen, daß die Auflösung der Versammlung wegen Uebertretung des Lokals und der damit verbundenen Gefahr des Lebens und Gesundheit der Versammelten erfolgt sei.

Uns soll verlangen, ob auch die höheren Instanzen solche Auflösungsgründe mit ihrem Namen decken werden.

In der Allgemeinen Ortskrankenkasse die Leitung der Kasse macht sich eine lebhafte Bewegung gegen die Leitung der Kasse geltend. In einer dieser Tage abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung wurde gegen den Vorstand zunächst der Vorwurf erhoben, daß er die Einberufung einer ordnungsmäßig beantragten Generalversammlung verweigert habe. Ferner wurde gerügt, daß ein nicht der Generalversammlung angehörendes Mitglied in den Vorstand gewählt sei und daß der frühere Vorsitzende der Kasse, Stadtverordneter Richard Arnold, in 3 1/2 Jahren der Ausübung seines Amtes die Summe von etwa 1500 M. für besondere Bemühungen liquidirt und empfangen habe. Das Kassamitglied Wilhelm Sabor, das diese Beschwerden erhob, beantragte u. a. die Wahl einer Kommission von fünf Mitgliedern, deren Aufgabe es sein soll, für Rüderrückung der der Beschwerde zufolge unrechtmäßig erhobenen Gelder zu sorgen. Nachdem die gegen den

Vorstand gerichteten Entwürfe begründet worden waren, legten der Kassenvorsitzende Lehmann und der Kassierende Treuer ihre Konten nieder. Die Generalversammlung nahm sämtliche gegen den alten Vorstand gerichteten Entwürfe fast einstimmig an.

Ein Disziplinungsverfahren gegen drei Beamte des Charlottenburger Magistrats ist seiner Zeit, wie berichtet, eingeleitet worden. Sie wurden beschuldigt, Material, von dem sie in amtlicher Eigenschaft Kenntnis genommen hatten, dem ehemaligen Reichsgoldwäher Joachim Schellen mitgeteilt zu haben, was dieser dann in dem von ihm herausgegebenen Blättchen gegen die Charlottenburger Gemeindeverwaltung auszubringen suchte. Einer der Beamten wurde seiner Zeit in eine Geldstrafe von 10 Mark verurteilt. Gegen den zweiten dieser Beamten ist jetzt auch das Urteil seitens der Regierung in Potsdam ergangen. Es lautet auf 60 M. Geldstrafe und Erlegung sämtlicher Kosten. Besonders der letzte Teil des Urteils ist für den Beamten, den Bureau-Assistenten Brömte, empfindlich. Seit einem halben Jahre ist er bereits auf halbes Gehalt gesetzt, für dieselbe Zeit hat er nunmehr auch die Stellvertretungsfunktionen zu tragen. Dazu treten endlich die Kosten des Verfahrens. Die Entbue, die der Beamte an seinem Einkommen erleidet, wird auf insgesamt 1000 M. geschätzt, während sein ganzes Jahreseinkommen etwa 1700 M. beträgt. Brömte soll es insbesondere gereuen sein, der das Material für die „Affaire Anshov“ an Schellen geliefert habe.

In Spandau haben, wie die „Spand. Kor.“ meldet, der Kommandeur des Garde-Jägerbataillons, Oberst v. Carlberg, und der Direktor der fgl. Gewerfabrik, Major Lothmann, ihren Abschied nachgesucht. Die Meldung lautet: Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Spandauer Gewerfabrik haben geraume Zeit hindurch den Arbeitern Anlaß zur Unzufriedenheit gegeben und eine Anzahl von ihnen zu Beschwerden bei der Feldzeugmeisterei bewogen. Auch im Reichstags sind diese Verhältnisse in der Sitzung vom 24. Februar zur Sprache gebracht worden. Major Lothmann hat bereits einen Urlaub angetreten. Auf die Beschwerden der Arbeiter erfolgte durch eine Kommission des Kriegsministeriums eine Untersuchung der Verhältnisse durch direkte Umfrage an Ort und Stelle bei den Arbeitern. Seitdem ist eine Besserung der Lohnverhältnisse eingetreten.

Hat denn der Direktor diese Besserung nicht getragen können?

Bei der Ausbaggerung des Schäferssees wurden unter anderem ein versteinertes Hirschknochen, ein schmaler Säbel mit Goldgriff, ein Boot, das aus dem Anfang des vorigen Jahrhunderts stammen dürfte, einige Konventionen, Münze und verschiedene Münzen gefunden, die sämtlich an das Märkische Museum überwiesen worden sind. Die Vaggearbeiten dürften noch etwa sechs Wochen in Anspruch nehmen. Die Schlammmassen, die aus dem See herausgeholt werden, werden durch eiserne Röhren etwa zwei Kilometer weit nach dem an der Müllerstraße belegenen städtischen Gelände geleitet, wo sie zur Düngung des Bodens für den zulässigen Nordpark Verwendung finden.

Einen Selbstmordversuch beging in der vergangenen Nacht der 40 Jahre alte ledige Arbeiter Wilhelm Lehmann aus der Prinz Albrechtstraße 40 zu Nimmelsburg. Lehmann wurde vor einigen Tagen aus der Arbeit entlassen. Obnein schon nervös, geriet er dadurch in eine große Aufregung. In der vergangenen Nacht gegen 12 Uhr griff er zum Rasiermesser und schnitt sich den Hals durch. Bewußtlos und dem Tode nahe wurde er mit einem kühnen Rettungswagen in das Krankenhaus am Friedrichshain gebracht.

Vom Wachtposten erschossen! Aus Brandenburg a. O. wird gemeldet: Erschossen wurde in der Nacht vom Samstag zum Sonntag, morgens gegen 3/4 Uhr, der 50 Jahre alte Hutmacher Eduard Blasius aus Märkisch-Friedland durch den Posten des Militär-Schießstandes am Görden. Bl. hatte sich schon am Samstag in der Gegend des Schießstands umhergetrieben, war daher mit den örtlichen Verhältnissen wohl vertraut. Auf dreimaligem Anruf der Wache gab der Mann keine Antwort, kam vielmehr auf den Posten zu und dieser mochte daher vermuten, daß er ein Karabinieren mit dem Hülfster herbeizuführen suchte. Bl. ist erst nach Verabreichung einer zweijährigen Korrektionsstrafe am 15. Februar d. J. aus einer Anstalt in Neudenburg entlassen worden.

Gerichts-Beilage.

Eine Anklage wegen Kindesmordes, die schon einmal das Schwurgericht des Landgerichts II. beschäftigt hat, gelangte gestern zum Abschluß. Das in Rede stehende Verbrechen ereignete bei der Entdeckung dadurch besondere Aufsehen, weil den Umständen nach angenommen werden mußte, daß eine herabgefallene Mutter ihr Kind lebendig begraben habe. Am Abend des 6. September 1898 fiel es dem auf dem Thomas-Archhofe in Niddorf beschäftigten Arbeiter Hoffmann auf, daß ein älteres, nur mit Rosen bedecktes Grab augenscheinlich an der Oberfläche gelodert war und eine kleine Erhöhung zeigte. Er fuhr mit der Hand unter die Erde und stieß auf den Körper einer kleinen Leiche. Schnell schaffte er die den Körper nur leicht bedeckende Erdschicht beiseite und legte dadurch eine kleine, nur notdürftig bedeckte Kindesleiche bloß. Im Munde der Leiche befand sich ein Wattebäuschchen. Da die Leichenhalle noch nicht völlig eingetretten war, so konnte der Tod und die Erstarrung erst vor kurzem erfolgt sein. Der herbeigerufene Arzt stellte fest, daß der Tod durch Erstickung erfolgt sei. Es währte längere Zeit, bevor es gelang, die Täterin in der Person der unberechtigten Helene Rudolph zu ermitteln. Sie legte bald ein Geständnis ab, welches sie im wesentlichen vor Gericht wiederholte. Die Angeklagte ist die Tochter erbarbarer Leute aus der Provinz. Bald nach ihrer Einsegnung begann sie ein lockeres Leben zu führen, wodurch sie ihren Eltern großen Kummer verursachte. Schon im Jahre 1896 genas sie eines Kindes, das bald nach der Geburt starb. Die Eltern verzichteten ihr. Nach etwa zwei Jahren stellten sich wiederum die Folgen eines Verhältnisses ein, das die Angeklagte mit einem Postassistenten unterhalten hatte. Um den Vorwürfen der Eltern zu entgehen, verließ die Angeklagte heimlich das elterliche Haus und ging nach Berlin. Hier ernährte sie sich lange als Aufwärterin, bis sie genötigt war, eine Unterfindungsanstalt aufzusuchen. Am 30. August wurde sie mit ihrem Kinde wieder entlassen. Sie geriet in Not, da der Vater des Kindes jede Unterstützung ablehnte. Dies mag in ihr wohl den Entschluß gereift haben, sich des Kindes auf verwerfliche Art zu entledigen. Ihren Angaben nach hat sie an dem betreffenden Abend das Kind in einer Kiste, die unter ihrem Tuche verborgen war, nach dem Kirchhofe gebracht, zunächst in der Absicht, es dort aufzujagen. Sie habe die Kiste mit dem Kinde unter einen Weidenstrauch gestellt, dann mit den Händen einen Wattepfropfen zusammengedrückt und denselben dem Kinde in den Mund gesteckt, damit sein Weinen nicht zu hören sei. Dann habe sie sich entfernt. Als sie nach einiger Zeit zurückgekehrt sei, habe sie bemerkt, daß das Kind nur noch ganz schwache Lebenszeichen von sich gegeben habe. Nun habe es ihr leid getan, daß das Kind in ungeweihter Erde zu ruhen solle, sie habe es deshalb aus der Kiste genommen und mit Hilfe eines Stückes Holz, das in der Nähe gelegen, in der bezeichneten Weise eingescharrt. In der Hauptverhandlung widerrief die Angeklagte ihr Geständnis insoweit, als sie bestritt, die Absicht gehabt zu haben, ihr Kind zu töten. Sie habe ihm das Wattebäuschchen nur ganz lose in den Mund gesteckt, um den Aufschreul zu erziehen. Die Waite müsse durch die Songbewegungen des Kindes nach hinten in den Kehlkopf gerückt sein und dadurch den Erstickungstod herbeigeführt haben. Diese Annahme wurde durch die medizinischen Sachverständigen als unmöglich hingestellt. Nach der Beschaffenheit des Pfropfens könne er nur durch Druck von außen so

tief in den Kehlkopf gerückt sein. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Gumpert, beantragte darauf im vorigen Termine die Ladung eines zweiten Sachverständigen, worauf der Gerichtshof beschloß, die Verhandlung zu vertagen und inzwischen ein Ober-Gutachten des Medizinalkollegiums der Provinz Brandenburg einzuholen. Dies Gutachten deckt sich vollständig mit dem der früheren Sachverständigen. Der Staatsanwalt sahte deshalb aus, daß ein beschuldigter und wohl überlegter Mord vorliege und bei die Geschworenen, in diesem Sinne ihren Wahrspruch abzugeben. Der Verteidiger führte dagegen aus, daß die Angeklagte sich in einem Zustand der Verzweiflung befunden habe, der ihr jede Ueberlegung raubte. Er halte dafür, daß die Angeklagte nur wegen jahrlänglicher Körperverletzung zu verurteilen sei.

Der Spruch der Geschworenen lautete auf schuldig der vorsätzlichen Tötung unter Ausschluss des Umstands der Ueberlegung. Die Frage in Betreff mildernder Umstände wurde von den Geschworenen verneint.

Der Staatsanwalt beantragte eine Zuchthausstrafe von 15 Jahren.

Das Urteil lautete dem Antrag gemäß auf 15 Jahre Zuchthaus und 10jährigen Ehrverlust.

Die Anwendung der Abschreckungstheorie gegen den verwerflichen und nichtwirdigen Mißbrauch des Mißbrauchs der Feuerwehler empfahl gestern der Staatsanwalt gegen den Cigarrenarbeiter Levy, der wegen eines solchen Mißbrauchs vor dem achten Strafkammer des Landgerichts I stand. In der letzten Zeit sind in dem Stadtteil Alt-Verlin wiederholt fahrlässige Alarmierungen der Feuerwehler mit Hilfe der Feuerwehler vorgekommen. Anfang Februar fand wieder eine solche Alarmierung statt. Als die Mannschaften aus der nächsten Wache ausrückten, fanden sie den etwas angetrunkenen Angeklagten vor, der die Glasscheibe des Feuerwehlers eingeschlagen und den Apparat in Bewegung gesetzt hatte und seine helle Freude über das Hervanfahren der Feuerwehler hatte. Der Mann war den Mannschaften nicht unbekannt, denn sein eigener Vater dient schon seit langen Jahren in derselben Compagnie der Feuerwehler. Dem leitenden Brandmeister kam die Sache verdächtig vor und nachdem der Angeklagte eine bestimmte Strafe und ein bestimmtes Haus als angeblühete Brandstätte genannt hatte, wurde er genötigt, auf den Wagen zu steigen und mitzufahren. Von einem Brande war nichts zu entdecken. Der Angeklagte hatte sich offenbar nur einen Scherz machen wollen, denn nach der Verurteilung von Augenzeugen ist er unter dem Aufse: „Jetzt werde ich mal die Feuerwehler vorkahren lassen“, plötzlich an den Feuerwehler gerannt und hat den Apparat in Bewegung gesetzt. Er soll auch gesagt haben: „Die Sache löste ja höchstens 6 Wochen Haft kosten.“ Darin hatte er sich nun allerdings gründlich geirrt, denn es wurde nicht nur Luft, sondern in Ideal-Konkurrenz auch Sachbeschädigung angenommen. Der Gerichtshof erzwog, daß es empörend sei, die braven Feuerwehler, die Tag und Nacht bereit sein müssen, ihr eigenes Leben für fremde Sicherheit in die Schanze zu schlagen, in dieser Weise zu belästigen und verurteilte den Angeklagten zu sechs Monaten Gefängnis.

Versammlungen.

Eine öffentliche Protestversammlung, einberufen von den Anhängern der Metallarbeiter-Gewerkschaft, die von ca. 200 Personen besucht war, tagte am Dienstag im Köstner Hof. Die Tagesordnung lautete: „Die Abrechnung vom öffentlichen Fonds und die Handlungsweise des Deutschen Metallarbeiter-Verbands.“ Der Referent Moritz kritisierte, daß der Verbandsvorstand O. Wäther, dessen Amt bereits vor einem Jahre abgelaufen sei, erst jetzt über den öffentlichen Fonds die Abrechnung gegeben hat. Dies sei nur zu dem Zweck geschehen, um noch mehr Mittel zu dem Fonds zusammenzubringen, der dann durch allerlei Fiktionen dem Verbands überwiehen worden ist. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband, der nun den Fonds für sich in Anspruch genommen hat, obwohl nicht nur Verbandsmitglieder, sondern auch andre Metallarbeiter für den öffentlichen Fonds sammelten, habe einfach das Geld den Berliner Metallarbeitern gestiftet. Der Redner führt im weiteren an, daß nur durch das lästliche Gebahren des Metallarbeiter-Verbands verschiedene Streiks, die sonst gewonnen worden wären, ins Wasser gefallen sind. Er behauptete sodann, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband nicht auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehe, sondern die Arbeiter in jeder Weise ausbeute und deshalb müsse der Verband überall und bei jeder Gelegenheit bekämpft werden.

In der Diskussion, in der sich Danneberg und Schlender und andre Redner in derselben Weise anhielten, wurden die Verbandsleiter gleichfalls als Streber, Stellenjäger, Lügner z. bezeichnend und der Verleumdung und der Unehrlichkeit bezichtigt. Die Ausführungen von P. Lath, der das Geschimpfe und die Strafanträge, die von den Verbandsgewegnern beliebt wurden, und die Ausführungen von C. Höhn, der sich gegen die Angriffe auf den Metallarbeiter-Verband wendete, veranlaßten eine ziemlich lebliche bei den Versammelten. Nachdem die Versammlung bereits teilweise gelichtet war, gelangte eine Resolution zur Annahme, in der gegen den Beschluß, daß der öffentliche Fonds dem Metallarbeiter-Verband zu überwiehen ist, protestiert wird, weil der Fonds den gesamten Berliner Metallarbeitern und nicht nur den Mitgliedern des Verbandes gehört. Die Handlungsweise wird darin als raffiniert und betrügerisch bezeichnet. Die Diskussion wurde nicht zu Ende geführt und soll in einer andern Versammlung fortgesetzt werden.

Wir möchten im Anschluß an diesen Bericht darauf hinweisen, wie wenig der Arbeiterfrage mit solchen Streitigkeiten gedient wird und wie die Form, in der sie zum Ausdruck kommen, der bürgerlichen Presse bereits Anlaß geben, den ehrenrührigen Vorwurf der Unterschlagung gegen den Genossen Wäther mit Wohlbehagen abzubringen. Um allen Verdächtigungen die Spitze abzubringen, sei bemerkt, daß irgend eine unehrenhafte Handlung dem Genossen Wäther nicht vorzuwerfen ist. Es handelt sich um einen Streit zwischen den beiden hier bestehenden Organisationen der Metallarbeiter, der diese lästliche Form angenommen hat.

Der ehrenrührige Vorwurf richtet sich gegen Wäther, weil er der Organisation, der er angehört, den Rest des öffentlichen Fonds mit Zustimmung einer öffentlichen Versammlung überwies, seine Rechnungsführung erfüllt in seiner Versammlung keinen Tadel. Man mag aber die Zweckmäßigkeit eines solchen Beschlusses streiten, Ehrenrühriges für die Person des Genossen Wäther liegt nicht in geringsten vor.

Die Vergolder stimmten am Montag einmütig der Petition des Arbeitervereins an den Reichstag behufs Verbesserung des Unfallversicherungs-Gesetzes zu. Ein Antrag, den in der Lohnbewegung stehenden Holzarbeitern 100 M. aus dem öffentlichen Fonds zu überwiehen, wurde ohne Widerspruch angenommen und den kämpfenden weitere Unterstützung in Aussicht gestellt.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer tagte am 25. Februar. Die Versammlung ehrte zunächst das Andenken des verstorbenen Mitgliedes König in der üblichen Weise. Sodann gab Regle die Abrechnung der Bibliothek, die einen Bestand von 1,23 M. aufwies. Hierauf sprach Reyle in interessanter Weise über die Veränderungen des Unfallversicherungs-Gesetzes. Die Versammlung behandelte ihr Einverständnis mit der vom Arbeitervereinsverein an den Reichstag gelangten Petition.

Im Verschiedenen wurde der § 8 des Vereinsstatuts dahin geändert, daß sämtliche Vorstandsmittelglieder und Revisoren auf ein Jahr gewählt sind. Mit der Vertretung im Gewerkschaftsartell wurde Regle betraut.

Das Rigdorter Gewerkschaftsartell verhandelte in seiner Sitzung am 27. Februar darüber, wie man am besten eine direkte Beteiligung der außerhalb der städtischen Körperlichkeiten stehenden Arbeiter und Arbeitgeber bei der Verwaltung des öffentlichen Arbeitsnachweises der Stadt Rigdorf erreichen könne. Stadts. Nachrichtliche über die Stellungnahme der städtischen Deputation für den öffentlichen Arbeitsnachweis“ zu der Petition des Kartells, durch die die Einsetzung eines paritätischen Kuratoriums verlangt wurde,

Da die Deputation unter Vertretung eines Vermittlungsvorschlags des Redners sich absolut ablehnend verhalten hat, befristete Genosse Nach, die sozialdemokratische Stadtverordneten-Fraktion zu veranlassen, daß sie sich durch den Ausschuß des Kartells dessen Wünsche ausführlich vortragen und begründen lasse. Die Fraktion würde dann bei passender Gelegenheit in der Stadtverordneten-Versammlung einen zweckentsprechenden Antrag stellen, mit dem wahrheitsgemäß auch das Kartell zufrieden sein werde. Nach kurzer Debatte stimmten die Anwesenden dem Vorschlag zu. Niez erklärte sich dafür, daß man an der Einsetzung eines paritätischen Kuratoriums festhalten möge. Das Gewerkschaftsartell würde nicht dagegen sein, wenn die Mitglieder des Kuratoriums oder der Ausschußkommission von den Gewerkschafts-Beisitzern gewählt werden, wie das beim städtischen Arbeitsamt in Stuttgart der Fall sei. — Das Statut des genannten Arbeitsamts, auf das Nach in seinem Bericht Bezug genommen hatte, bestimmt, daß das Arbeitsamt unter der Oberaufsicht des Gemeindevorstandes und unter der Leitung und Aufsicht einer Kommission stehe. Die Mitglieder der letzteren sind von den Beisitzern am Gewerbegericht aus ihrer Mitte zu wählen und ihr Vorkühender ist der jeweilige Vorsitzende des Gewerbegerichts. — — — Nachdem V. o. G. über den Ausfall und die Aussparungen der Tischler berichtet hatte, wurde die Unterhaltungsfrage lebhaft erörtert. Man ermächtigte den Ausschuß, eventuell Sammellisten auszugeben. Ferner soll für die freitenden Bergarbeiter eine Pflanzsammlung veranstaltet werden. — Im Verschiedenen wurde festgesetzt, daß das Rigdorter Gewerbegericht in der kurzen Zeit seines Bestehens bereits eine recht segensreiche Tätigkeit entfaltet habe. Darauf kam die Bildung von Zweigvereinen in den Vororten zur Sprache. Es wurde empfohlen, in den Gewerkschaften dahin zu wirken, daß möglichst geeignete Leute in die Gesellenvereine gewählt werden. — Die Väter waren in der Sitzung nicht vertreten.

Spandau. In einer gutbesuchten öffentlichen Gewerkschaftsversammlung, welche am Sonntag hier stattfand, referierte Schriftseher Günther über das Unfall- und Invaliditätsgesetz. Im Anschluß an das Referat stimmte die Versammlung einer Petition zu, die vom Arbeitervereinsverein zum Unfallversicherungs-Gesetz eingebracht ist. Hierauf entrollte Kunkel ein düsteres Bild von der Lage der Schuhmacher am Ort, welches einen weiteren Beleg für den unaufrichtigen Niedergang des Kleinhandwerks bildet. Von etwa 170 in Spandau selbst stehenden Schuhmachern werden zusammen etwa achtzig Gejellen bei einem Wochenverdienst zwischen 9 bis allerhöchstens 17 Mark beschäftigt. Nur 11 Gejellen gehören ihrer Organisation an. Der im Jahre 1890 durch den Schuhmacherstreik zur Geltung gebrachte Lohnvertrag wurde von den Meistern und Gejellen schon seit Jahren nicht mehr beachtet. Besonders schlecht seien die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Beschulungsanstalten. Redner beantragt Herausgabe eines Flugblattes aus Kosten des Gewerkschaftsartells, durch welches die Öffentlichkeit über diese Verhältnisse aufgeklärt werden soll. Nach längerer Diskussion wird dieser Antrag dem Gewerkschaftsartell zur Berücksichtigung überwiesen.

Verband deutscher Barbier, Friseur und Perrückenmacher (Zweigverein Berlin). Donnerstag, den 1. März, abends 10 1/2 Uhr, bei Schiller, Rosenhalestr. 57; außerordentliche Generalversammlung.

Vermischtes.

Strandung eines deutschen Kriegsschiffs. Aus Kiel wird vom Mittwoch gemeldet: Das Linienschiff „Sachsen“ ist gestern nachmittag während der Zurückführung in der Außenförde infolge böstigen Nebels bei der Lände umweit vom Leuchtturm von Wilt gestrandet. Das Schiff ist teilweise led. Die Panzer, Württemberg und Regir sind nahts zur Hilfeleistung ausgegangen. Die Bergung des Linienschiffs ist sehr schwierig durch fortdauernden Nebel und besonders durch den Umstand, daß das Schiff bei hohem Wasserstand aufgelaufen ist, während heute infolge Umprägung des Windes von Ost nach West das Wasser bedeutend gefallen ist. Eine weitere Meldung besagt: Die „Sachsen“ wird durch Abnahme der Anker und anderer schwerer Gegenstände erleichtert werden, um die Abschleppung zu ermöglichen. Ein Geschiff ist beim Transport von der „Sachsen“ an Bord der „Württemberg“ ins Wasser gefallen.

In der Brauerei Voh zu Barmen entstand Dienstag beim Auspochen eines großen Lagerfasses eine Explosion. Der Besitzer und der Braumeister wurden sofort getötet, ein Braugeselle schwer und zwei andre Personen leicht verletzt.

Drahtlose Telegraphie. Bremen, 28. Februar. „Voesmanns Telegraphisches Bureau“ meldet über die Eröffnung der Station für drahtlose Telegraphie auf der Insel Vorkum folgendes: Als der Schnelldampfer „Kaiser Wilhelm der Große“ heute nachmittag auf seiner Kreuze nach New York die Insel Vorkum passierte, sandte derselbe folgendes Telegramm durch die Station für drahtlose Telegraphie auf Vorkum an den Norddeutschen Lloyd 2 Uhr 7 Minuten nachmittags: „Fahrender Vorkum Leuchtschiff in Entfernung von 1/2 Meile. Marconi-Apparate arbeiten tadellos. Die erste Verbindung wurde 35 Seemeilen von Vorkum hergestellt. Au Nord alles wohl. Engelbart, Kapitän.“

Aus der Champagnerstadt Epernay kommt eine traurige Botchaft: Am Sonntag zwischen 2 und 3 Uhr morgens stürzten die Kellereien des Champagnerhauses Paul Roger in der Länge von 75 und der Breite von 60 Metern ein. Der Einsturz ging 30 Meter tief; es sind 500 große Fässer und 1500 000 Flaschen Champagner im Werte von etwa fünf Millionen Frank zu Grunde gegangen. Das Erdreich in der Champagne ist reich an Kreide. Die Formation des Terrains, auf dem das Haus Paul Roger gebaut ist, hat durch Jahrhunderte als Ablagerungsgelände gedient für die bei Bauten ausgehobene Kreide-Erde. In diese Kreide-Erde sollen nun Keller hineingebaut worden sein. Infolge des anhaltenden Regens der letzten Wochen ist das Erdreich unterwaschen worden, und mit donnerähnlichem Getöse stürzten die Keller ein. Glücklicherweise ist kein Mensch an Menschenleben zu befragen.

Restaurierung des verfallenen Heine-Denkmales. Aus Reu York wird unter dem 10. Februar geschrieben: Im Bureau des Straßen-Kommissars des Borough Bronx liegen wohlverwahrt die marmornen Urmasse, welche vor drei Wochen durch Ungehörigen dem von den Deutschen der Stadt zum Geschenk gemachten Loreley-Brunnen abgehoben wurden. Es sind dies der Kopf und der rechte Arm der „Loreley“ und der Kopf des „Waldschmiedes“, jener allegorischen Figuren, welche die Lantetten-Façaden des Monumentalbrunnens zierten. Straßen-Kommissar Mahoney hat wohl zugesagt, daß die Stadt für die Restaurierung des Denkmales Sorge tragen werde, da es für die Stifter des Denkmales jedoch von Bedeutung ist, daß dasselbe in seiner früheren Formenschnidtheit erhalten bleibe und nicht durch ungeschickte Reparatur verunstaltet werde. Hat Louis Windmüller, der Schatzmeister des Heine-Denkmal-Ausschusses, den bekannten Bildhauer Karl Ritter erjucht, den Torso sowie die abgehobenen Stücke in Augenchein zu nehmen und ein Urteil abzugeben, ob und in welcher Weise die Restaurierung der beiden Figuren vorgenommen werden soll. —

Witterungsübersicht vom 28. Februar 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer Hand mit Wind- richtung	Wind- richtung	Wetter	Temp. in C.	Stationen	Barometer Hand mit Wind- richtung	Wetter	Temp. in C.
Stolmeide	732 R	Obsecht	-1	4	Caparanda	751 R	215. Seb	-19
Darmstadt	756 R	Obsecht	1	4	Berensburg	740 R	1/3. Seb	-10
Berlin	756 R	3. Seb	1	4	Ort	760 R	4. Seb	5
Wiesbaden	766 R	2. Seb	9	4	Berbecen	768 R	4. Seb	4
München	758 R	4. Seb	6	4	Paris	757 R	2. Seb	4
Wien	756 R	3. Seb	7	4				

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 1. März 1900.
Nicht und vorherrschend wolkig oder neblig mit geringen Niederschlägen und mäßigen nördlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.